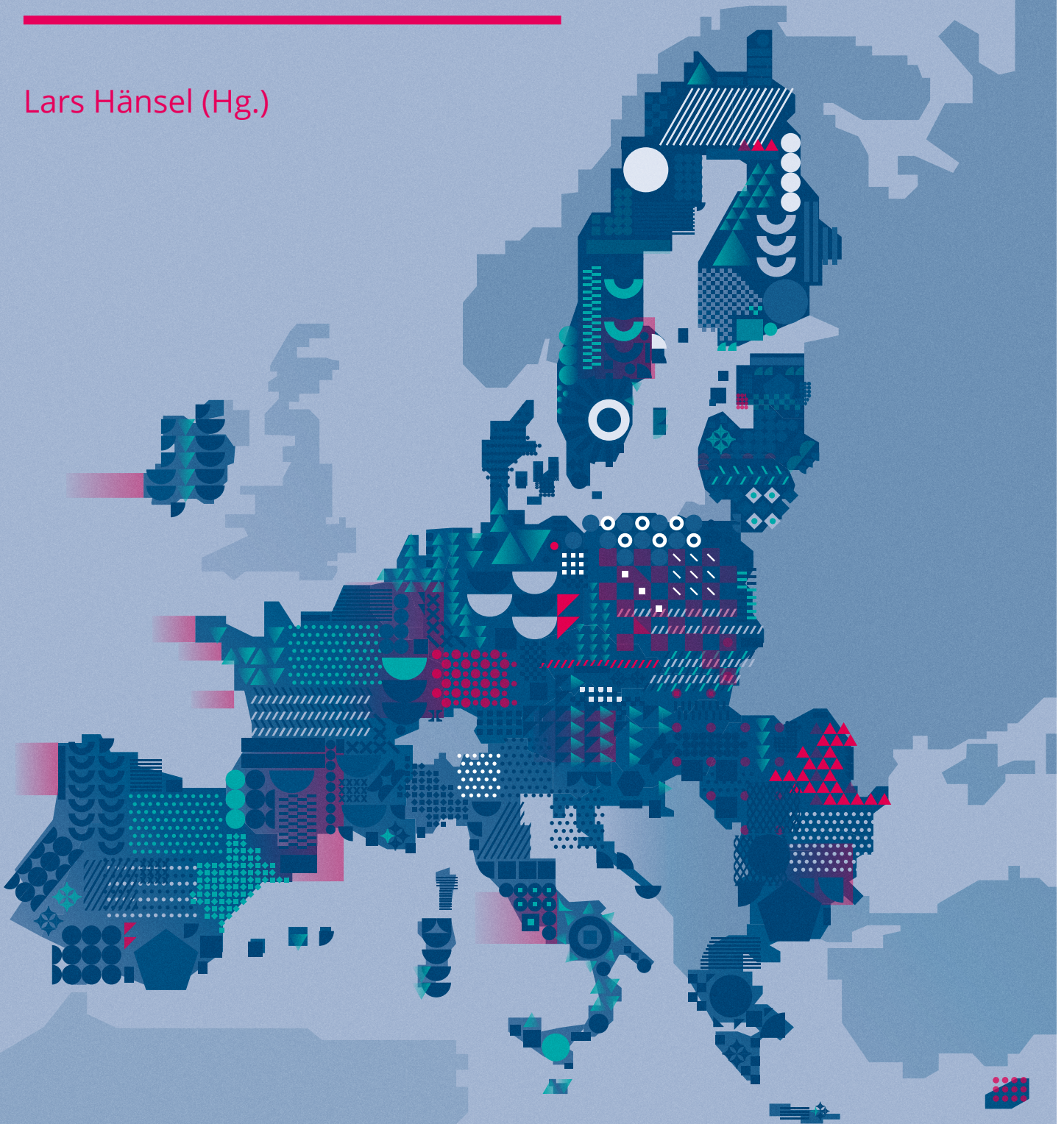


Einstellungen der EU-Mitgliedsstaaten zum EU-Recovery Fund

Lars Hänsel (Hg.)



Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2020, Berlin

Verantwortlich: Dr. Lars Hänsel

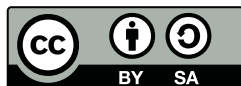
Redaktion: Christina Bellmann, Zarife Gagica, Dr. Jan Philipp Wölbern

Gestaltung und Satz: yellow too, Pasiek Horntrich GbR

Die Printausgabe wurde bei der copy print GmbH, Berlin gedruckt.

Printed in Germany.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-95721-765-3

Einstellungen der EU-Mitgliedsstaaten zum EU-Recovery Fund

Lars Hänsel (Hg.)

Auf einen Blick

Leonie Arzberger, Christina Bellmann, Zarife Gagic

- › Die **Erwartungshaltung** mit Blick auf den Recovery Fund **variiert europaweit stark**. Hier zeigen sich naturgemäß klare Unterschiede zwischen **Nettozahlern** und **Nettoempfängern** aber auch zwischen von der Pandemie unmittelbar **stark betroffenen** und **weniger stark betroffenen Staaten**.
- › Entsprechend wird in einigen Staaten auch die Verausgabung des Recovery Funds **weniger intensiv debattiert als in anderen**. So haben sich insbesondere die Staaten, die sich für eine **Aufstockung des Recovery Funds stark gemacht hatten** (Italien, Frankreich, Polen, Slowenien etc.), ambitionierte Zeitpläne für die Aufstellung eines Maßnahmenplans aufgelegt und tagten nun zum Teil auch in der parlamentarischen Sommerpause. In einem **Großteil der EU-Staaten** läuft die **Debatte zur Verausgabung der zusätzlichen Mittel dagegen erst langsam** an. Die Prioritäten für die nationalen Wiederaufbaupläne sollen in den **sog. Sparsamen Vier** (Österreich, Niederlande, Dänemark und Schweden), in den baltischen Staaten sowie in weiten Teilen Mittel- und Osteuropas erst nach der Sommerpause vorgestellt werden.
- › Gemäß der inhaltlichen Ausgestaltung des Recovery Fund „Next Generation EU“ orientieren sich alle Mitgliedsstaaten **grundsätzlich an den großen Säulen des Funds**: Wiederaufbau und Krisenbewältigung, Maßnahmen zur Förderung privater Investitionen, Stärkung des Binnenmarktes zur Beschleunigung des ökologischen und digitalen Wandels.
- › Bei einigen Ländern – insbesondere den **wirtschaftlich weniger betroffenen** – werden die Schlagworte **Digitalisierung sowie Klimawandel und Nachhaltigkeit** bereits in der öffentlichen Diskussion und den ersten Ankündigungen zu den nationalen Entwicklungsplänen an prominenter Stelle genannt (z. B. Österreich, Nordische Länder, Luxemburg etc.).
- › In den durch die **Krise besonders gebeutelten Staaten** sind die Mittel dagegen zunächst eher **für kurzfristige Ziele** angedacht und sollen primär für die **Vermeidung von Massenarbeitslosigkeit** verwendet werden (z. B. Italien, Spanien oder Griechenland). In **Südeuropa und in vielen mittel- und osteuropäischen Staaten** (z. B. auch Slowenien, Kroatien) stehen im europäischen Vergleich insgesamt **soziale Fragestellungen wie die Verbesserung der Gesundheitssysteme** bei der geplanten Mittelverwendung stärker im Vordergrund.

- › Insbesondere die **jüngeren, wirtschaftlich schwächeren Mitgliedsstaaten (insbesondere in Mittel- und Osteuropa)** möchten die zusätzlichen Gelder mit den bestehenden Mitteln aus den Struktur- und Kohäsionsfonds verknüpfen. Sie wollen **langfristigere Ziele** erreichen und dabei die strukturellen Hindernisse einer stärkeren wirtschaftlichen Entwicklung überwinden.
- › Die **Gipfelbeschlüsse** bieten allerhand Raum für **unterschiedliche, teilweise gegenteilige Interpretationen**. So sollen die konkreten Maßnahmen, die mit den Corona-Hilfen finanziert werden, vor allem national konzipiert und umgesetzt werden, so dass fraglich bleibt, ob es sich im Ergebnis tatsächlich um eine **gesamteuropäische Konjunkturpolitik** handeln wird.
- › Im Rahmen des neu konzipierten **Europäischen Semesters** ist eine starke **Konditionalität** für die Mittelvergabe ebenso notwendig wie eine **Stärkung der Rolle des Europäischen Parlamentes**. Mittelfristig sollten Reformen u. a. im Hinblick auf die Weiterentwicklung des ESM zu einem **Europäischen Währungsfonds** angegangen werden.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	6
Interinstitutionelle Betrachtung des Recovery Funds	15
Frankreich	18
Italien	22
Spanien	25
Griechenland	28
Österreich	31
Niederlande	34
Nordische Länder – Finnland, Schweden, Dänemark	37
Belgien	44
Luxemburg	47
Portugal	50
Irland	52

Lettland	54
Estland	56
Litauen	57
Polen	59
Ungarn	65
Tschechische Republik	70
Slowakische Republik	72
Slowenien	74
Kroatien	76
Bulgarien	78
Rumänien	80
Malta	83
Zypern	85
Liste der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	87

Einleitung

Oliver Morwinsky, Armin Hartlieb und Thomas Köster

Der Sondergipfel des Europäischen Rates vom 17. bis 21. Juli 2020, auf dem der EU-Recovery Fund und der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) beschlossen wurden, markiert einen Einschnitt in die Finanzverfassung der Europäischen Union. Der Gipfel war durch die Corona-Pandemie notwendig geworden. Aus diesem Grund wurden die Verhandlungen über den MFR und den Recovery Fund zusammengelegt und als Verhandlungsmasse genutzt. Der dadurch erzeugte Druck hat die Einigung in Form eines Kompromisses erst möglich gemacht. Die EU hat bewiesen, dass sie in der Corona-Krise erst einmal handlungsfähig ist. Zudem hat sie sich solidarisch gezeigt, vor allem in finanzieller Hinsicht. Historisch ist die Größe des Gesamtpakets von ca. 1,8 Billionen Euro.

Gleichzeitig hat der Gipfel starke Abstimmungsdefizite offenbart und die Schwierigkeit, unter enormem Zeitdruck eine gemeinsame Finanzpolitik in einer Notsituation zu definieren. Es gab zwar wichtige Ergebnisse, jedoch oft mit einer unklaren Ausprägung. Auch deshalb gibt es unterschiedliche Umsetzungspläne und -geschwindigkeiten in den verschiedenen Mitgliedsstaaten. In diesem Papier werden die Gipfelbeschlüsse vor dem Hintergrund der Umsetzungspläne der einzelnen Mitglieder analysiert, die Prioritäten der Länder bei der Mittelverwendung dargestellt und Reformvorschläge hin zu einer europäischen Finanzarchitektur aufgezeigt.

Die Gipfelbeschlüsse

Der auf dem Sondergipfel gefundene Kompromiss enthält sowohl 750 Mrd. Euro für den Recovery Fund „Next Generation EU“ (NGEU), wie auch 1,074 Billionen Euro für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Die Konzentration liegt nunmehr zunächst auf dem NGEU, da dieser die europäische Antwort auf die Corona-Krise darstellt und vor allem kurz- bis mittelfristig sowohl die EU-Mitgliedstaaten, wie auch deren Unternehmen und Arbeitnehmer, unterstützen soll. Neben den Diskussionen rund um die Rechtsstaatlichkeit, die sich auf den MFR beziehen, kreisten die Debatten beim NGEU vor allem um das Thema Konditionalität. Entgegen der Forderungen des Europäischen Parlamentes und von Teilen der Mitgliedstaaten hat man sich beim NGEU auf eine „weiche“ Konditionalität geeinigt. Maßgeblich orientiert sie sich an den Zielen der Europäischen Kommission:

- a.** Übereinstimmung mit den länderspezifischen Empfehlungen der Europäischen Kommission für das entsprechende Empfängerland;
- b.** Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit (Wachstumspotenzial, Schaffung von Arbeitsplätzen sowie wirtschaftliche und soziale Resilienz);
- c.** Erbringung eines „wirksamen“ Beitrages zur digitalen und grünen Wende.

Der größte Teil des NGEU (672,5 Mrd. von 750 Mrd. Euro; entspricht 89 %) soll in die sog. Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) fließen. 70 % der Mittel werden 2021 und 2022 ausgezahlt. Die Grundlage bildet – nach Vorschlag der Europäischen Kommission – die Bevölkerung, das umgekehrte Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf und die relative Arbeitslosenquote jedes Mitgliedstaates. Die restlichen 30 % sollen im Jahr 2023 fließen. Hier wird sodann die Arbeitslosenquote durch den nationalen BIP-Rückgang in den Jahren 2021 und 2022 als Basis genutzt. Dies soll einen Mix aus schneller Hilfe und fairer Allokation darstellen. Jeder Mitgliedsstaat kann bis zu 6,8 % seines jeweiligen Bruttonationaleinkommens als Kredit aufnehmen.

Die Gelder aus der ARF werden über das Europäische Semester kanalisiert. Im Zentrum stehen hier nationale „Aufbau- und Resilienzpläne“. Jeder Mitgliedstaat muss solche Pläne vorlegen, in denen er seine eigenen Investitions- und Reformpläne darlegt – immer gekoppelt an die vorgenannten Ziele.

Der „Mammut-Gipfel“

Erst nach fünf Verhandlungstagen stieg am 21. Juli 2020 „weißer Rauch“ über Brüssel auf. Die Staats- und Regierungschefs der EU hatten sich nach zähen Verhandlungen auf Kompromisse bei den Haushaltsverhandlungen für die kommenden sieben Jahre sowie ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise geeinigt. Zunächst beeindruckt das Volumen der beschlossenen Finanzmittel in Höhe von etwa 1,8 Billionen Euro. Auf den zweiten Blick sind aber die richtungsweisenden Veränderungen für die Arbeitsweise der Europäischen Union nicht minder bedeutsam: Die EU erhält in der Bewältigung der Corona-Krise das Mandat für eine europäische Wirtschaftspolitik. Es wird ihr für diesen Zweck erlaubt, eigene Schuldtitel in großem Umfang am Kapitalmarkt auszugeben und eigene steuerliche Finanzierungsquellen zu erschließen.

Gleichwohl bieten die Beschlüsse allerhand Raum für unterschiedliche, teilweise gegenteilige Interpretationen. So sollen die konkreten Maßnahmen, die mit den Corona-Hilfen finanziert werden, vor allem national konzipiert und umgesetzt werden, so dass fraglich bleibt, ob es sich im Ergebnis tatsächlich um eine gesamteuropäische Konjunkturpolitik handeln wird. Man einigte sich pauschal auf eine Konditionalitätsregelung zur Überprüfung der Maßnahmen. Die Verschuldung soll der EU nur vorübergehend erlaubt und in den kommenden Jahren schrittweise zurückgefahren werden. Die Steuerhoheit bleibt auf den Emissionshandel sowie die Besteuerung von Plastik, Finanztransaktionen und auf eine Digitalabgabe beschränkt.

Vor diesem Hintergrund hat die Konrad-Adenauer-Stiftung aus allen ihren 26 Auslandsbüros in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union Länderberichte der Auslandsmitarbeiter zur Interpretation der Gipfelbeschlüsse zusammengetragen. Dabei hat sich gezeigt, dass die Ergebnisse nicht nur unterschiedlich interpretiert werden. Auch die schon immer bedeutende Rolle nationaler Interessen in der europäischen Debatte zeigt sich erneut. Vor allem aber erstaunt die in dieser Deutlichkeit bisher ungekannte Blockbildung von Staaten mit ähnlichen Interessen.

Unterschiedliche Sichtweisen in den Regionen

Die Erwartungshaltung mit Blick auf den Recovery Fund variiert europaweit stark. Hier zeigen sich naturgemäß klare Unterschiede zwischen Nettozahlern und Nettoempfängern, aber auch zwischen den von der Pandemie unmittelbar stark betroffenen und den weniger stark betroffenen Ländern. Entsprechend wird auch die Verausgabung des Recovery Funds unterschiedlich intensiv debattiert. So haben sich insbesondere die Staaten, die sich für eine Aufstockung des Recovery Funds stark gemacht hatten (Italien, Frankreich, Spanien, Polen, Slowenien etc.), ambitionierte Zeitpläne für die Aufstellung eines Maßnahmenplans auferlegt und über den Sommer intensiv daran gearbeitet. In einem Großteil der EU-Staaten läuft die Debatte zur Verausgabung der zusätzlichen Mittel dagegen erst langsam an. Zu diesen Staaten zählen auch die sog. Sparsamen Vier (Österreich, Niederlande, Dänemark und Schweden), die baltischen Staaten sowie weite Teile Mittel- und Osteuropas.

Gemäß der inhaltlichen Ausgestaltung von „Next Generation EU“ orientieren sich alle Mitgliedsstaaten grundsätzlich an den großen Säulen des Fonds: (1) Instrumente zur Unterstützung der Anstrengungen beim Wiederaufbau und der Krisenbewältigung, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen; (2) Maßnahmen zur Förderung privater Investitionen und zur Unterstützung angeschlagener Unternehmen; (3) Konsequenzen aus der Krise: Aufstockung wichtiger EU-Programme zur Stärkung und Stabilisierung des Binnenmarktes und zur Beschleunigung des ökologischen und digitalen Wandels. Dabei lassen sich allerdings deutlich unterschiedliche Schwerpunktsetzungen in den einzelnen Ländern erkennen.

In einigen Ländern – insbesondere den wirtschaftlich weniger betroffenen – werden die Schlagworte Digitalisierung sowie Klimawandel/Nachhaltigkeit bereits in der öffentlichen Diskussion und den ersten Ankündigungen zu den nationalen Entwicklungsplänen an prominenter Stelle genannt (z. B. Österreich, Nordische Länder, Luxemburg etc.); manche dieser Mitgliedsstaaten erklären dies darüber hinaus zur nationalen Priorität.

In den durch die Krise besonders gebeutelten Staaten werden die Mittel dagegen eher für kurzfristige Ziele verplant und sollen primär für die Vermeidung von Massenarbeitslosigkeit verwendet werden (z. B. Italien, Spanien oder Griechenland). In Südeuropa stehen im europäischen Vergleich insgesamt soziale Fragestellungen bei der geplanten Mittelverwendung stärker im Vordergrund.

Hier – genauso wie in vielen mittel- und osteuropäischen Staaten (z. B. auch Slowenien, Kroatien) – liegt oftmals ein deutlicher Fokus auch auf der Verbesserung der Gesundheitssysteme.

Insbesondere die jüngeren, wirtschaftlich schwächeren Mitgliedsstaaten (vor allem in Mittel- und Osteuropa) möchten die zusätzlichen Gelder mit den bestehenden Mitteln aus den Struktur- und Kohäsionsfonds verknüpfen. Sie wollen langfristige Ziele erreichen und dabei die – echten oder vermeintlichen – strukturellen Hindernisse einer stärkeren wirtschaftlichen Entwicklung überwinden. So liegt der Fokus einiger dieser Staaten (z. B. Ungarn, Kroatien, Rumänien, Slowenien, etc.) etwa auf dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, aber auch auf der Förderung der Landwirtschaft. Gleichzeitig gibt es in all diesen Ländern Bedenken, dass die zusätzlichen Gelder aufgrund administrativer Hürden etc. nicht abgerufen werden, wie es bereits jetzt schon

mit den bestehenden Mitteln teilweise in größerem Umfang der Fall ist. Europaweit – nahezu in jedem Land – hat aktuell der Schutz kleinerer und mittlerer Unternehmen vor Insolvenz oder Übernahme eine besondere Priorität.

Souveränität und Resilienz werden in den einzelnen Mitgliedsstaaten teils sehr unterschiedlich konnotiert: In Frankreich wird darunter vor allem die Frage „Europäischer Souveränität“ im globalen Kontext diskutiert, die Niederlande thematisieren zum Beispiel eine stärkere nationale wirtschaftliche Souveränität innerhalb einer starken EU. Polen und Ungarn heben den nationalen Charakter von Souveränität in der Debatte besonders hervor, während in einer weiteren Gruppe (z. B. Belgien, Italien, Österreich) der Begriff vor allem im Hinblick auf eine unabhängigere und sichere Gesundheitsversorgung (regional, national wie europäisch) diskutiert wird.

Es zeigt sich insgesamt, dass die Verhandlungspositionen undurchsichtiger werden. Während etwa in der Euro-Krise die Einteilung der Interessen nach Empfängerstaat und Gläubigerstaat noch eine gewisse Berechtigung fand, sehen wir in allen europäischen Staaten grundsätzliche Diskussionen über die richtige wirtschaftspolitische Strategie. So berichtet bspw. Caroline Kanter aus der französischen Debatte: „In Frankreich gibt es etwa ähnlich wie in Deutschland Debatten über die Etablierung einer „Transferunion“, die zum Gradmesser der eigenen nationalen Souveränität werden könnte. Wenngleich das Regierungshandeln eher bekannteren Argumentationsmustern von zentralistisch-steuernder Wirtschaftspolitik folgt. Im Baltikum wiederum werden die zusätzlichen Mittel begrüßt. Es gibt jedoch noch keine konkreten Pläne über die Einsetzung der Mittel. Elisabeth Bauer aus dem dortigen KAS-Büro berichtet deshalb von der Befürchtung, dass „unnötige, zurückgestellte Projekte jetzt mit dem Geld finanziert würden. Um dem entgegenzuwirken, hat der Rechnungshof eine Prüfung angeordnet welche Investitionen hilfreich für die Wirtschaft wären.“

Bezüglich der Konditionalität für die Gewährung der Mittel wurde u. a. die Rechtsstaatlichkeit als Kriterium eingeführt, was v. a. für Polen und Ungarn von Bedeutung ist. Im Falle einer Verletzung der in Artikel 2 des EU-Vertrags genannten Werte können Zahlungen zurückgehalten werden. Worin der Mechanismus tatsächlich besteht und ob etwa Einstimmigkeit im Rat erforderlich sein wird, um ihn zu starten, wird sich allerdings noch zeigen. Die entsprechenden Regeln müssen noch entwickelt werden und vor allem hier dürfte auch das Europäische Parlament noch erheblichen Änderungsbedarf anmelden. Der Kritik, die EU habe die Chance verspielt, sich ein wirksames Instrument gegen Feinde des Rechtsstaats zuzulegen, begegneten Ursula von der Leyen wie Charles Michel mit der Versicherung, mittels qualifizierter Mehrheit würden bei Verstößen zukünftig Maßnahmen ergriffen werden können. Frank Spengler und Bence Bauer aus dem ungarischen KAS-Büro berichten, dass die Kredite aus dem Wiederaufbaufonds auch zur Kompensation der geplanten öffentlichen Verschuldung dienen, da die Vergabekonditionen im Vergleich wohl günstiger sein dürften. Dabei sollten die Gelder nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet werden, sondern echte wachstumsfördernde und den Menschen nützende Projekte finanziert werden. Das ist gerade den sog. Sparsamen Vier wichtig. Maßgeblich auf niederländische Initiative hin wurde überdies eine sogenannte „Super-Notbremse“ vereinbart, durch die Hilfgelder bei nicht ordnungsgemäßer Verwendung durch den Europäischen Rat zurückgehalten werden können. Zudem ist den auf Haushaltsdisziplin bedachten Ländern die zeitliche Begrenzung des Fonds sehr wichtig.

Nach dem Gipfel ist vor dem Gipfel

Die große Frage der nächsten Wochen und Monate wird nun sein, wie die Mitgliedstaaten die Mittel für die vorgenannten Ziele (der Europäischen Kommission) sowie für „Projekte mit einem europäischen Mehrwert“ (Europäisches Parlament) auszugeben planen. Neben der dualen Transformation (nachhaltig und digital) steht das Thema der Resilienz auf der Tagesordnung. Inwieweit streben die Mitgliedstaaten eine (nationale) Stärkung ihrer eigenen Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit an und inwieweit schafft es die EU bzw. die Europäische Kommission, dies so zu bündeln, um den angesprochenen „europäischen Mehrwert“ herzustellen.

Die generelle Einigung sowohl über den NGEU wie auch über den MFR muss nun noch durch Zustimmung des Europäischen Parlamentes – hier wird eine Entscheidung Ende Oktober angestrebt – wie auch aller nationalen Parlamente, hergestellt werden. Dieser Prozess soll bis Ende des laufenden Jahres abgeschlossen sein, um die Gelder schnellstmöglich verfügbar zu machen. Parallel dazu sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, die „Aufbau- und Resilienzpläne“ (ARP) schnellstmöglich vorzulegen. Dies geschieht im Rahmen des Europäischen Semesters. In den ARPs legen die Staaten ihre nationalen Reform- und Investitionsvorhaben für den entsprechenden Zeitraum dar. Die Auszahlung der Mittel richtet sich nach den Vorhaben der Mitgliedstaaten und erfolgt in Etappen, abhängig vom Erreichen der eingangs genannten Ziele. Die Europäische Kommission soll die Pläne innerhalb von zwei Monaten nach Vorlage anhand der vereinbarten Ziele bewerten. Sie legt die von ihr bewerteten Pläne sodann dem Rat zur Billigung vor. Die Kommission erlässt einen Beschluss über die Bewertung im Hinblick auf die zufriedenstellende Erfüllung der Etappenziele und Zielvorgaben. Die ersten ARPs werden im Herbst erwartet. Das Europäische Parlament spielt hierbei eine geringe Rolle. Es hat lediglich das Recht der Stellungnahme zu den beschäftigungspolitischen Leitlinien sowie zur Erstellung eines Initiativberichts zum Jahreswachstumsbericht. Das Parlament kann im Rahmen des wirtschaftspolitischen Dialoges Vertreter der EU-Institutionen oder der Euro-Gruppe einladen und Fragen gemeinsam erörtern. Ein direkter Einfluss auf die Prüfung oder Billigung der ARPs ist derzeit nicht vorgesehen. 2022 werden die nationalen ARPs, sofern notwendig, noch einmal angepasst, um den Bedingungen für die Mittelauszahlung im Jahr 2023 gerecht zu werden.

Parallel zu den Rückmeldungen aus den Auslandsbüros der EU-Mitgliedsstaaten ist auch in Deutschland eine Debatte über die Gipfelergebnisse und deren Umsetzung entstanden. Der zutroffe ist positiv zu werten, dass eine Voraussetzung für die Mittelfreigabe die Verwendung der Gelder für Klimaschutz- und Digitalisierungs-Projekte ist. Allerdings ist die Festlegung auf diese sehr abstrakten Ziele wenig zielführend. So besteht nicht nur die Gefahr, dass bestimmte Projekte lediglich mit einem „Label“ für grüne oder digitale Initiativen versehen werden, die erwünschte Wirkung aber gar nicht erbringen. Zielführender wäre ein Katalog mit klar zu erfüllenden Maßgaben, wie bspw. eine konkrete Reduktion des CO₂-Ausstoßes in einem bestimmten Bereich gewesen. Denn es soll ja in die Zukunft und nicht in die reguläre Haushaltsfinanzierung investiert werden!

Diesem Ziel diene auch die Forderung, Gelder stärker als Darlehen und weniger als Zuschüsse auszusahlen. So ist es zwar nachvollziehbar, dass sich mit der besseren Bonität europäischer Anleihen schlechter aufgestellte Staaten günstiger refinanzieren

können. Es bleibt aber von der Systematik fragwürdig, europäische Schulden aufzunehmen damit die Mitgliedsstaaten ihrerseits günstiger Schulden aufnehmen können. In der Nach-Krisenzeit sind solche Maßnahmen zwingend zu vermeiden. Neu ist, dass die EU Mittel für soziale Sicherungssysteme gibt, wobei die EU keine Sozialunion ist und auch keine sein möchte. Dies ist zum Teil dem Ziel der Stärkung der Gesundheitssysteme geschuldet, die in einer Pandemie enorm wichtig sind. Es muss jedoch darauf geachtet werden, dass ein Gang in eine Sozialunion mittelfristig nicht stattfindet.

Im Hinblick auf Konditionalität und Rechtsstaatlichkeit hat der Gipfel unter dem Strich nur das absolut Notwendige beschlossen. Die Diskussion hierüber gibt es auf europäischer Ebene spätestens seit der Finanzkrise (ab 2008) – mal stärker, mal schwächer. Im Rahmen der Corona-Krise wurde dies bei den Hilfen durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) deutlich. Vor allem die südeuropäischen Länder, die besonders stark von der Krise betroffen sind, drängten hier auf eine sehr weiche, bis teilweise nicht vorhandene Konditionalität. Eine starke Konditionalität ist jedoch wichtig. Sie dient dem Ziel, dass die Mittel sinnvoll, effizient und wachstumsfördernd ausgegeben werden. Eine schwache Konditionalität bedeutet eine mangelnde Gewährleistung harmonisierender Prozesse. Diese gefährdet das Vertrauen der Staaten untereinander, was auch das europäische Projekt in ein noch schwierigeres Fahrwasser bringen könnte.

Die Knüpfung der Mittelauszahlung an die länderspezifischen Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters wie auch die Leistung eines „wirksamen“ Beitrages zur grünen und digitalen Wende scheint sehr auslegungsfähig zu sein. Wirksam soll bedeuten, dass andere Ziele nicht verletzt oder blockiert werden. Problematisch ist die Frage der Planungssicherheit von Großprojekten (gerade im Bereich der Nachhaltigkeit). Diese erscheint im Hinblick auf die kurze Dauer der Mittel aus dem Recovery Fund (3 Jahre) fraglich. Bereits bei den Beratungen zur Erstellung erster Hilfsmaßnahmen im Rahmen der Corona-Krise, welche insbesondere die Einbeziehung des ESM betrafen, wurden scharfe Trennlinien zwischen weicher und harter Konditionalität sichtbar. Hart bedeutet in diesem Sinne vor allem eine eng an belastbare Bedingungen geknüpfte Auszahlung der Mittel. Im derzeit gängigen Verfahren des Europäischen Semesters werden die länderspezifischen Empfehlungen nicht hinreichend implementiert oder nicht ausreichend überwacht.

Somit wird das Ziel, einen wirtschaftspolitischen Wettbewerb unter den Mitgliedstaaten zu ermöglichen, verfehlt. Dieser Wettbewerb sollte zur Disziplinierung der Mitgliedstaaten in ihrem eigenen Interesse dienen und zudem ihrer Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft mit gemeinsamer Währung und Wirtschaftspolitik gerecht werden.

Eine Troika zur Überwachung der Reformprogramme wird es zukünftig nicht mehr geben. Dringend notwendige strukturelle Reformen wurden leider nicht beschlossen, obwohl die mittelfristige Finanzplanung dafür die ideale Gelegenheit gewesen wäre. Weiter muss noch klarer verdeutlicht werden, dass die Aufnahme von gemeinsamen Schulden eine einmalige Sache bleibt. Die Schuldenkrise in den südlichen EU-Staaten hat die Gefahren eines solchen Weges eindrucksvoll bestätigt. Die Europäische Union war mit ihrem Verbot zur Schuldenaufnahme dabei auf der sicheren Seite und sollte das auch bleiben. Nach der Krise und ihren Nachwirkungen muss es mittelfristig die Devise sein, die Schulden schnell wieder abzubauen und keine neuen aufzunehmen.

Eine Rückzahlungsfrist bis 2058 ist sehr lang. Eine frühere Rückzahlung, sofern möglich, eröffnet durch reduzierte Zinszahlungen neue Möglichkeiten in den nationalen Haushalten. Die Verlagerung des Startes der Rückzahlung in den übernächsten MFR (ab 2028) ist daher ein falsches Signal!

Auf diesem Gipfel gab es den gemeinsamen Willen zu helfen. Die dadurch zustande gekommenen Beschlüsse sind wie beschrieben in vielen Fragen noch zu präzisieren. Auch ist nicht klar inwieweit alte Beschlüsse gelten (Fünf-Präsidentenpapier, europäische soziale Säule, Green New Deal, Beschlüsse des vorangegangenen Gipfels). Zukünftig werden die Aufgaben zahlreicher und die Herausforderungen komplexer. Dies führt zu einem noch stärkeren Abstimmungsbedarf zwischen den Mitgliedsstaaten in der Wirtschaftspolitik um eine echte europäische Wirtschaftspolitik Wirklichkeit werden zu lassen. Hier ist eine effizientere Arbeitsweise unabdingbar. Ein Punkt ist hier, auch im Finanzbereich eine qualifizierte Mehrheit einzuführen. Außerdem ist eine Strategie für eine Zukunftsperspektive in der europäischen Finanzpolitik kaum zu erkennen.

Gerade in Anbetracht des Umfangs der beschlossenen Hilfen darf nicht vergessen werden, dass es oft an der Umsetzung scheitert. So beliefen sich bereits 2019 die nicht abgerufenen Mittel aus EU-Hilfsgeldern auf über 281 Mrd. Euro. Verschiedene Staaten, darunter Italien, konnten also schon bisher größere Teile ihrer Fördergelder nicht nutzen, weil die Mitfinanzierung durch den erforderlichen Eigenanteil fehlte. Bislang werden diese Gelder über die sog. abzuwickelnde Mittelbindung (frz. „reste à liquider“, RAL) dem EU-Haushalt wieder gutgeschrieben und von der Kommission gesondert überwacht. Erfolgt die Abrufung der Mittel über mehrere Jahre nicht (mindestens fünf), so kann die Bindung aufgehoben werden. Allerdings besteht mit dem Recovery Fund die Gefahr, dass diese Mittel nun noch höher werden und nicht zweckgebunden ungenutzt im EU-Haushalt bleiben. Hier besteht die Gefahr, dass Begehrlichkeiten aufkommen und die Vergabekriterien aufgeweicht werden um die Gelder doch noch ausgeben zu können. Die bessere Strategie wäre die direkte Rückzahlung dieser Gelder und die unmittelbare Verwendung dieser Rückzahlung zum Schuldenabbau. Auch eine Umleitung in andere Länder oder für andere Ziele sollte ausgeschlossen sein. Um künftig mitzuhalten, könnten einige Ländern nun versucht sein, zur Finanzierung des Eigenanteils eine noch stärkere nationale Verschuldung über den Kapitalmarkt zu riskieren. Oft mangelt es jedoch auch einfach an geeigneten Projekten. Ebenso sind zu hohe Hürden im Bereich der Bürokratie ein Problem. So dauern Verfahren zu lange oder sind mit zu vielen formalen Hindernissen versehen, so dass eine Mittelauszahlung, die an den Projektfortschritt gebunden ist, nicht erfolgen kann.

Für eine europäische Wirtschaftspolitik reicht es nicht aus, gemeinsame Finanzierungsquellen einzurichten. Es braucht mittelfristig dringend eine neue Europäische Finanzarchitektur. Diese muss die in den vergangenen Jahren etablierten Instrumente in ein schlüssiges Gesamtkonzept überführen und ein ebenso schlüssiges marktwirtschaftliches Narrativ zugrunde legen. Die geldpolitischen Möglichkeiten der Europäischen Zentralbank (EZB) sind nahezu ausgeschöpft. Die gegenseitigen Abhängigkeiten und damit die Gefahr des Übergreifens von wirtschaftlichen Schocks nehmen in einer immer tiefer integrierten Union und Eurozone eher zu. Daher geht es mehr denn je um die innere ökonomische Konsolidierung der Eurozone und der Union insgesamt. Nur

so kann der Euro als politisches Projekt zur Einheit der EU beitragen und die Stellung der EU in der Welt auch geopolitisch gefestigt werden. Es ist Zeit für eine veränderte Fiskal- und Geldpolitik zur Stärkung des Euro nach innen und nach außen, die von allen Mitgliedstaaten mitgetragen wird. Die Ziele Kohäsion und Konvergenz müssen besser mit den Hilfsinstrumenten gegen asymmetrische Schocks und mit einer europaweiten Konjunkturpolitik verzahnt werden. Das Nebeneinander von Maßnahmen, Fonds und Instrumenten sollte in einer ebenso regelbasierten wie solidarischen Finanzverfassung aufgehen. Eine gemeinsame wirtschaftspolitische Strategie ist nötig, die im besten Fall ordnungspolitischen Grundsätzen folgt.

Vorschläge für eine Europäische Finanzarchitektur

Konkret könnte dafür mittelfristig der ESM zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) weiterentwickelt werden. Zunächst sollte der ESM in die EU-Verträge überführt werden, damit er in die demokratisch und juristisch geübte Kontrolle eingebunden ist. Im Zuge dessen sollte der EWF die ex ante-Haushaltsüberwachung der EU-Kommission erben. Er sollte die gemeinsame Vertretung der Euro-Staaten beim Internationalen Währungsfonds (IWF) übernehmen und so zusätzliche fachliche Unterstützung von dort erhalten. Die Expertise der Troika würde damit im EWF zusammengeführt werden, damit dort die Hilfsprogrammentwicklung und -überwachung geleistet werden kann. Durch das Einfrieren von laufenden Ansprüchen kann sich der EWF bei der Gewährung von Finanzhilfen auf zusätzlichen Finanzbedarf beschränken (keine Revolvierung der Schuldtitel während des Verfahrens und Vorrangigkeit der EWF-Kredite). Er erstellt die Schuldentragfähigkeitsanalysen und muss damit beurteilen, ob ein Liquiditäts- oder Solvenzproblem vorliegt. Sollten nachhaltige Solvenzprobleme identifiziert oder Programmauflagen nicht umgesetzt werden, dient der EWF als Gläubigerausschuss und koordiniert den Bail-in. Damit verbunden wäre auch ein geordnetes Ausschlussverfahren aus der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ohne dafür die EU verlassen zu müssen. Diese „Währungspause“ müsste durch die Staatengemeinschaft sozial abgefedert werden.

Da dem Europäischen Semester eine zentrale Steuerungs- und Koordinierungsfunktion im Rahmen des Recovery Funds zukommt, muss dessen Aufbau ausgewogen sein. Denn nicht nur die Finanzhilfen bei asymmetrischen Schocks, sondern auch die Programmüberwachung der europäischen Konjunkturpolitik (Recovery Fund bzw. „Next Generation EU“) sollen hier beraten und überwacht werden. Daher muss dem Europäischen Parlament künftig eine wichtigere Rolle zukommen, damit die demokratische Legitimität der Beschlüsse nicht zuletzt in Anbetracht der neuen Dimension des Haushaltes und der Schuldenaufnahme deutlicher wird. Nur so kann auch die Akzeptanz in der Bevölkerung sichergestellt werden.

Zur Wahrheit gehört auch, dass von der EU immer stärker erwartet wird, eine gestalterische Rolle bei der Wirtschaftspolitik einzunehmen und die Lücke, die sie dabei in den vergangenen 10 Jahren hinterlassen hat, nicht länger von der EZB aufgefangen werden kann. Deshalb benötigt die europäische Ebene Steuerinstrumente und Eigenmitteln aus selbst verantworteten Quellen. Die Nutzung des MFR folgt dabei der Teleologie des EU-Haushaltrechts: die starken Staaten helfen den schwächeren. Dieses Grundprinzip ist im Haushalt bereits integriert und muss nun ver-

stärkt werden. Man knüpft hierbei nicht nur an die Ideen der Gründerväter der EU an, sondern auch an die Idee der Vertragsreform von Lissabon. Die EU würde so effektiver, transparenter und demokratischer gestaltet.

Die Coronakrise hat deutlich gemacht, dass es innerhalb des europäischen Projektes noch viele offene Fragen und wunde Punkte gibt. Was die europäischen Länder eint, ist, dass sie alle gemeinsam vom Schock getroffen wurden. Die EU sollte zusammenstehen und gemeinschaftlich agieren. Dass die EU handlungsfähig ist, wurde in der Praxis wesentlich deutlicher als in der medialen Diskussion. Finanzielle Hilfen, kombiniert mit rechtlich vertretbarer Flexibilität auf europäischer und dem nötigen Spielraum auf nationaler Ebene und dies zudem in gemeinschaftlicher Art und Weise. Jetzt gilt es die Europäische Finanzarchitektur auszudifferenzieren, damit die Staatengemeinschaft gestärkt aus der Krise hervorgehen kann. Das Zeitfenster für eine gestaltende Rolle Deutschlands schließt sich bereits. Es bedarf kompromissfähiger Lösungen. Deutschland steht in der Verantwortung, dass die EU ein Zeichen der Solidität und Solidarität sendet.

Interinstitutionelle Betrachtung des Recovery Funds

Dr. Hardy Ostry

Der Recovery Fund (im Deutschen mit „Wiederaufbaufonds“ wiedergegeben) ist die wirtschaftspolitische Antwort der Europäischen Union auf die durch die Corona-Pandemie ausgelöste Wirtschaftskrise. Er ist politisch ausgesprochen bemerkenswert aufgrund seiner schieren Größe (750 Milliarden EUR) und stellt zudem einen Paradigmenwechsel dar, da durch ihn zum ersten Mal in der Geschichte der EU Schulden für die Gemeinschaft aufgenommen werden. Obwohl es in der Vergangenheit bereits mehrfach Debatten darüber gab, als EU gemeinschaftlich Schulden aufzunehmen, waren Vorstöße diesbezüglich bislang immer ins Leere gelaufen. Insbesondere Deutschland erteilte solchen Überlegungen, in den letzten Jahren vor allem in Person von Finanzminister Wolfgang Schäuble, immer eine klare Absage. Wie konnte es also nun zu diesem Paradigmenwechsel kommen?

Entscheidenden Anteil an der Entwicklung hat die geänderte Haltung der deutschen Bundesregierung. Angela Merkel hatte als Reaktion auf die Krise zusammen mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron Mitte Mai öffentlichkeitswirksam die Initiative für den Recovery Fund in Höhe von 500 Milliarden Euro vorgestellt, welcher sowohl Kredite, als auch Zuschüsse möglich machen sollte. Beweggrund für diese Neuausrichtung ist nach Einschätzung vieler Beobachter die weitreichende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Europäischen Zentralbank gewesen. Angela Merkel stellte zudem in mehreren Gesprächen heraus, dass es sich angesichts des Ausmaßes der Krise um eine außerordentliche Geste der Solidarität handle. Ohne Zweifel gilt, dass die Stärke der deutschen Wirtschaft auf der Stärke der Gesamtheit der europäischen Volkswirtschaften beruht und diese sich gegenseitig bedingen. Aus diesem Blickwinkel betrachtet ist in dem Recovery Fund auch ein Stabilisierungspaket für die deutsche Wirtschaft zu sehen.

Angela Merkel und Emmanuel Macron hatten mit ihrer Initiative den Ball in das Feld der Europäischen Kommission gespielt. Präsidentin Ursula von der Leyen hatte zwar ihrerseits ebenfalls bereits Anfang Mai vor dem Europäischen Parlament von einem Plan zur Wiederbelebung der Wirtschaft gesprochen. Mit dem konkreten deutsch-französischen Vorschlag war nun allerdings klar, wie die Weichen gestellt werden müssten, um einen solchen Plan bei einem EU-Gipfel zu beschließen. Es lag nun an der Kommission, den Plan konkreter auszuarbeiten. Bereits zu einem frühen Zeitpunkt war klar, dass neben dem Gesamtvolumen vor allem die Fragen, wofür und nach welchen Kriterien die Mittel konkret ausgegeben würden, entscheidend sein werden. Zudem war klar, dass ein solches Investitionspaket nicht unabhängig vom ohnehin verhandelten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) geplant werden könnte.

Ende Mai stellte Ursula von der Leyen schließlich den ausgearbeiteten Vorschlag der Europäischen Kommission, den Recovery Fund „Next Generation EU“ vor, welcher mit einem Gesamtvolumen von 750 Milliarden Euro die deutsch-französische Initiative weit übertraf. Der Vorschlag beinhaltete wie erwartet sowohl Zuschüsse als auch Kredite und war als Teil des noch zu verhandelnden MFR angelegt. In seiner Gesamtheit war er darauf ausgerichtet, die Krise mit gezielten Investitionen in einer zukunftsgerichteten Art und Weise zu überwinden. Ein Teil der Kosten könne laut des Plans auch über neu generierte EU-Einnahmen aus beispielsweise einer CO₂-Steuer refinanziert werden.

Die Vorstellung des Recovery Funds wurde erwartungsgemäß sehr unterschiedlich aufgenommen. Während die absehbaren potentiellen Profiteure des Plans ihn sehr begrüßten, formierte sich unter den sog. Sparsamen Vier bereits im Vorfeld des anstehenden EU-Gipfels, auf dem über das Paket verhandelt werden sollte, Widerstand. Hierbei taten sich früh die Regierungschefs Österreichs und der Niederlande als öffentliche Wortführer hervor. Es bildete sich eine Konstellation der Konfrontation der im Rat verhandelnden Staats- und Regierungschefs heraus, die sich bis zum ausgesprochen langen Gipfeltreffen Mitte Juli zuspitzen sollte.

In Deutschland waren die Reaktionen auf den Vorschlag überwiegend wohlwollend, obschon auch in der deutschen Debatte die Fragen nach der konkreten Mittelverwendung schnell aufgeworfen wurden. Harsche Kritik, wie sie angesichts der Reaktionen in der Vergangenheit zu beispielsweise „Euro-Bonds“ insbesondere aus der Unions-Bundestagsfraktion laut wurde, war dieses Mal nicht so stark zu vernehmen. Jedoch wurde Kritik an der deutschen Übersetzung „Wiederaufbauplan“ geäußert, weckt sie doch eher Erinnerungen an die Nachkriegszeit und könnte man sie so verstehen, dass es Ziel sei, möglichst wieder zu der Art und Weise des Wirtschaftens zurückzukehren, wie es vor Corona war. Stattdessen – so die Ambitionen – wolle man ja die Wirtschaft klima- und umweltschonend transformieren und die Potentiale der Digitalisierung positiv ausschöpfen.

Die Stimmen aus dem Europäischen Parlament (EP) hinsichtlich des Kommissions-Vorschlags zum Recovery Fund waren erwartungsgemäß breit gefächert. Zwei zentrale Anliegen wurden aber immer wieder unterstrichen. Zum einen war aus Parlamentssicht klar, dass das EP ein substantielles Mitspracherecht beim Recovery Fund einfordert, das über die nach den Verträgen notwendige Zustimmung oder Ablehnung des EU Haushaltes weit hinausgeht. Zum anderen wurde bereits frühzeitig eine Konditionalität gefordert. Die Mittel könnten nur unter streng zu kontrollierenden Bedingungen ausgeschüttet werden. Hierbei wurde immer wieder die Notwendigkeit für innovative Investitionen und Reformen genannt, aber auch der Themenkomplex Rechtsstaatlichkeit war vielen Parlamentariern von Anfang an ein Kernanliegen, das es zu verknüpfen galt. Auch der Wunsch, dass das Geld nicht einfach auf die Mitgliedsstaaten verteilt wird, die es dann für nationale Projekte nutzen, wurde geäußert. Stattdessen wünschten sich viele wahre europäische Projekte.

Auf dem Ratsgipfel vom 17. bis zum 21. Juli 2020 kam es schließlich zum vorläufigen, mehrere Tage andauernden Showdown. In den intensiven Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs erwies sich der von der Kommission vorgelegte Vorschlag zum Recovery Fund in Verbindung mit dem gesamten MFR lange Zeit als Gesamtpaket, das zu schwer war, um zu fliegen. Die sog. Sparsamen Vier plus Finnland unter der

Anführerschaft des Niederländers Rutte und Österreichs Kanzler Kurz waren wenig kompromissbereit, eine hohe gemeinsame Verschuldung zu akzeptieren. Andererseits war für Polen und Ungarn klar, dass man strenge Kriterien hinsichtlich der Einhaltung von rechtsstaatlichen Standards nicht akzeptieren würde. Die Suche nach einem Kompromiss war mühsam und Beobachtern zufolge noch schwieriger als üblich. Mehrmals stand der Gipfel vor dem Abbruch. Schlussendlich konnte man sich im Gesamtpaket doch auf einen Kompromiss einigen, der allerdings für viele Beteiligte schmerzhaft war und in der Öffentlichkeit viel Kritik hervorrief.

Einer der Haupt-Streitpunkte des Gipfels, das Verhältnis von Zuschüssen und Krediten, war in der Gipfelanalyse gar nicht das Hauptaugenmerk. Der gefundene Kompromiss schien allenthalben zumindest in dieser Hinsicht akzeptabel zu sein. Vielmehr richtete sich die Kritik sehr stark darauf, dass der Investitionsplan bis zur Unkenntlichkeit verformt wurde, in einer Art und Weise, dass klar definierte Investitionen in Zukunftsbereiche wie Forschung viel geringer ausfallen sollen, als es geplant war. Zudem werde zu wenig in europäische Projekte investiert und stattdessen Geld in die Mitgliedsstaaten gegeben, die aus nationaler Perspektive damit verfahren. Der dritte Hauptkritikpunkt war die sehr weiche Formulierung des Abschlussdokumentes des Gipfels hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten. Allgemeiner Tenor war, dass die EU hier zumindest eine Chance verspielt haben könnte, ihre Identität als Wertegemeinschaft zu stärken.

Entsprechend der allgemeinen Aufnahme der Gipfelbeschlüsse fiel auch die Reaktion des Europäischen Parlaments aus. Schon kurz nach dem Gipfel zeichnete sich ab, dass das Parlament den Beschluss des Rates wahrscheinlich ablehnen würde. Hauptgründe hierfür waren ebenso die zuvor angeführten Kritikpunkte. Dabei muss zwischen der Parlamentshaltung zu MFR und „Next Generation EU“ unterschieden werden. Während die Mehrheit der Parlamentarier „Next Generation EU“ positiv bewertet und darauf drängt, dass die finanzielle Unterstützung in die am stärksten betroffenen Staaten möglichst zeitnah fließt, stößt der MFR-Kompromiss überwiegend auf Ablehnung. So wurde nach emotionaler Debatte in Anwesenheit der Präsidenten des Rates und der Kommission mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, welche sich gegen den Ratskompromiss ausspricht und interinstitutionelle Verhandlungen – vor allem mit Blick auf die oben genannten Knackpunkte – anstrebt. Die Resolution war vor der Plenarsitzung von allen großen Fraktionen unterstützt worden und wurde mit breiter Mehrheit angenommen. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte bei ihrer Rede zu Beginn der Debatte von einer „bitteren Pille“ gesprochen, die man schlucken müsse, um dem Paket zuzustimmen. Die Mehrheit der Parlamentarier (auch in der EVP-Fraktion) war dazu nicht bereit. Nach der Sommerpause müssen nun Verhandlungen begonnen werden, um die Zustimmung des Europäischen Parlaments zum Gesamtpaket MFR und Recovery Fund zu erhalten.

Frankreich

Caroline Kanter, Dr. Olaf Wientzek

Wirtschaftliche Kennzahlen

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	-19 %; -10,6 % *
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	101,2 % (19.06.2020, Schätzung für das 4. Quartal 121 %) **
Arbeitslosenquote	7,8 % (1. Quartal 2020, ohne das Überseegebiet Mayotte) / 7,1 % (2. Quartal 2020, ohne das Überseegebiet Mayotte) / 11,5 % (Schätzung für das 1. Semester 2021, mit einer Senkung auf 10 % Ende 2022) ***
Jugendarbeitslosenquote	18,8 % (1. Quartal 2020) **** 21,8 % (Mai 2020) ****

Quellen: *Eurostat/European Commission; **INSEE; ***Banque de France; ****OECD

Die Kommunikation über den sog. französischen Wiederaufbauplan (*France Relance*) ist eng an Macrons europapolitische Ambitionen gebunden. So betonte die Regierung bereits im Juli, dass der nationale Wiederaufbauplan in Höhe von mehr als 100 Milliarden Euro zu 40 % durch den sog. EU-Recovery Fund abgedeckt werden soll.¹ Weitere Details zum französischen Wiederaufbauplan sollten ursprünglich im Rahmen des Ministerrats am 24. August 2020 vorgestellt werden. Die erneute Zuspitzung der COVID-19-Lage in Frankreich führte zu einer Strategieänderung: In einem ersten Schritt wurde das Ende der Sommerferien Ende August durch eine Serie von praktischen Handlungsanweisungen, so zum Beispiel die Maskenpflicht in Unternehmen, begleitet.

Am 3. September 2020 stellte Premierminister Jean Castex schließlich die Details des französischen Wiederaufbauplans vor. Eng flankiert wurde er vom neuen Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Clément Beaune, ehemaliger Europaberater von Staatspräsident Emmanuel Macron, der durch eine starke Präsenz in den französischen Medien auf die zentrale Rolle Europas bei der französischen Krisenbewältigung hinwies. Laut Beaune sollen insbesondere Projekte der Bereiche Nachhaltigkeit und Digitales durch den EU-Recovery Fund abgedeckt werden. Beaune plädierte dafür, diese Projekte jeweils durch die Europafahne zu markieren und somit den Beitrag der europäischen Solidarität zu unterstreichen.

Für den ersten **Notfallplan** (März 2020) des französischen Staates wurden bereits 470 Milliarden Euro (was +21 % des BIP entspricht) avisiert. Diese Hilfe zielte insbesondere darauf ab, die finanzielle Lage der Unternehmen zu verbessern, um die Krise abzufedern (82 Milliarden Euro). 327 Milliarden Euro wurden als Kredite ver-

anlasst. Diesem Notfallplan der Regierung wurde im Rahmen von drei Abstimmungen über eine Berichtigung des Haushalts 2020 (Veröffentlichungen am 24. März, 26. April und 31. Juli 2020) durch das Parlament zugestimmt.

Für folgende Sektoren wurden Hilfspläne aus dem nationalen Notfallplan auf den Weg gebracht:

- › 8 Milliarden Euro Automobilsektor
- › 15 Milliarden Euro Luftfahrtsektor
- › 18 Milliarden Euro Tourismussektor
- › 5 Milliarden Euro für den Bausektor

Der zweite Schritt der französischen Hilfsmaßnahmen erfolgte durch das Lancieren des **Wiederaufbauplans** (siehe oben). Er ist mit 100 Milliarden Euro fast viermal so groß wie der Wiederaufbauplan, der im Rahmen der Finanzkrise 2008 zum Einsatz kam. Wirtschaftsexperten betonen, dass er im Vergleich zum deutschen Wirtschaftsplan höher und beachtlicher ausfällt, da er 4 % des französischen BIP darstellt (Deutschland: 3,7 %). Er ist Teil des Haushaltsplans 2021, der bis spätestens 18. Dezember 2020 verabschiedet werden soll.

Der Fokus des französischen Plans liegt auf Investitionen, die bereits kurzfristig zu einem Wirtschaftsaufschwung und langfristig für eine nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftssektors sorgen sollen. Einzelne Wirtschaftsexperten kritisieren diesen Ansatz und bemängeln, dass keine Maßnahmen gefördert werden, die den Konsum ankurbeln und die Kaufkraft der Franzosen erhöhen. Hierbei wird häufig der deutsche Wiederaufbauplan als Referenzrahmen genutzt. Auch Staatspräsident Nicolas Sarkozy widmete dem Thema Zukunftstechnologien im Rahmen des Wiederaufbauplans 2009/2010 ein Budget in Höhe von 35 Milliarden Euro; insgesamt hätten diese Investitionen jedoch nur wenig Einfluss auf das Wirtschaftswachstum und den Arbeitsmarkt Frankreichs gehabt, so Experten.

Bezüglich der Finanzierung des Wiederaufbauplans betonte Premierminister Jean Castex, dass es sich vor allen Dingen um neue Kredite für Unternehmen handelt, aber nur 80 Milliarden Euro direkt dem Staat zuzuschreiben sind. Von diesen 80 Milliarden Euro soll die Hälfte zudem durch den European Recovery Fund finanziert werden. Die restlichen 20 Milliarden sollen durch die Caisse des Dépôts und die französische Investitionsbank aufgebracht werden.

Ziel ist es, bereits 2022 das Vorkrisenniveau zu erreichen.

Der Wiederaufbauplan sieht 100 Milliarden Euro vor, die wie folgt verausgabt werden sollen:

30 Milliarden Euro: Ökologischer Wandel

Schwerpunkte:

- › 11 Milliarden Euro für den Bereich Transport, davon 4,7 Milliarden Euro für die französische Bahngesellschaft SNCF (Schienengüterverkehr, Ausbau regionaler Linien, 2 Verbindungen für Nachtzüge)
- › 1,2 Milliarden Euro für den Bereich „Tägliche Mobilität“: Ausbau von Fahrradwegen, Weiterentwicklung öffentlicher Verkehrsmittel)

- › 9 Milliarden Euro für den Bereich Energie: Begleitung von Unternehmen bei der Energiewende durch Investitionen im Bereich Forschung und Innovation. 2 Milliarden Euro sind für den Bereich grüner Wasserstoff vorgesehen (Tankstellen, Ausrüstung von Autos und Lastwagen)
- › 7 Milliarden Euro für die Isolierung von Gebäuden, davon 4 Milliarden Euro für öffentliche Gebäude
- › 1,2 Milliarden Euro für den Bereich Landwirtschaft
- › 300 Millionen Euro für die Renovierung der Wasserversorgung

34 Milliarden Euro: Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen

Schwerpunkte:

- › Senkung der Produktionssteuer für Unternehmen in Höhe von 10 Milliarden Euro pro Jahr im Rahmen der nächsten zwei Jahre: Nach Regierungsangaben profitieren mittelgroße Unternehmen zu 42 % von dieser Maßnahme, KMU zu 32 % sowie große Unternehmen zu 26 %
- › 3 Milliarden Euro für die Unterstützung der Eigenmittel von Unternehmen in Form von öffentlichen Garantien für Bankdarlehen
- › 1 Milliarden Euro für industrielle Entwicklung, davon 600 Millionen für die Relokalisierung der Industrie nach Frankreich
- › 11 Milliarden Euro für das sogenannte „Zukunfts-Investitionsprogramm“ der Investitionsbank Bpifrance
- › 385 Millionen Euro für den digitalen Wandel von kleinen und mittelständischen Unternehmen

36 Milliarden Euro: Soziale und territoriale Kohäsion

Schwerpunkte:

- › 6,5 Milliarden Euro für die Förderung von jungen Menschen unter 26 Jahren (Einstellungsprämien, Eingliederungsverträge, ausgeweiteter Zivildienst)
- › 6,6 Milliarden Euro für Langzeit-Kurzarbeit zur Stärkung des Kündigungsschutzes (Gültig zwischen dem 1. Juli 2020 und dem 30. Juni 2022)
- › 1 Milliarden Euro für Weiterbildungsmaßnahmen in Zukunftssektoren
- › 6 Milliarden Euro für Investitionen im Krankenhaussektor
- › 500 Millionen Euro für die Erhöhung des einmalig pro Jahr ausgezahlten Schulgeldes (100 Euro pro Kind)

Auf europäischer Ebene tritt die französische Regierung für Konditionalität beim Einsatz des Geldes ein; mithin sollen die Mittel dafür genutzt werden, Zukunftsinvestitionen (u. a. Klima und Innovation) und Reformen zu fördern. Anders als etwa die niederländische Regierung forderte Frankreich allerdings keine Vetomöglichkeit einzelner Mitgliedstaaten bei der Nutzung der Gelder.

Die nationalen Hilfspakete, die die französische Regierung für die Automobilbranche und die Luftfahrt geschnürt hat (Notfallplan), waren an strenge Konditionen und den Einsatz für den Kampf gegen den Klimawandel gebunden. Für den nationalen „Wiederaufbauplan“ sind ähnliche Kriterien zu erwarten, wurden bisher jedoch noch nicht bekannt gegeben. Insbesondere aus dem linken politischen Lager wurde bereits die Kritik angebracht, dass die Senkung der Unternehmenssteuer in Frankreich an keine Klimaziele gebunden sei.

Die Stärkung „Europäischer Souveränität“ ist ein zentrales Leitmotiv für die Europa-politik Frankreichs unter Macron. In einer Grundsatzrede stellte Staatspräsident Emmanuel Macron am 26. September 2017 in der Pariser Universität Sorbonne seine Initiative für Europa ‚Ein souveränes, geeintes und demokratisches Europa‘ vor. Die Zukunft Europas bindet Macron seit Amtsbeginn eng an die Zukunftsfähigkeit Frankreichs. Die sechs Grundpfeiler, die er in diesem Kontext vorstellte, bleiben bestehen:

- › Ein Europa, das Sicherheit in all ihren Dimensionen gewährleistet,
- › Ein Europa, das auf die Herausforderung der Migration reagiert,
- › Ein Europa, dessen Blick auf Afrika und den Mittelmeerraum gerichtet ist,
- › Europa als Vorbild für nachhaltige Entwicklung,
- › Ein Europa der Innovation und der Regulierung, die an die digitale Welt angepasst sind,
- › Ein Europa als Wirtschafts- und Währungsmacht.

Insgesamt hat das Konzept der europäischen Souveränität mithin nicht nur eine außen- und handelspolitische, sondern auch eine industriepolitische und wirtschaftliche Dimension. Durch die COVID19-Krise ist die Frage der strategischen Souveränität noch einmal deutlicher in den Fokus gerückt worden. Sie ist aus französischer Sicht eng an den Einsatz für nachhaltige Entwicklung gebunden.

Der EU-Recovery Fund wird als ein entscheidendes Element auf dem Weg zur europäischen Souveränität wahrgenommen und auch zur Stärkung der Resilienz der EU. Ein etwaiger haushaltspolitischer Souveränitätsverlust durch die Einführung des EU-Recovery Fund wird vom Regierungslager nicht thematisiert.

Laut Wirtschaftsminister Bruno Le Maire hat Frankreich es in den letzten Jahren versäumt, mutige Entscheidungen zur Förderung von Industrie und Innovation zu treffen. Zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie soll insbesondere die Senkung der Produktionssteuer (20 Milliarden Euro über 2 Jahre) zum Einsatz kommen. Grundsätzlich steht Frankreich für einen Kurswechsel auch der europäischen Wettbewerbspolitik ein: Konkret fordert Frankreich die Förderung europäischer Champions, Stärkung handelspolitischer Instrumente der EU und eine strategisch-defensivere Handelspolitik gegenüber globalen Konkurrenten.

In Frankreich gibt es ähnlich wie in Deutschland Debatten über die Etablierung einer „Transferunion“, die zum Gradmesser der eigenen nationalen Souveränität werden könnte; ein weiterer Anschlusspunkt ist die Debatte über die Verbindung zwischen dem Fund mit Blick auf europäische Resilienz in der Handelspolitik sowie die grundsätzliche Haltung zur Globalisierung.

1 Site de la Présidence de la République: Jour historique pour l'Europe !, 21.07.2020, in: <https://bit.ly/3bXldnE> [15.09.2020].

Italien

Silke Schmitt, Dr. Nino Galetti, Leonie Arzberger

Wirtschaftliche Kennzahlen (Stand: Juli 2020)

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	-17,3 %; -11,2 % *
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	134,8 % Ende 2019; Vorhersage Ende 2020: 166,1 % ***
Arbeitslosenquote	8,3 % **
Jugendarbeitslosenquote	31,1 % (+1,5 %) **

Quellen: *Eurostat/European Commission; **Istituto Nazionale di Statistica (Istat); ***Eurostat

Als „radikalen Perspektivwechsel“ hat der italienische Premierminister, Giuseppe Conte, die Einigung zum Recovery Fund der Europäischen Union bezeichnet. Man habe sich für ein Europa entschieden, dass enger zusammenstünde, integrativer, solidarischer, näher am Bürger und „definitiv politischer“ sei, so Conte. Kurz: Ein Europa im Sinne der Gründerväter und der einzig mögliche Weg, die „Integrität des gemeinsamen Marktes und des Euro zu sichern“. ² Die italienische Regierung habe sich bei den langen Verhandlungen dafür eingesetzt, so Conte weiter, die „Würde Italiens zu schützen“, die Rolle des Landes als Protagonist auf europäischer Ebene zu fördern und gleichzeitig das Aushöhlen von gemeinsamen Maßnahmen durch ein überzeugtes Bekenntnis zum Solidaritätsprinzip zu verhindern. Italien habe ein Ergebnis erreicht, dass den Erwartungen nicht nur entspreche, sondern sie zum Teil sogar übersteige.

Insgesamt kann Italien nach dem aktuellen Stand mit 209 Milliarden Euro aus dem Recovery Fund rechnen. Das sind 28 Prozent der bereitgestellten Ressourcen im Umfang von 750 Milliarden Euro. 81 Milliarden Euro kommen in Form von Zuschüssen ins Land, die nicht zurückbezahlt werden müssen. Conte hob außerdem hervor, dass die Darlehen um 36 Milliarden angehoben wurden und man nun 127 Milliarden Euro zur Verfügung habe – Geld, das bis zum 31. Dezember 2023 genutzt werden könne.

Als weiteres „Verdienst“ Italiens ist laut Conte die abgeschwächte Form der „Super-Notbremse“ zu lesen: Ein Veto-Recht, wie es sich einige Länder gewünscht hätten, um die Auszahlungen zu blockieren, wird es nicht geben. Sollte ein Land Zweifel an dem Ausgabenplan eines EU-Landes haben, könne es „ausnahmsweise“ verlangen, dass die Frage beim nächsten Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs in einer „einfachen Diskussion“ erörtert werde, so Conte. Außerdem habe Italien erreicht, dass 10 Prozent der 209 Milliarden Euro schnell genutzt werden können. Damit möchte man eventuell die Verlängerung des Kurzarbeitergelds und entstandene Steuerverluste ausgleichen.

Um diese Mittel zeitnah abrufen zu können, möchte die italienische Regierung rasch einen Ausgabenplan vorlegen. Die Hauptverantwortung liegt derzeit beim Interministeriellen Komitee für Europäische Angelegenheiten (CIAE) und dessen Vorsitzenden Europaminister Enzo Amendola, der bereits aufgrund dieser neuen Aufgabe als heimlicher Stellvertreter von Ministerpräsident Conte bezeichnet wird. Das Komitee hat am 9. September 2020 die Rohfassung eines 30-Seiten umfassenden „Nationalen Plan des Aufschwungs und der Resilienz“ (PNRR) vorgestellt. Dieser Plan soll einen faktenbasierten Dialog mit der Europäischen Kommission ab Mitte Oktober ermöglichen und bis Dezember 2020 beschlossen werden, damit schon ab Januar 2021 die ersten Vorhaben realisiert werden können: „Wir verschwenden keine historische Chance des Aufschwungs für unser Land“, so Minister Amendola³. Aufgrund der Corona-Krise erwartet Italien gegenwärtig für 2020 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um minus 10 Prozent⁴.

Digitalisierung, ökologischer Wandel, Infrastruktur, Bildung sowie soziale und territoriale Inklusion gehören zu den Hauptpunkten des Vorschlags. 25 Milliarden Euro will man für Verteidigung und Raumfahrt bereitstellen. Ziel sei es, das Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent auf den europäischen Durchschnitt von 1,6 Prozent anzuheben. Der Reformplan will vor allem private und öffentliche Investitionen im Land ankurbeln. Auch die Beschäftigungsrate von derzeit 63 Prozent soll um 10 Prozentpunkte erhöht werden, um den europäischen Durchschnitt mit 73,2 Prozent zu erreichen. Vor allem die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit und der geringen Beschäftigungsquote von Frauen sollen durch den Reformplan in Angriff genommen werden.

Bereits im Juni hatte die Regierung konkrete Projekte zur Bekämpfung der Pandemiefolgen benannt. Einige Maßnahmen sollen nun u. a. mit Geld aus dem Recovery Fund umgesetzt werden: etwa der Ausbau von Schnellzugstrecken und Fahrradwegen, die Modernisierung von Häfen und Sportanlagen oder der Bau eines Solarparks. Man will gegen Schwarzarbeit vorgehen, Investitionsanreize für Firmen schaffen und einen nationalen Plan für die Stahlindustrie vorlegen. Der von der Pandemie hart getroffene Tourismussektor soll durch sogenannte „tax credits“ unterstützt werden. Bildung und Forschung sind ebenfalls Thema des Maßnahmenplans – so will die Regierung Forschung und Unternehmen näher zusammenbringen und besser aufeinander abstimmen. Darüber hinaus soll auch in den Gesundheitssektor investiert und Vorsorgeleistungen verbessert werden. Familienzuschüsse und Steuererleichterungen für den Süden des Landes sind ebenfalls vorgesehen. Das große Ziel des Maßnahmenplans ist ein „gerechteres“ „integrativeres“ und „moderneres“ Italien.⁵

Die Ideen sind ehrgeizig und vielfältig, denn die Regierung will dem Vorwurf begegnen, nicht genau zu wissen, wie sie das Geld ausgeben und welche Prioritäten sie setzen wird. Ein großes und leider nicht neues Thema in Italien ist gleichzeitig, dass zur Verfügung stehende EU-Gelder nicht adäquat ausgegeben werden. So beklagte Umweltminister Sergio Costa (M5S), dass seit 2015 neun Milliarden Euro zur Verfügung stünden, um Maßnahmen zu ergreifen. Bislang seien jedoch nur 1,5 Milliarden Euro von den Kommunen ausgegeben worden, so der Umweltminister der Fünf-Sterne-Bewegung weiter.

Mit Blick auf die Gelder des Recovery Funds forderten daher Teile der PD (Partito Democratico) und Forza Italia, einen parlamentarischen Ausschuss einzurichten, um die Ausgaben der Gelder zu steuern und zu überwachen. Parteigründer und Führer von Forza Italia, Silvio Berlusconi, zeigt sich insgesamt zufrieden mit dem Ergebnis: „Ich habe im Europäischen Parlament für den Beschluss zum Wiederaufbaufonds gestimmt. Wir haben uns von Anfang an dafür eingesetzt (...): Es handelt sich um einen Kompromiss. Aber um einen positiven Kompromiss, der den Feinden Europas die Argumente entzieht. [...] Diese Chance darf das Land nicht verschenken“, so Silvio Berlusconi. Er ruft die Regierung auf, die Opposition in die Entscheidungen der kommenden Wochen einzubeziehen⁶. Mit diesen Aussagen hat sich Silvio Berlusconi klar von den übrigen Akteuren im rechten Lager distanziert. Matteo Salvini (Lega) hatte den Beschluss zum Recovery Fund als „Riesen-Reinfall“ bezeichnet, Giorgia Meloni (Fratelli d' Italia) gab sich etwas gemäßigter, sagte jedoch, der Beschluss bliebe hinter den Erwartungen zurück⁷.

Wie die Gelder jedoch genau verteilt werden, wird die Regierung am 27. September 2020 mitteilen. Eine Hochrechnung von Banca Italia stimmt derweil hoffnungsvoll: Nach Angaben der italienischen Zentralbank könnte das kluge Einsetzen der Gelder aus dem Recovery Fund dafür sorgen, dass das italienische Bruttoinlandsprodukt bis 2025 um 3 Prozent ansteigen und man rund 600.000 Menschen neu in Beschäftigung bringen könnte⁸.

2 Präsidentschaft des Ministerrates 2020, in: <https://bit.ly/3moVcUc> [23.07.2020].

3 <http://www.politicheeuropee.gov.it/it/ministro/ciae/comunicati-del-ciae/comunicato-ciae-9-set-2020/>. [10.09.2020].

4 Ansa.it 2020, in: <https://bit.ly/35BV7GL> [10.09.2020].

5 Avvenire.it 2020: Politica economica. «Progettiamo il rilancio»: ecco il piano del governo, in: <https://bit.ly/3kkarft> [24.07.2020].

6 ADN Kronos 2020: Berlusconi: „Recovery fund occasione che Italia non può sprecare“, 23.07.2020, in: <https://bit.ly/3iEoMmE> [27.07.2020].

7 La Repubblica 2020: Recovery Fund, Salvini furioso: „Una fregatura grossa come una casa“, in: <https://bit.ly/2RrP8fk> [27.07.2020].

8 Rai News 2020, in: <https://bit.ly/2FHabYY> [10.09.2020].

Spanien

Dr. Wilhelm Hofmeister

Wirtschaftliche Kennzahlen

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	-22,1 %; -10,9 % *
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	109,3 % / 1.224 Mrd. Euro (Stand 31.3.2020) **
Arbeitslosenquote	14,41 % (1. Quartal 2020) / <20,0 % (2. Quartal 2020) ***
Jugendarbeitslosenquote	32,9 % ***

Quellen: *Eurostat/European Commission; **Reuters, basierend auf Daten des Instituto Nacional de Estadística (INE); ***Eurostat, Mai 2020

Der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez zeigte sich „zu 95 % mit dem Verhandlungsergebnis zum EU-Recovery Fund zufrieden“. Spanien wird in einem Zeitraum von sechs Jahren insgesamt 140 Mrd. Euro erhalten, davon 72,2 Mrd. Euro als Direkthilfen (Subventionsleistungen) und die restlichen 37,8 Mrd. Euro in Form von Krediten, was in seinen Augen „einem echten Marschallplan“ der EU gleichkomme. Sánchez ist überzeugt, dass die Bedingungen des Fonds der Umsetzung seiner sozialpolitisch expansiven und progressiven Reformvorschläge nicht entgegenstehen. Generell sind die Hoffnungen in Spanien sehr hoch, dass der Recovery Fund helfen möge, die Coronakrise etwas abzufedern.

Einen genauen Fahrplan hat die Regierung noch nicht vorgelegt. Laut Sánchez bleiben die Ziele jedoch auch im Zuge von Corona die gleichen, die die Regierungspolitik schon vor dieser Krise leiteten. Dazu gehören die Digitalisierung der Wirtschaft, Telearbeit und Reformen im Bildungssystem. Auch setze er weiterhin auf die ökologische Transition im Kampf gegen den Klimawandel und um qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen. Auch Gleichberechtigung sowie die soziale und territoriale Kohäsion in Spanien blieben Kernthemen.

Die spanische Regierung will die Mittel im Sinne der drei Säulen des EU-Recovery Funds einsetzen. Die konkrete Verwendung der Mittel aus dem Wiederaufbaufonds muss jedoch erst noch im Nationalen Reformprogramm 2020 erarbeitet werden. Details nannte Sánchez dazu bisher keine – außer, dass 59 Mrd. Euro im Rahmen des Wiederaufbau- und Resilienzmechanismus zur Verfügung gestellt würden und damit für strukturelle, wirtschaftliche und soziale Reformen und Investitionen verwendet werden sollen. Zudem kommen die restlichen Direktleistungen von 12,4 Mrd. Euro aus dem REACT-Programm, dessen Mittel in das Wirtschaftswachstum sowie in die „territoriale und soziale Kohäsion“ fließen sollen. Zudem unterstrich Sánchez hin-

sichtlich der Gemeinsamen Agrarpolitik, dass er erreicht habe, dass die Direkthilfen, die Leistungen zur ländlichen Entwicklung sowie marktbezogene Maßnahmen für die spanische Landwirtschaft im EU-Haushalt 2021–2027 auf gleichem Niveau fortgeschrieben würden, obwohl dieser Haushaltsposten um 10 % von 382,85 Mrd. Euro (2016–2020) auf nur noch 343,95 Mrd. Euro gekürzt würde.

Jenseits der Bedingung, dass geförderte Projekte wohl inhaltlich einer der Säulen des EU-Recovery Funds zugerechnet werden können, sind bisher keine weiteren Anhaltspunkte durch die spanische Regierung definiert worden. Die Regionen fürchten, dass das Geld nicht nach sachgerechten, sondern politischen Motiven verteilt werden könnte. Die PP-Vertreter (*Partido Popular*) bei den Verhandlungen werden zur Verwaltung der Gelder die Einsetzung eines unabhängigen Hohen Kommissars fordern, um Klientelismus und einer einseitigen Finanzierung der durch die Sozialisten regierten Autonomen Gemeinschaften vorzubeugen.

Die EVP-Mitgliedspartei *Partido Popular* (PP) zeigt sich als moderater, sachlicher Kritiker und ruft die Sozialisten immer wieder dazu auf, in die politische Mitte zurückzukehren. Parteichef Pablo Casado beanstandet, dass sich Sánchez seit seiner Rückkehr aus Brüssel trotz der dramatischen gesundheitspolitischen und wirtschaftlichen Situation des Landes für das Verhandlungsergebnis aus Brüssel überschwänglich feiern lässt. Casado wies auf „das Verdienst der Vertreterinnen der Europäischen Volkspartei“ (Ursula von der Leyen, Christine Lagarde und Angela Merkel) hin, die den Wiederaufbaufonds tatsächlich möglich gemacht hätten. Die Regierung sei angesichts steigender Fallzahlen zu passiv und von den Ereignissen überwältigt. Der Triumphalismus der Sozialisten sei dafür mitverantwortlich, dass die Bevölkerung die Sicherheitsmaßnahmen nicht mehr ernst nehme, da sie den Eindruck erweckten, die Pandemie sei überstanden. Casado stellte einen eigenen „Plan B“ vor, der umfassende juristische, gesundheits- und wirtschaftspolitische (u. a. zur Stützung des Tourismus) Maßnahmen enthält. Er wirbt bei den Sozialisten um eine gemeinsame Abstimmung dieser Maßnahmen in Form eines nationalen Paktes. Ein von Vox angekündigtes Misstrauensvotum will die PP nicht mittragen und lehnt dies ab. In der öffentlichen Meinung, insbesondere in wirtschaftsnahen Sektoren, werden sowohl das Eigenlob Sánchez als auch die unversöhnliche Kritik Casados (und die Ablehnung des Pakets durch die PP im *Congreso*) widersprüchlich diskutiert. Insgesamt stuft die PP die Zuwendungen aus Brüssel als Rettungspaket ein und warnt eindringlich davor, Rajoys Arbeitsmarktreform von 2012 umzukehren, da dies die Wirtschaft nochmals negativ belasten würde. Die PP hofft zugleich, dass die Konditionalität, die aus der Zustimmungspflicht der Europäischen Kommission zu den Zahlungen aus dem EU-Recovery Fund entspringt, einen Hemmschuh für Sánchez darstellt, um eine weitere Anhebung der Staatsverschuldung zu verhindern und notwendige Wirtschaftsreformen anzumahnen.

Pedro Sánchez hat hingegen nach seiner Rückkehr aus Brüssel versichert, dass es sich beim EU-Recovery Fund nicht um ein Rettungspaket handle, im Rahmen dessen Spanien die Autonomie über den nationalen Haushalt verlöre. Allerdings wird in der öffentlichen Debatte kontrovers diskutiert, ob die Abwesenheit einer „Troika“ wirklich bedeute, dass Sánchez die Arbeitsmarktreform der Vorgängerregierung aufheben und eine expansiv-progressive Sozialpolitik inklusive höherer Neuverschuldung umsetzen könne, so wie er es versprochen hatte. Denn das Nationale

Reformprogramm werde durch das Europäische Semester überprüft, durch die Europäische Kommission abgesegnet und könne zudem einem Veto eines anderen EU-Regierungschefs ausgesetzt sein. Sánchez versichert jedoch, die Ziele der Regierung seien völlig kompatibel mit den Zielen des EU-Funds, was jedoch von vielen Experten angezweifelt wird. Das Europäische Semester diagnostizierte im Februar 2019, dass Spanien zwar v. a. in den Bereichen Arbeitsmarkt und Bankensektor nach der Wirtschaftskrise 2014 wieder resilienter geworden sei, warnte jedoch zugleich vor vielen verbleibenden Risiken, darunter auch vor Auswirkungen des Klimawandels auf die Wirtschaft. Im Juli 2020 ist der Ausblick wesentlich negativer. Einer Studie des Zahlungsdienstleisters Intrum nach ist Spanien das EU-Land, in dem 54 % der Unternehmer die gravierendsten Schwierigkeiten für ihre Tätigkeit durch die Coronakrise vorhersehen (16 % über dem EU-Durchschnitt). Auch mit Blick auf die hohe (Jugend-) Arbeitslosigkeit, die enorme Staatsverschuldung und einen BIP-Einbruch im zweiten Quartal 2020 von bis zu 20 % besteht die Gefahr, dass viele Fortschritte, die in den vergangenen fünf Jahren erzielt wurden, ohne weitere Strukturreformen in kürzester Zeit zunichtegemacht werden. Im Hinblick auf das Regierungsprogramm von PSOE (*Partido Socialista Obrero Español*) und Podemos sind diese jedoch nicht erkennbar. Vielmehr würden demnach die Arbeitsmarktreform umgekehrt und die Sozialleistungen erhöht.

In der EU-Haushaltsperiode 2021–27 kommt den staatlichen Hilfen für Unternehmen eine große Bedeutung zu, da die sozialistische Regierung Zugriff auf Direktmittel in Höhe von 72,2 Mrd. Euro erhält. Solange der spanische Antrag zum Nationalen Reformprogramm 2020 nicht vorliegt, ist jedoch nicht absehbar, welche Sparten und Unternehmen Direktleistungen in Form von staatlichen Beihilfen erhalten werden.

Indem die Regierung zusagte, die Schwerpunktthemen der EU im Rahmen der Erholungsmaßnahmen zu beachten, entspricht das auch den Prioritäten der deutschen Bundesregierung. Es bleibt abzuwarten, wie diese Zusage umgesetzt und eine Anschlussfähigkeit des politischen Handels bzw. der Diskussion nach Deutschland erkennbar wird.

Griechenland

Henri Bohnet

Wirtschaftliche Kennzahlen

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	-0,9 % *; -9 % **
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	176,7 % ****
Arbeitslosenquote	18,3 % ***
Jugendarbeitslosenquote	35,6 % (April 2020) ***

Quellen: *Eurostat; Daten des Vorquartals; **European Commission; ***Hellenic Statistical Authority;
****Eurostat

Die Regierung in Athen hat sich von Beginn an für einen komplett über Zuschüsse finanzierten Fonds ausgesprochen. Das ist bei der mit Abstand höchsten Staatsverschuldung in der Union nicht verwunderlich. Die nun erfolgte Einigung über die gemischte Ausgestaltung der in Kürze abrufbaren Finanzmittel sieht Athen dennoch als großen Erfolg. „Europa hat sich der Herausforderung gewachsen gezeigt und wir haben es geschafft, eine überaus ambitionierte Antwort auf den durch die Pandemie verursachten wirtschaftlichen Schock zu finden,“ erklärte Griechenlands konservativer Premier Mitsotakis unmittelbar nach der Einigung. Er hob dabei gegenüber seinen Landsleuten die Größe der für Griechenland nun verfügbaren Mittel von gut 70 Milliarden Euro (inkl. der Zuwendungen aus dem zukünftigen EU-Haushalt) hervor, die etwa ein Drittel der jährlichen Wirtschaftsleistung des Landes ausmacht. Außerdem wird er mit der Aussage zitiert, dass die Mittel ohne strenge Auflagen fließen werden, ein wichtiges Signal für das durch fast zehn „Troika-Jahre“ noch immer traumatisierte Land. Doch Vorsicht ist geboten: Griechenland hat in der Vergangenheit und gerade auch während der gerade als überwunden geglaubten Finanzkrise EU-Mittel zu einem großen Teil nicht absorbieren und sinngemäß verwenden können. Die landesweit anerkannte Denkfabrik „Dianeosis“ hat in einer kürzlichen Studie⁹ gezeigt, dass Athen noch nicht mal die Hälfte aller Strukturmittel aus dem letzten siebenjährigen EU-Haushalt, der in diesem Jahr zu Ende geht, tatsächlich ausgegeben hat.

Der Fonds stellt „eine einzigartige Gelegenheit für einen Sprung vorwärts für unser Land dar,“ so führte Mitsotakis weiter aus. Er will im Oktober einen ambitionierten Plan zur „Transformation“ und zur „Generalüberholung des Produktionsmodells“ des Landes vorlegen. Den Ankündigungen der Mitterrechts-Regierung der EVP-Partei „Nea Dimokratia“ ist zu entnehmen, dass der Schwerpunkt auf Maßnahmen zur schnellen und nachhaltigen Erholung der Wirtschaft liegen wird: Die Steigerung der Produktivität und der Wettbewerbsfähigkeit stehen im Zentrum, so der griechische Finanzminister Staikouras.

Anders als seine Vorgängerregierungen legt Premier Mitsotakis großen Wert auf Expertenmeinungen. Das hat seine Regierung während der ersten Phase der Corona-Krise bewiesen, durch die Griechenland, was Infektions- und Opferzahlen angeht, besser als die meisten europäischen Länder (und Deutschland) gekommen ist. Schon während dieser ersten Phase wurde eine Kommission um den zyprisch-britischen Wirtschaftsnobelpreisträger Christopher Pissaridis aufgestellt und von der Regierung beauftragt, Empfehlungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau auszuarbeiten. Diese wurden Mitte Juli vorgestellt und stellen tatsächlich einen Bruch mit der bisherigen Wirtschaftspolitik Griechenlands dar. Denn sie gehen in erster Linie in Richtung einer Liberalisierung der hoch besteuerten und sozialpolitisch immer noch rigiden Wirtschaft, einer Dezentralisierung des sehr zentralistischen Staatswesens und einer Diversifizierung der Wertschöpfung des Landes und damit weg von einer übergroßen Abhängigkeit von wenigen zentralen Wirtschaftsbereichen (siehe Tourismus). Ob dieser Bruch tatsächlich erfolgt, bleibt abzuwarten. Die Regierung hat angekündigt, die Vorschläge der Experten für ihren im Oktober angekündigten Plan zu berücksichtigen. Klar scheint jedoch schon jetzt die Erkenntnis in Athen, dass dabei Digitalisierung und wirtschaftliche sowie ökologische Nachhaltigkeit eine zentrale Rolle spielen müssen. Bei Ersteren hat die Regierung bereits beeindruckende Veränderungen bei der Bereitstellung von staatlichen Dienstleistungen, im Bildungs- und im Gesundheitssystem während des „Lockdowns“ erzielt. Bei Letzteren hat sie kürzlich ambitionierte Gesetze verabschiedet. Hier bleibt aber abzuwarten, ob diese zu einem Umdenken bei den bisher wenig umweltbewussten Bürgern und Unternehmen führen und, anders als bei vielen vorangegangenen Reformgesetzen diverser griechischer Regierungen, auch umgesetzt werden.

Wichtigste Kriterien für die Nutzung der EU-Finanzmittel sind die Vermeidung von Massenarbeitslosigkeit und des Bankrotts kleiner und kleinster Unternehmen in einem ersten Schritt. In einem zweiten Schritt wird es um die Stärkung der Zukunftsfähigkeit der griechischen Wirtschaft insgesamt gehen. Empfehlungen der „Pissaridis“-Kommission (s. o.) sehen unter anderem neben einer weitergehenden Entbürokratisierung neue Initiativen zur Um- und Weiterbildung von Arbeitnehmern vor, sowie die finanzielle Abfederung von umfangreichen Steuersenkungen zur Liberalisierung der Wirtschaft und von Beitragssenkungen im sozialen Bereich – beides Felder, in denen Griechenland bisher einer der Spitzenreiter im europäischen und OECD-Vergleich ist.

Mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit des Landes muss Folgendes berücksichtigt werden: Die zehnjährige Wirtschafts- und Finanzkrise hat die umfassenden Defizite der griechischen Wirtschaft ans Tageslicht gebracht. Viele der von der internationalen „Troika“ erkannten Missstände wurden von den vorherigen Regierungen aber oft nur oberflächlich angegangen. Deshalb zeigte sich in Griechenland – und im Vergleich zu den anderen während der Finanzkrise „geretteten“ Eurostaaten wie Irland, Spanien, Portugal und Zypern – nur eine schwache wirtschaftliche Erholung verbunden mit einem äußerst langsamen Rückgang der massiven (Jugend-)Arbeitslosigkeit und einem bis heute nicht vollzogenen Abbau der Staatsschulden.

Vor diesem Hintergrund ist die Bilanz der fast genau vor einem Jahr ins Amt gewählten Regierung von Mitsotakis insofern ermutigend, als dass sie bereits vor der Corona-Krise Anstrengungen unternommen hat, die noch vorhandenen „Bremsklötze“

für ein stärkeres Wachstum abzubauen und das Land gleichzeitig für internationale Investitionen wieder attraktiv zu machen. Diese Bemühungen will Mitsotakis jetzt mit Hilfe der Wiederaufbau-Gelder gerade mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit seiner Wirtschaft intensivieren und mit einer beschleunigten Digitalisierungs- und Nachhaltigkeitsstrategie um zwei wichtige, von seinen Vorgängern kaum beachtete sektorübergreifende Komponenten vervollständigen.

Eine vorläufige Bilanz der diesjährigen Tourismussaison angesichts der weiter grassierenden Corona-Pandemie lässt den Äußerungen von Mitsotakis und weiteren führenden Regierungsmitgliedern eine hervorgehobene Bedeutung zukommen, die Abhängigkeit vom Tourismus – fast 30 Prozent der Wirtschaftsleistung hängt direkt oder indirekt davon ab – zugunsten einer wirtschaftlichen Diversifizierung zu reduzieren. Allerdings sind die jahrzehntelang gewachsenen Trägheitskräfte in der griechischen Gesellschaft, von reformresistenten Gewerkschaften über politisch immer noch relevante sozialistische Kräfte bis hin zu einer traditionsbewussten und oft veränderungsskeptischen Bevölkerung, auch im Jahr 2020 nicht zu unterschätzen.

Im Vergleich zu Deutschland spielen die Stichworte „Souveränität“ oder „Resilienz“ in der allgemeinen griechischen Debatte bisher keine prominente Rolle: Da die Äußerungen der politischen Entscheidungsträger zur Ausgestaltung des nationalen Wiederaufbaus bisher vage geblieben sind, kann über die bereits auf dem Gipfel verlautbarten Erklärungen dazu hinaus nichts ergänzt werden. In erster Linie dreht sich die Diskussion in diesen Sommermonaten mehr um das wirtschaftliche Überleben an sich und die Frage, wie viele Unternehmen überhaupt überleben bzw. wie viele Menschen überhaupt ihre Arbeit behalten werden.

Mit Deutschland ist die finanzielle Feuerkraft des griechischen Staates ebenfalls in keinsten Weise vergleichbar. Dies gilt es zu berücksichtigen, wenn der Versuch unternommen wird, die Rolle von staatlichen Beihilfen zur Stärkung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit zu bewerten. Aber Finanzminister Staikouras hat zumindest deutlich gemacht: Der Fokus der staatlichen Hilfen liegt auf der Überlebensfähigkeit der kleinen und Kleinstunternehmen, die mehr als Dreiviertel der Unternehmen ausmachen.

Inhaltlich zeigt sich aber durchaus eine Anschlussfähigkeit der Debatten an Deutschland: Denn KMU, Nachhaltigkeit und Digitalisierung sind alles Bereiche, die auch für Deutschland von zentraler Bedeutung sind. Da die Regierung Mitsotakis sich in europäischen Fragen ganz klar mit einem guten Maß an Offenheit und Lernfähigkeit an deutschen Entwicklungen orientiert, sollte hier die Chance genutzt werden, gute Erfahrungen vor allem in den ersten beiden Bereichen weiterzugeben. Im dritten Bereich sollte Deutschland die Gelegenheit nutzen, stärker auf die beeindruckenden Entwicklungen in Griechenland zu schauen.

9 <https://www.dianeosis.org/2020/07/espa-ena-anekmetaleyto-anaptyksiako-ergaleio/> [15.09.2020].

Österreich

Claudia Crawford

Wirtschaftliche Kennzahlen

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	0,2 %; -7,1 % *
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	70,4 % (Stand Ende 2019) **
Arbeitslosenquote	10,1 % nach nationaler Definition / 6 % nach internationaler Definition (Stand Juni 2020) ***
Jugendarbeitslosenquote	11,8 % (Mai 2020) ****

Quellen: *Eurostat/European Commission; **Statistik Austria; ***Statista;

****Arbeitsmarktdaten und Medien Österreich

Die ersten Reaktionen auf den Macron-Merkel-Vorschlag durch den österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz waren ablehnend. Besonders störte er sich an dem Umstand, dass das Geld als Zuschüsse ausgezahlt werden sollte, aber auch die Höhe des Fonds fand seine Ablehnung. Die ÖVP teilte im Wesentlichen diese Haltung, mit einigen Ausnahmen seitens einiger österreichischer EU-Abgeordnete. Die Grünen hielten sich mit Stellungnahmen zurück und gaben zu verstehen, dass sie eine vermittelnde Position einnehmen möchten.

Vor diesem Hintergrund ist die österreichische Bundesregierung, allen voran der Bundeskanzler, mit dem bisherigen Ergebnis zum EU-Recovery Fund sehr zufrieden. Die Absenkung der Höhe der Zuschüsse wird als Erfolg verbucht. Es war den Beteiligten klar, dass eine Verhinderung von Zuschüssen nicht möglich sein wird, eine ablehnende Haltung aber als Einstiegsposition nötig ist, um eine Reduzierung der Höhe zu erreichen. Die zielgerichtete Verwendung der Mittel, so wie derzeit vereinbart, sind der hiesigen Bundesregierung und der ÖVP sehr wichtig und wird beobachtet werden. Österreichs Verhandlungsführer sind darüber hinaus sehr froh darüber, dass es ihnen gelungen ist, im Verbund mit anderen kleineren Ländern (Stichwort ‚frugale Vier‘) mehr Gewicht in die Waagschale zu werfen. Als östlichstes Land des gesellschaftspolitischen Westens und südlichstes Land des finanz- und wirtschaftspolitischen Nordens sind seine Handlungsspielräume begrenzt. Deshalb orientierte sich jede österreichische Regierungskoalition in den letzten zwei Jahrzehnten üblicherweise an Deutschland. Aufgrund der veränderten Position Deutschlands war dies bei diesen Verhandlungen nicht möglich. Durch den starken Zusammenhalt der vier, später mit Finnland der fünf Länder, wurde die Gruppe zu einem Verhandlungspartner, der ernstgenommen wurde. Österreich hat damit seine Chance auf Mitsprache nachhaltig erhöht, was auch in der Zukunft eine tragfähige Basis sein kann. Diese Gruppe vereint nicht nur der Wunsch nach finanzieller Sparsamkeit, sondern

auch ein gemeinsames Auftreten für eine Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und des Klimaschutzes. Als einziges der fünf Länder stellt Österreich mit Sebastian Kurz einen Regierungschef aus den Reihen der EVP, während die drei nordischen Länder aktuell sozialdemokratisch und die Niederlande liberal (mit EVP-Koalitionspartner) geführt werden. Daran wird deutlich, dass es nicht um parteipolitische Präferenzen der ÖVP, sondern um die Interessen der Republik Österreich geht. Einer aktuellen Umfrage zufolge hat das hartnäckige Auftreten des Bundeskanzlers seine Beliebtheitswerte in Österreich gesteigert¹⁰.

Es gibt bislang keine öffentliche Diskussion darüber, wofür das Geld in Österreich verwendet werden soll. Österreich bekam mit ca. 3,17 Milliarden Euro nur einen sehr geringen Anteil der rund 390 Milliarden Euro Zuschüsse zugesprochen¹¹. Auch innerhalb der Bundesregierung scheinen noch keine abgestimmten Planungen vorzuliegen. Auf Nachfragen wird darauf verwiesen, dass noch Bedarfsanalysen vorgenommen werden, wofür die Mittel in Österreich am besten eingesetzt werden. Da die Mittel nicht einfach als Geldsumme zur Verfügung stehen, sondern von den Mitgliedsländern nur projektbezogen für 3+3 Jahre (3 Jahre für Einreichung, weitere 3 Jahre für Umsetzung) bei der Kommission abgerufen werden können, wird auch für die Projektentwicklung Zeit benötigt werden. Grundsätzlich, so die bisherigen Überlegungen, sollen die Mittel Resilienz stärkend wirken, mit Priorität auf einer ökologischen Ausrichtung (37 % Klima-Quote). Allgemein werden die Schwerpunkte Digitalisierung, Forschung, neue Arbeitswelt und Klimaschutz genannt, eingeschlossen aber auch der Tourismus-Bereich. Noch gäbe es zu wenige Details, nicht einmal die für die Abwicklung zuständige Behörde ist festgelegt. Voraussichtlich wird es das Finanzministerium. Mit konkreten Überlegungen ist wohl erst ab September zu rechnen. Noch sind die Verhandlungen zum EU-Recovery Fund nicht einmal abgeschlossen.

In Österreich herrscht das Empfinden vor, besser als andere Länder durch die Krise gekommen zu sein – eine Krise, die allerdings noch lange nicht überstanden ist. Das rasche und konsequente Handeln der Regierung und das vernünftige und kooperative Verhalten der Bevölkerung werden als Gründe für den bislang erfolgreichen Umgang mit der Pandemie gesehen. Es herrschte ein breiter Konsens über die Notwendigkeit und Wirksamkeit der politischen Maßnahmen vor. Zugleich entstanden unzählige lokale Initiativen zur Einkaufshilfe und anderen Dienstleistungen, wodurch die politischen Maßnahmen relativ schnell flächendeckend wirken konnten. Die derzeit wieder ansteigenden Infektionszahlen sind ein Hinweis darauf, dass die Pandemie noch nicht ausgestanden ist. Sich weiterhin an die Kontaktbeschränkungen zu halten, fällt einigen Menschen zunehmend schwer.

Themen wie Digitalisierung und Klimaschutz werden in Österreich als Zukunftsthemen verstanden und auch regierungsseitig kommuniziert. Die erzwungene Pause des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens, einschließlich des Schulbetriebs, haben zumindest die Bedeutung der Digitalisierung ins breitere Bewusstsein gehoben. Daran wird sicherlich nach der Krise angeknüpft werden. Souveränität und Resilienz werden angesichts der zurückliegenden Monate vor allem im Zusammenhang mit Versorgungssicherheit von Medikamenten und Schutzausrüstung debattiert. Die globalen Produktionsketten bei diesen sensiblen Gütern werden hinterfragt. Stattdessen sollte vermehrt in Österreich bzw. der EU produziert werden. Diese Möglichkeit stößt

allerdings an ihre Grenzen, weil es im Land kaum noch Betriebe gibt, die diese Medikamente annähernd konkurrenzfähig produzieren könnten. Um die Konkurrenzfähigkeit herzustellen, müsste der Staat massiv eingreifen, was mit dem Wettbewerbsrecht kollidieren würde. Ebenfalls in Richtung Versorgungssicherheit – konkret in Bezug auf Lebensmittel – ging eine Kampagne des Österreichischen Bauernbundes. Ziel der Kampagne war es, auf regionale (und Bio-) Produkte aufmerksam zu machen.

Im Regierungsprogramm 2020¹² von ÖVP und Grünen findet sich gelegentlich ein Bezug zu Resilienz und Zukunftsfähigkeit, etwa bei den Themen Klimaschutz und erneuerbare Energie, Cybersicherheit und Künstliche Intelligenz. Insgesamt aber ist die öffentliche Debatte darüber weiterhin und trotz Corona eher schwach ausgeprägt.

10 Oe24.at 2020: Umfrage: EU-Gipfel war Turbo für Kurz, in <https://bit.ly/2ZZR3gb> [15.09.2020].

11 Darvas, Zsolt 2020: Having the cake, but slicing it differently: how is the grand EU recovery fund allocated?, 23.07.2020, in: <https://bit.ly/33DpmdO> [15.09.2020].

12 Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020–2024, in: https://www.dieneuevolkspartei.at/Download/Regierungsprogramm_2020.pdf [15.09.2020].

Niederlande

Dr. Hardy Ostry

Wirtschaftliche Kennzahlen (Stand: Juni 2020)

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	-9 %; -6,8 % *
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	49,2 % **
Arbeitslosenquote	4,3 % **
Jugendarbeitslosenquote	10,7 % (im Mai 2020) **

Quellen: *Eurostat/European Commission; **Statista

Die Niederlande bewerteten den EU-Recovery Fund von Beginn an maßgeblich aus der Perspektive eines Geberlandes, sodass eine Debatte über mögliche finanzielle Zuwendungen aus dem Instrument politisch und gesellschaftlich nahezu ausblieb. Premierminister Mark Rutte betonte zwar einmalig, dass die Niederlande bei geschickter Verhandlungsführung bis zu vier Milliarden Euro aus dem Topf bekommen könnten; dies wurde in der Folge jedoch nicht mehr weiter aufgegriffen. Mit Blick auf die Ausgestaltung von „Next Generation EU“ pochte die Regierung in Den Haag darauf, dass europäische Solidarität in Form von finanzieller Unterstützung der besonders betroffenen Staaten hauptsächlich (im besten Fall ausschließlich) durch rückzahlbare Krediten abgewickelt werden solle. Die von anderen Staaten – darunter Deutschland und Frankreich – eingebrachten Vorschläge einer stärkeren Verlagerung zugunsten von Zuschüssen lehnten die Niederlande gemeinsam mit Dänemark, Österreich, Schweden („Sparsame Vier“) sowie Finnland ab. Gleichzeitig knüpfte Premierminister Rutte jedwede finanzielle Zuwendung an Reformen und zukunftsweisenden Veränderungen in den jeweiligen Empfängerstaaten. Damit handelte sich der Regierungschef – ebenso wie Finanzminister Wopke Hoekstra von der EVP-Partei CDA – den Unmut zahlreicher Staats- und Regierungschefs ein.

Nicht zuletzt aufgrund der im kommenden März anstehenden Parlamentswahlen präsentierte sich Mark Rutte auch beim Ratsgipfel 17.–21. Juli 2020 als Hardliner und versuchte als Wortführer der „sparsamen Nordeuropäer“, den Anteil der Zuschüsse im Rahmen von NGEU auf unter 400 Milliarden Euro zu drücken, was letztlich von Erfolg gekrönt war. Außerdem wurde – maßgeblich auf niederländische Initiative hin – eine sogenannte „Super-Notbremse“ vereinbart, durch die Hilfgelder bei nicht ordnungsgemäßer Verwendung durch den Europäischen Rat zurückgehalten werden können. Damit wurde auch der aus Den Haag immer wieder geforderten Konditionalität Rechnung getragen. Mit Blick auf den MFR hatten sich die Niederlande gemeinsam mit ihren Partnern für ein schlankes und zukunftsgerichtetes EU-Budget stark gemacht und eine Erhöhung der Beiträge zunächst kategorisch abgelehnt. Auch in diesem

Bereich konnte im Rahmen des 90-stündigen Ratsgipfels jedoch ein Kompromiss erreicht werden (nicht zuletzt durch eine Erhöhung der niederländischen Rabatte).

Nach aktuellem Stand werden die Niederlande etwa 6,43 Milliarden Euro aus dem EU-Recovery Fund erhalten. Diese Summe setzt sich aus folgenden Einzelposten zusammen: Recovery and Resilience Facility (RRF): 4,94 Milliarden Euro; ReactEU: 0,46 Milliarden Euro; European Agricultural Fund for Rural Development (EARDF): 0,05 Milliarden Euro; Just Transition Fund (JTF): 0,32 Milliarden Euro; RescEU: 0,11 Milliarden Euro; Horizon Europe: 0,55 Milliarden Euro.

Die christdemokratische Regierungspartei CDA sprach sich grundsätzlich für eine solidarische Unterstützung der krisengebeutelten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union aus, unterstrich jedoch ebenfalls die Notwendigkeit der Konditionalität und machte sich – vor allem in Person des Finanzministers – für Kredite statt Zuschüsse stark. In der CDA-Delegation im Europäischen Parlament war die Stimmung hingegen weniger konfrontativ und stärker auf einen Interessensausgleich bedacht. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die Mitgliedsstaaten als auch auf den interinstitutionellen Dialog in Brüssel. Bemerkenswert scheint in diesem Zusammenhang, dass sich mit Jan-Peter Balkenende ein ehemaliger CDA-Regierungschef medial in die Debatte einschaltete, indem er eher im Sinne von Merkel-Macron für eine große gesamteuropäische Kraftanstrengung warb.

Ähnlich wie in Deutschland spielt die Zukunftsfähigkeit auf nationaler und europäischer Ebene eine herausgehobene Rolle. Dies machte sich nicht zuletzt auch daran bemerkbar, dass die Niederlande (gemeinsam mit anderen Staaten) darauf bestehen, die Gelder aus „Next Generation EU“ nicht zur Haushaltskonsolidierung, sondern zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie und zur Investition in zukunftsorientierte Wirtschaftsbereiche zu nutzen. Gleiches gilt für den MFR, bei dem sich die Niederlande ebenfalls für mehr Investitionen in Zukunftstechnologien eingesetzt haben. Gleichzeitig darf jedoch kritisch angemerkt werden, dass durch die Verhandlungsführung „der Sparsamen“ genau in diesen Bereichen teils empfindliche Kürzungen vorgenommen werden, welche in den nach der Sommerpause anlaufenden Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament einer der Schwerpunkte sein dürften.

Mit Blick auf den Bereich der Souveränität stehen für die Niederlande als Exportnation vor allem wirtschaftliche Gesichtspunkte im Vordergrund. In diesem Zusammenhang wird die Rolle der Europäischen Union als maßgeblich angesehen, um im Spiel der Großmächte die europäischen Interessen angemessen artikulieren zu können. Gleichzeitig verfolgt Den Haag jedoch auch immer wieder einen Kurs der nationalen Souveränität im Rahmen der EU27. So stieß das Freihandelsabkommen mit CETA in den Niederlanden auf größere Skepsis als anderswo, was auf kanadischer Seite für Unverständnis sorgte. Im Hinblick auf die Resilienz dreht sich die Debatte aktuell vor allem um die Bevorratung medizinischer Güter und die Lehren aus der Coronavirus-Pandemie. In diesem Zusammenhang treten auch die Niederlande auf europäischer Ebene für eine stärkere Unabhängigkeit der EU gegenüber Drittstaaten wie China und Indien ein.

Mit Blick auf die Zukunft der EU lassen sich zwischen dem niederländischen und dem deutschen Diskurs durchaus Anknüpfungspunkte ausfindig machen. In den Niederlanden – wo sowohl die Mehrheit der Bevölkerung als auch die Mehrheit der politischen Parteien dem europäischen Projekt nicht uneingeschränkt positiv gegenüberstehen – wünscht man sich eine Union, die stärker auf die Bürgerinnen und Bürger zu- und eingeht. Gleichzeitig vertreten die Niederlande die Position, dass bestimmte Politikbereiche weiterhin der nationalen Souveränität unterliegen sollten und die Idee einer „*ever closer union*“ nur in bestimmten und in als sinnvoll erachteten Bereichen vorangetrieben werden sollte. In diesem Zusammenhang ist die gesellschaftliche und politische Meinung etwas kritischer als in der Bundesrepublik. Mit Blick auf die ratsseitig abgeschlossenen Verhandlungen über den neuen MFR und „Next Generation EU“ hat man den deutschen Kurswechsel, der sich vor allem im von Angela Merkel und Emmanuel Macron vorgelegten deutsch-französischen Vorschlag manifestiert hatte, mit Überraschung zur Kenntnis genommen. Dies lag vor allem daran, dass man sich bisher immer nah an der deutschen Position wähnte. Die Tatsache, dass dies nicht mehr uneingeschränkt der Fall ist und mit dem Vereinigten Königreich ein weiterer „Verbündeter“ die Union verlassen hat, dürfte die harte Verhandlungsposition der Niederländer im Europäischen Rat mindestens mitbestimmt haben. In Den Haag ist man aber dennoch an einer engen Positionsabstimmungen mit der Bundesrepublik Deutschland interessiert und hofft, auf europäischer Ebene zukünftig wieder gemeinsame Ziele verfolgen zu können.

Nordische Länder – Finnland, Schweden, Dänemark

Gabriele Baumann

Wirtschaftliche Kennzahlen – Finnland (Stand: Mai 2020)

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	–5,2 %; –6,3 % *
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	59,4 %
Arbeitslosenquote	7 % **
Jugendarbeitslosenquote	10,5 % **

Quellen: *Eurostat/European Commission; **Statistics Finland

Wirtschaftliche Kennzahlen – Schweden (Stand: Mai 2020)

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	–8,3 %; –5,3 % *
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	35,1 % **
Arbeitslosenquote	8 % ***
Jugendarbeitslosenquote	24,9 % ***

Quellen: *Eurostat/European Commission; **Statista; ***Ekonomifakta

Wirtschaftliche Kennzahlen – Dänemark (Stand: Mai 2020)

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	–8,5 %; –5,2 % *
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	33,2 % **
Arbeitslosenquote	5 % **
Jugendarbeitslosenquote	19,1 % **

Quellen: *Eurostat/European Commission; **Statistics Denmark

Der nachfolgende Text behandelt die Einstellungen der drei Nordischen EU-Länder Finnland, Schweden, Dänemark zum EU-Recovery Fund. Während der Verhandlungen in Brüssel traten sie mit abgestimmten Positionen insbesondere in der Frage der Aufteilung von Krediten und Zuschüssen auf; zusammen mit Österreich und den Niederlanden wurden sie aufgrund ihres Beharrens auf Haushaltsdisziplin als Gruppe der sog. Sparsamen Vier betitelt. Finnland hatte sich spät, aber doch einige Wochen vor dem Gipfel an die Seite der nordischen Nachbarn Schweden und Dänemark gestellt. Den drei wirtschaftsliberalen Ländern im Norden ging es neben der Verhandlung des Zahlenwerks auch immer um die zukünftige Ausrichtung der Europäischen Union. Die Position der drei sozialdemokratischen Regierungen unterscheidet sich dabei kaum von den Forderungen der Oppositionsparteien in den Ländern. Alle waren von Beginn an daran interessiert, eine Lösung zur Bewältigung der Krise herbeizuführen. Die erheblichen Rabatte für Schweden und Dänemark auf die Mitgliedsbeiträge haben den Abschluss der Verhandlungen klar erleichtert. Dennoch bleibt Skepsis und auch Enttäuschung über das Vorgehen, insbesondere auch über das Verhalten Deutschlands. Die Angst vor einer Transferunion ist in den Ländern zwar unterschwellig – etwa in persönlichen Gesprächen – stets präsent, insgesamt ist die Berichtslage in den Medien über das Verhandlungsergebnis und die Einstellung der Bevölkerung dazu auch aufgrund der Sommerpause in allen drei Ländern derzeit äußerst dünn (Stand: 10. September 2020).

Vereinbart wurde am 21. Juli, dass der mehrjährige Finanzrahmen MFR, wie vorgesehen, mit einer Höhe von 1,074 Billionen Euro bestehen bleibt. Alle drei Länder bleiben Nettozahler in die EU; Schweden und Dänemark erhalten Rabatte auf ihren Mitgliedsbeitrag in dreistelliger Millionenhöhe. Finnland bekommt keine Rabatte, aber zusätzliche Hilfen für die Landwirtschaft. Die Nordischen Länder waren zunächst mit der Forderung in die Verhandlungen gegangen, dass gar keine Zuschüsse, sondern nur Kredite vergeben werden dürften. Kriterien, welche die nordischen EU-Länder zusammen mit Österreich und den Niederlanden von Anfang an für den Fonds festlegten, waren zudem dessen zeitliche Begrenzung sowie hohe Anforderungen an Effizienz, Rechtsstaatlichkeit und Reformen.

Finnland

3,2 Milliarden Euro wird Finnland aus dem EU-Recovery Fund erhalten, bürgt aber gleichzeitig für 6,6 Milliarden Euro. Eines der größten Themen in diesem Herbst im finnischen Parlament ist bereits jetzt das EU-Wiederaufbaupaket.

Die Ministerpräsidentin Finnlands Sanna Marin kommentierte das Verhandlungsergebnis des Europäischen Rates wie folgt: Finnland unterstütze die Einigung, weil die finnische Wirtschaft stark an Europa und dessen Wiederbelebung geknüpft sei. Auch sei es gelungen, eine nationale Zuweisung von 500 Millionen Euro zu verhandeln; 400 Mio. Euro für die Entwicklung des ländlichen Raums, 100 Mio. Euro für die dünn besiedelten Regionen in Ost- und Nordfinnland. „Es ist von Vorteil für Europa und Finnland, dass wir eine Lösung zum MFR und Recovery Fund haben“, so Marin. Der finnische Finanzminister Matti Vanhanen wies ergänzend darauf hin, dass sich an der Position Finnlands als Nettozahler ohnehin nichts ändern werde.

Wo bisher der Fokus auf der aktuellen Schadensbegrenzung und Nothilfe lag, so wird nunmehr die Kritik an der Regierung lauter, dass die Investitionen für die mittel- und langfristigen wirtschaftlichen und sozialen Folgen nicht ausreichend bedacht wurden. So fordert die EVP-Partnerpartei Kokoomus die Regierung auf, bei den bevorstehenden Haushaltsverhandlungen Entscheidungen zur Beendigung der Verschuldung, für ein neues Beschäftigungsziel und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit zu treffen. Die Regierung müsse erklären, wie sie die öffentliche Wirtschaft ohne Steuererhöhungen ins Gleichgewicht bringen kann, so Vorsitzender Petteri Orpo.

Finnland hatte sich zusammen mit Schweden zudem dafür eingesetzt, dass die Haftung der einzelnen Staaten beschränkt werde – eine Voraussetzung des Verfassungsausschusses in beiden Parlamenten. Dieser wird nun im Herbst zu den präzisierten Vorlagen Stellung nehmen. Die Regierungen beider Länder zeigten sich sehr zufrieden, dass die Achtung von Rechtsstaatlichkeit erstmalig sowie die Vorlage nationaler Reformpläne als Bedingung an die Auszahlung von EU-Geldern gekoppelt sein wird.

Kokoomus wünscht sich Investitionen in Forschung und Entwicklung, die Schaffung von Arbeitsplätzen, eine verbesserte Agrarpolitik und mehr Klimaschutz. Die landwirtschaftliche Unterstützung im Recovery Fund für Finnland, die größer ausfiel als erwartet, wird begrüßt. Die Partei ist der Ansicht, dass eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen mit Kreislaufwirtschaft geschaffen werden müsse, fossile Brennstoffe sollten auslaufen. Der Umweltaspekt müsse sowohl bei der Herstellung als auch bei der Verteilung, dem Transport und der Wiederverwendung von Materialien berücksichtigt werden.

Finnlands Regierung unter MP Sanna Marin (SDP) hatte bereits im März ein Rettungspaket von 15 Milliarden Euro für die Unterstützung der Wirtschaft verabschiedet. Mit dem Geld sollten in erster Linie Arbeitsplätze und in Not geratene Unternehmen gerettet werden.

Neben den akuten Finanzhilfen zur Sicherung von Arbeitsplätzen will die Regierung mit dem bisher verabschiedeten Konjunkturpaket die Nachfrage steigern, die längerfristigen Wachstumsaussichten Finnlands verbessern, den Klimawandel bekämpfen und Maßnahmen zur Förderung der biologischen Vielfalt ergreifen.

Die Staatskanzlei gründete im April eine „Arbeitsgruppe für den Ausstieg aus der Krise und den Wiederaufbau“, die eine mittel- und langfristige Strategie nach der Pandemie entwickeln sollte. Im Juni folgten vier verwaltungsübergreifende Arbeitsgruppen für den öffentlichen Dienst, die sich mit der Produktivität des öffentlichen Sektors, der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und der Krisenvorsorge beschäftigen. Alle Arbeitsgruppen legten ihre Berichte und Vorschläge Ende August vor.

Wirtschaftsminister Mika Lintilä zeigte sich in einem Interview mit der Helsinki Times Ende August aufgrund der vielen Entlassungen in Betrieben Finnlands mehr als besorgt. Es werden noch viele weitere in diesem Herbst dazu kommen, sagte Lintilä. Der Staat verfüge über sehr wenige Instrumente, den Exportunternehmen zu helfen.

Finanzielle Unterstützung helfe nicht, wenn es keine Nachfrage nach den Produkten gebe. Eine langfristige Strategie müsse vorliegen, wenn die Regierung in einem Jahr über den nächsten Haushalt verhandele.

Corona trifft die finnische Wirtschaft stärker als bisher angenommen: Die finnische Wirtschaft scheint das Frühjahr zwar mit weniger Schaden überstanden zu haben als viele andere europäischen Länder. Experten rechnen allerdings damit, dass der Einbruch verzögert auftreten und im Herbst den wirklichen Effekt zeigen wird: Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe gingen von Januar bis Juni gegenüber dem Vorjahr um mehr als zehn Prozent zurück, was sich letztendlich in einem Rückgang der Exporte niederschlagen wird. Auch nach Einschätzung der EU-Kommission wird Finnland sich EU-weit (gemessen am BIP) am langsamsten von den wirtschaftlichen Folgen der Krise erholen.¹³

Das BIP sank im zweiten Quartal gegenüber dem ersten Quartal 2020 um –4,5 Prozent. Gegenüber dem zweiten Quartal 2019 sank das BIP um 6,4 Prozent. Der private Verbrauch ging im zweiten Quartal um 11 Prozent und der Export um 12 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurück.

Ein veröffentlichter **Vertrauensindikator** des Hauptverbandes der finnischen Wirtschaft zeigt, dass sich die Erholung im Dienstleistungssektor fortsetzt, aber nicht in der Industrie. Eine Ausnahme im Dienstleistungssektor bildet der Tourismus.

Aus finnischer Sicht gehen die EU-Beschlüsse nicht weit genug, was Nachhaltigkeit und die Bekämpfung des Klimawandels betrifft. Zudem sei der EU-Recovery Fund so auch noch gar nicht im EU-Parlament verabschiedet. Nicht zuletzt auch deshalb sind im finnischen Parlament insbesondere die Oppositionsparteien darüber besorgt, dass für die Behandlung des EU-Wiederaufbaupakets auf nationaler Ebene zu wenig Zeit bleiben könnte. Der Regierungsvorschlag für den kommenden Haushalt werde voraussichtlich erst gegen Ende des Jahres vorgelegt. Für eine breite Mehrheit im finnischen Parlament gilt es entsprechend – auch auf Basis verschiedener inhaltlicher Kritikpunkte – die Einmaligkeit und Ausnahme dieses EU-Wiederaufbauplans zu betonen.

Kokoomus-Vorsitzender Petteri Orpo sagte in seiner Rede in der Sondersitzung der Parlamentsfraktion, dass bei der Diskussion über den Wiederaufbaufonds das Gesamtbild betrachtet werden müsse. „Die EU-Mitgliedschaft war und ist eine Sicherheitsentscheidung für Finnland. Die Einheit der EU ist für uns von Vorteil und auch eine Notwendigkeit“, so Orpo. Die erzielte Einigung über das Paket sei an sich wertvoll, aber er hätte lieber Forschung, Anpassung an den Klimawandel sowie die für Finnland wichtigen Verteidigungszusammenarbeit und Grenzsicherheit betont.

Die finnischen Christdemokraten haben in ihren Sondersitzungen deutlich gemacht, dass sie den EU-Wiederaufbaufonds sogar verhindern wollen. Damit sind sie auf ähnlicher Linie mit den populistischen „Basisfinnen“. Die Vorsitzende der Christdemokraten Sari Essayah erklärte, es sei an der Zeit, ein neues EU-Referendum zu überlegen.

Schweden

Bei der Parlamentseröffnung am 8. September legte der Premierminister Stefan Löfven (SD) die wichtigsten Themen für das kommende Jahr dar. So habe die Corona-Krise einige Mängel im Sozialstaat aufgedeckt, die behoben werden müssen. Besonders die Pflegeheime waren stark von der Krise erfasst worden und dort werden jetzt Verbesserungen notwendig sein. Zudem versprach Löfven, dass er die Mängel bei der Versorgung älterer Menschen beheben und insgesamt das Gesundheitswesen stärken und in die Sicherheit durch den Sozialstaat investieren wolle. Die Herausforderung durch den anhaltenden Klimawandel und die Auswirkungen auf die kommende Generation müsse noch stärker in den Fokus gerückt werden. Löfven betonte, dass es kein Zurück mehr zu einem Schweden vor der Krise geben könne, sondern Lehren aus der Krise gezogen werden müssten, und die Zukunft entsprechend gestaltet werden müsse.

Erste Ansätze wurden bereits in den letzten Wochen angekündigt. Im Bereich der Nachhaltigkeit soll unter anderem in die Digitalisierung investiert, und mehr Geld für Investitionen in die Virus- und Pandemieforschung bereitgestellt werden.

Die Kosten für eine bezahlte Weiterausbildung von 10.000 Krankenpflegern werden auf ca. 0,5 Milliarden Euro geschätzt. Circa eine Milliarde Euro wird auch von der Regierung in die Erwachsenenbildung außerhalb der Hochschulen investiert. Weitere circa zwei Milliarden Euro werden 2020 und 2021 an Universitäten und Hochschulen gehen.

Der schwedische Ministerpräsident Stefan Löfven betont, dass er insbesondere die hohen Rabatte verbuche. Für Schweden als Nettozahler bleibe der Anteil der Mitgliedsbeiträge am BIP gleich hoch. Es sei wichtig, Möglichkeiten für die finanzielle Absicherung von Arbeitslosen bereitzustellen. Dies wird auch von den schwedischen Moderaten geteilt, welche die Bedeutung einer starken Wirtschaftspolitik zur Rettung schwedischer Arbeitsplätze nach der Corona-Krise hervorheben. Wie hoch die Mittel aus dem EU-Recovery Fund für Schweden sind, lässt sich aufgrund bisher fehlender Veröffentlichungen nicht klären, auch die Frage der Kriterien, nach denen die Mittel verausgabt werden sollen, lässt sich wohl erst im Herbst verifizieren. Allerdings stehen Investitionen in Klimaschutzprojekte ganz oben auf der Tagesordnung. Die schwedischen Moderaten äußerten Bedenken, dass kohleabhängige Länder wie Polen nicht den Willen zu einem Übergang hin zu erneuerbaren Energien hätten. Bei den schwedischen Christdemokraten stehen auch Nachhaltigkeitsthemen im Mittelpunkt. Beide Parteien wollen strengere Reformanforderungen in der EU sehen.

Die schwedische Wirtschaft schrumpfte im zweiten Quartal 2020 im Vergleich zum ersten Quartal um 8,3 Prozent. Im Vergleich zum zweiten Quartal 2019 ging das BIP um 8,2 Prozent zurück.

Die schwedische Regierung hat seit Beginn der Pandemie folgende Maßnahmen vorgenommen:

- Kosten für Unternehmen wurden reduziert, indem vorübergehend Sozialversicherungsbeiträge herabgesetzt wurden und der Staat die Haftung für Krankengeld übernommen hat.

- › Personen aus Risikogruppen, Verwandte und Eltern schwerkranker Kinder, die ganz oder teilweise von einer Erwerbstätigkeit Abstand nehmen, um eine Infektion mit COVID-19 zu vermeiden, haben Anspruch auf Entschädigung (maximal 804 SEK pro Tag für maximal 90 Tage).
- › Der schwedische Forschungsrat erhält mehr Mittel für Investitionen in die Virus- und Pandemieforschung.
- › Maßnahmen zur Stärkung der Liquidität wurden beschlossen: Unternehmen erhalten Unterstützung bei Umsatzverlusten und Aufschub von Steuerzahlungen sowie staatliche Kreditgarantien.
- › Sicherheit für Arbeitslose durch Investitionen in Arbeitsplätze für junge Menschen sowie Investitionen im Bildungsbereich.
- › Höhere staatliche Subventionen für den kommunalen Sektor und Unterstützung der Regionen im Bereich der Altenpflege.

In Bereich des Klimaschutzes und nachhaltiger Entwicklung ist auch Schweden den Forderungen der im EU-Recovery Fund genannten Zielen voraus. Der Erfolg des Recovery Funds werde auch in Schweden von zukunftsweisenden Schritten abhängen. Schwedens Regierung hat einen klimapolitischen Aktionsplan vorgelegt, von Emissionsrechten bis Forschung und Innovation. Dieser Aktionsplan steht in Einklang mit den EU-Beschlüssen zur Klimapolitik.

Da das schwedische Parlament erst wieder Anfang September zusammenkam, wird die Behandlung des Recovery Funds im Einklang mit nationalen Maßnahmen in den Herbst hinein anhalten. Doch bereits im Sommer wurde, ähnlich wie in Finnland, die rechtsstaatliche Konditionierung kritisiert, da sie im Vergleich zu der zuvor vorgeschlagenen verwässert wurde. Die EU-Politikerin der Liberalen, Karin Karlsbro, bedauerte es nach dem Kommissionsbeschluss, dass es offensichtlich nicht genügend Stimmen innerhalb der Mitgliedsstaaten gab, die die gemeinsamen Werte der EU klar priorisierten. Auch müsse man sich bewusst sein, so Karlsbro, dass wichtige Investitionen in Klima, Forschung und Digitalisierung EU-weit jetzt zurückbleiben werden.

Dänemark

Die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen ist, wie auch ihre Kollegen in Schweden und Finnland, der Ansicht, dass aufgrund der Exportorientierung der Wirtschaft Dänemark ein großes Interesse an einer wirtschaftlich prosperierenden EU habe. Daher habe man dem Abkommen letztendlich zugestimmt und sehe die hohen Rabatte ebenfalls als Verhandlungserfolg an. Zahlen zu den vorgesehenen Mitteln aus dem EU-Fonds für Dänemark wurden – wie auch im Fall Schwedens – noch nicht bekannt gegeben. Wenn es um grundsätzliche Kriterien der Mittelverwendung geht, so liegen exemplarisch die Prioritäten des EVP-Partners Dänische Volkspartei bei Investitionen in Klima, Migrationspolitik und Grenzüberwachung. Die Bereiche Verkehr und Energie ständen vor großen Herausforderungen, die nur durch neue Klimaabkommen und erneuerbare Lösungen erreicht werden könnten.

Das dänische BIP ging im zweiten Quartal 2020 gegenüber dem ersten Quartal um 6,9 Prozent zurück. Die dänische Wirtschaft schrumpfte im ersten Quartal 2020 ebenfalls um rund 2 Prozent, was bedeutet, dass sich das Land technisch in einer Rezession befindet.¹⁴

Die Regierung hat Ende August einen Haushaltsvorschlag für 2021 vorgelegt. Der Vorschlag sieht vor, 9,2 Milliarden dänische Kronen zur Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit der anhaltenden Corona-Krise sowie hohe Summen für ältere Menschen, die Umwelt und schutzbedürftige Kinder bereitzustellen. So sind im Haushaltsvorschlag folgende Punkte aufgelistet:

- › Jährlich 70 Millionen Kronen für die neu eingerichtete Versorgungssicherheitsbehörde, die sicherstellen soll, dass in Krisen Schutzausrüstung und andere Ausrüstung zur Verfügung stehen.
- › 200 Millionen Kronen in den kommenden zwei Jahren für mehr Qualität und Kompetenz im Bereich der Betreuung älterer Menschen.
- › Von 2021 bis 2024 jeweils 150 Millionen Kronen, 250 Millionen Kronen und 500 Millionen Kronen für schutzbedürftige Kinder und Jugendliche.
- › 2,1 Milliarden Kronen für Initiativen im Zusammenhang mit Polizei und Strafverfolgungsbehörde (diese Zahl wird bis 2024 auf 2,6 Milliarden steigen).
- › In den kommenden zwei Jahren jeweils 50 Millionen Kronen zugunsten von Kulturinitiativen.
- › Von 2021 bis 2024 jährlich 50 Millionen Kronen, um die biologische Vielfalt und die Umwelt durch neue Nationalparks und unberührte Wälder zu fördern.

Auch für Dänemark lässt sich festhalten, dass sich die bisherigen Pläne mit denen des EU-Wiederaufbaufonds decken. Besonders was Innovation und Forschung künftiger Technologien angeht, ist Dänemark in der EU schon länger führend.¹⁵ In Dänemark wird es aber jetzt darauf ankommen, die im Herbst bereits wieder stark angestiegenen Fallzahlen unter Kontrolle zu bekommen. Daher könnten Zukunftsinvestitionen verschoben werden, um die unmittelbaren Folgen der Pandemie unter Kontrolle zu behalten.

13 https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/economy-finance/ip132_en.pdf, S. 31–32 und S. 38 [15.09.2020].

14 The Local Denmark: What does Denmark's GDP drop tell us about jobs and the economy?, 17.8.2020, in: <https://bit.ly/3hASLKE> [15.09.2020].

15 CPH Post 2020: Denmark remains one of the most innovative countries in the world, in: <http://cphpost.dk/?p=117995> [15.09.2020].

Belgien

Dr. Hardy Ostry

Wirtschaftliche Kennzahlen

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	-0,4 %; -8,8 % *
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	99,6 % **
Arbeitslosenquote	5,358 % ***
Jugendarbeitslosenquote	11,9 % ****

Quellen: *Eurostat/European Commission; **Staatsverschuldung (in % vom BIP), Eurostat;

*** Arbeitslosenquote 2019, Internationaler Währungsfonds; **** Jugendarbeitslosenquote (saisonbereinigt)

März 2020, Eurostat

Belgien wird aus dem Recovery Fund, der in einer Schlussfolgerung des Europäischen Rates vom 21. Juli 2020 festgehalten wurde und nun im nächsten Schritt die Zustimmung vom Europäischen Parlament benötigt, voraussichtlich 4,99 Milliarden Euro erhalten. 3,88 Milliarden davon fließen über das Programm Aufbau- und Resilienzfazilität direkt an den Staat. Da 30 Prozent der Gelder erst im Jahr 2023 bereitgestellt werden und als Berechnungsgrundlage für den Zuweisungsschlüssel der reale BIP-Verlust aus dem Jahr 2020 sowie der in dem Zeitraum 2021–2022 kumulierte reale BIP-Verlust herangezogen werden, handelt es sich bei einem Drittel der berechneten Auszahlungen noch um Schätzungen.

Belgien besitzt in der EU das zehnhöchste Bruttoinlandsprodukt (BIP) und zählt zu den Nettozahlern, es zahlt also mehr in den gemeinsamen EU-Haushalt ein, als es Gelder daraus zurückerhält. Die Corona-Krise hat in Belgien vergleichsweise tiefe Spuren hinterlassen. Die Todesrate war lange Zeit, wenn auch unter anderem aufgrund der Zählweise, die höchste weltweit. Daher beschwerten sich kritische Stimmen über zu wenig Unterstützung und fordern vor allem höhere Zuschüsse. Hinzukommt, dass die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie am 29. Juli 2020 aufgrund steigender Infektionsraten wieder verschärft wurden und die Sorge vor einer zweiten Krankheitswelle zunimmt.

Premierministerin Sophie Wilmès äußerte sich zunächst positiv über das Paket, welches die Staats- und Regierungschefs auf dem Ratsgipfel in Brüssel beschlossen hatten. Äußerst wohlwollend wurde zudem aufgenommen, dass der Anteil an Zöllen, den die Länder in Form von Erhebungskosten einbehalten können, auf 25 Prozent angehoben wurde. Hiervon wird Belgien aufgrund importstarker Häfen stark profitieren. Finanzminister Alexander De Croo von der liberalen Open VLD sprach von einem „historischen Plan“, der „das richtige Gleichgewicht zwischen Solidarität und Verantwortung schaffen wird“.

Die aktuellen politischen Verhältnisse in Belgien sind äußerst kompliziert, die Mittelvergabe ist deshalb noch wenig konkret und eine strukturierte „Neustart-Strategie“ befindet sich noch in der Entwicklung. Die Föderalregierung ist nur noch bis September geschäftsführend im Amt und die Suche nach einer konsensfähigen Koalition zieht sich nun schon seit Mai 2019 hin. Karel de Gucht (Open Vld) kann sich unter anderem vorstellen, das Geld dafür zu verwenden, Investitionen in die Infrastruktur zu stecken. Hiermit meint er offenbar etwa die Oosterweel-Verbindung und die Verkehrsverlagerung von der Straße auf Schiene und Wasser oder zielt auch auf die Renovierung von Sozialwohnungen, um sie klimafreundlich zu machen. Die wallonische Regierung im Süden des Landes hat eine Ausschreibung von 40 Projekten initiiert, mit denen (wohl aus den zusätzlichen EU-Mitteln) Hilfsprojekte finanziert werden sollen. Vorschläge konnten bis zum 11. September 2020 eingereicht werden.

Sektorspezifisch möchte die belgische Regierung die Wirtschaft insbesondere im Hotel- und Gaststättengewerbe (HORECA) sowie auch im Bereich der kulturellen und der Sporteinrichtungen fördern und einen besonderen Akzent bei kleinen Unternehmen setzen. Hier ist etwa geplant, zur Ankurbelung der Binnennachfrage den Arbeitgebern für ihre Arbeitnehmer bis einschließlich Ende Dezember 2020 steuerfreie sogenannte „Konsumgutscheine“ im Wert von bis zu 300 Euro zur Verfügung zu stellen. Diese Maßnahme ist allerdings bereits seit dem 23. Juli 2020 in Kraft und steht bisher noch nicht im direkten Bezug zum Europäischen Fonds. Generell gilt, dass die belgische Regierung – auch unabhängig von den beschlossenen EU-Hilfen – weiterhin einen starken Schwerpunkt bei der Beschäftigungssicherung zu setzen gedenkt. So wird zum Beispiel die Kurzarbeit in bestimmten Fällen bis zum 31. Dezember 2020 verlängert.

Die EU hat beschlossen, strategische Vorsorgelager für medizinische Produkte in der EU zu errichten, um im Krisenfall widerstandsfähiger gegen Lieferengpässe zu werden. Fünf EU-Mitgliedsstaaten sollen solche Lagerbestände verwalten, die von den nationalen Reserven unabhängig sind. Belgien hat sich darauf beworben, einen Teil der Mundschutzmasken zu lagern und zu verwalten, um gegen eine zweite Welle der Corona-Pandemie vorbereitet zu sein. Somit könnte Belgien eine zentrale Rolle in der neuen Souveränitätsstrategie der EU spielen. Inzwischen verfügt Belgien über eine Reserve von 80 Millionen qualitativ allen Normen und Ansprüchen entsprechende Mundschutzmasken. Das Land liegt im Zentrum Europas und hat damit einen logistischen Trumpf in der Hand, um die EU-Reserve zu verwalten und bei Eintritt einer zweiten Welle zu verteilen.

Im Jahr 2019 wurde Belgien von der Europäischen Kommission für seine hohe Staatsverschuldung gerügt. Bemängelt wurde, dass Belgien mit einer Staatsverschuldung von 101,01 % des BIP (2019), weit über dem empfohlenen Grenzwert von 60 % ab dem das Land seine Staatsschulden dann reduzieren muss lag. Nach den sogenannten Maastricht-Kriterien sind in Europa eine jährliche Neuverschuldung von maximal drei Prozent und eine Gesamtverschuldung von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erlaubt. Belgien ist eines der am stärksten verschuldeten Länder innerhalb der EU. Von einem Defizitverfahren gegen Belgien wurde jedoch abgesehen. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) riet Belgien deshalb zu Wirtschafts- und Steuerreformen, vor allem hinsichtlich des Rentensystems, der

Vergreisung der Bevölkerung, der Mehrwertsteuer und der Mobilität. Die Reformen sollen dazu beitragen, das Land resilienter und agiler zu machen. Die OECD findet in ihren Bericht zu Belgien aber nicht nur kritische Bereiche, sondern sie lobt auch einige bereits getätigte Reformen, die zu sinkenden Arbeitslosenquoten und zur Steigerung des Beschäftigungsgrades beigetragen haben. Aktuell befindet sich Belgien unter der Führung der Minderheitsregierung um Sophie Wilmès. Es wird seit geraumer Zeit damit gerungen, eine neue Regierung zu stellen aber die teilweise weit auseinanderklaffenden Positionen der Parteien machen eine mögliche Zusammenarbeit schwer. Im Gespräch ist inzwischen unter anderem auch eine mögliche Staatsreform im Zuge einer neuen Föderalregierung.

Kritik an der jetzigen Regierung gibt es unter anderem aufgrund der teilweise deutlich verbesserungswürdigen Organisation von Verkehr und Mobilität. Durch diese entstehen soziale, wirtschaftliche, umwelttechnische und gesellschaftliche Nachteile. Es wurden zum Teil Maßnahmen empfohlen, die in Belgien und in den einzelnen Regionen schon länger diskutiert werden, dort aber teilweise auf Widerstand stoßen und schwer umzusetzen sind. Darunter fallen zum Beispiel eine Einführung einer flexiblen und kilometerabhängigen Straßenmaut, ein Absehen von der steuerlichen Begünstigung von Firmenwagen z. B. als Teil des Gehalts und mehr Einsatz in Sachen multimodalen Verkehr von Personen und Gütern. Profitieren könnte in Belgien durch Anpassungsmaßnahmen im Verkehrsbereich auch die Klimapolitik, welche laut der OECD ebenfalls ausbaufähig ist. Darüber hinaus wird dazu geraten, die Ausgaben für das Gesundheits- und das Bildungswesen effizienter zu vergeben. Dies solle auf allen institutionellen Ebenen geschehen.

Seit dem Ausbruch der Corona-Epidemie wird in Belgien besonders über die Herangehensweise an die Gesundheitspolitik diskutiert. In Belgien gibt es starke föderale Strukturen welche auch im Gesundheitssektor eine wichtige Rolle spielen. Die aktuelle Frage ist, ob das Gesundheitswesen wieder der Befugnis des Staates bzw. der Bundesregierung unterstellt werden soll oder ob es voll und ganz föderalisiert werden sollte, sprich, dass Länder und Regionen in Eigenverantwortung und ohne einen Bundesminister agieren dürfen. Belgien verfügt bei einer Einwohnerzahl von knapp 11,5 Millionen Bürgern über neun Gesundheitsminister. Parallelstrukturen wie diese sind immer wieder Thema hitziger Diskussionen. Im Wahlkampf war dieses Thema zuletzt ein Politikum. Während staatliche Beihilfen in der allgemeinen politischen Diskussion von den Christdemokraten traditionell eher kritisch gesehen wurden, scheint sich dort nun ein Richtungswechsel abzuzeichnen: Die flämischen Christdemokraten (CD&V) sprechen sich inzwischen stärker für staatliche Hilfen durch Corona aus wie es noch vor der Pandemie der Fall war. Entwicklungen wie diese zeichnen ab, welche (tiefgreifenden) Veränderungen mit der Pandemie in Belgien einhergehen.

Luxemburg

Dr. Hardy Ostry

Wirtschaftliche Kennzahlen

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	-0,2 % *; -6,2 % **
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	22,1 % ***
Arbeitslosenquote	7,0 % ***
Jugendarbeitslosenquote	26,1 % im Mai ****

Quellen: *Eurostat; Daten des Vorquartals; **European Commission; ***Le Portail de Statistiques; ****Eurostat

Luxemburg erhält im Rahmen des NGEU-Instruments voraussichtlich Zuschüsse in Höhe von 260 Millionen Euro und Kredite in Höhe von 3 Millionen Euro. Im Vergleich zu anderen Mitgliedsstaaten profitiert das Land nur in einem sehr geringen Maße von dem EU-Recovery Fund. Die Zuteilungskriterien für die einzelnen Instrumente (Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) ausgenommen) wurden vom Europäischen Rat (17. bis 21. Juli 2020) nicht geändert, mit Ausnahme einer kleinen Änderung für die Initiative ReactEU (Aufbauhilfe für den Zusammenhalt und die Gebiete Europas). Luxemburg erhält demnach eine zusätzliche Pauschale von 100 Millionen Euro. Damit erhält Luxemburg insgesamt 140 Millionen Euro über die Initiative ReactEU, 10 Millionen Euro aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, 10 Millionen Euro über rescEU, 30 Millionen Euro aus dem neuen EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation „Horizon Europe“ und 70 Millionen Euro im Rahmen der Aufbau und Resilienzfazilität. Aus dem Fonds für einen gerechten Übergang (JTF) erhält Luxemburg keine finanziellen Mittel.

Im Hinblick auf den Umfang der Mittel bilden Luxemburg und Malta das Schlusslicht im europäischen Vergleich. Die Oppositionspartei CSV unterstützt grundsätzlich eine solidarische, europäische Antwort auf die Krise, jedoch hätte sie sich von der Regierung gewünscht, einen größeren Anteil für Luxemburg zu verhandeln. Wie die 263 Millionen Euro im Einzelnen verteilt werden, ist noch nicht bekannt. Daher lassen sich die Erwartungen und Prioritäten der Regierung bei der Verteilung der Mittel des EU-Recovery Fund nur auf Basis der o. g. Verteilung und den nationalen Plänen zur Wiederbelebung der Wirtschaft ableiten/schätzen.

Der nationale Wiederaufbauplan fokussiert sich klar auf den wirtschaftlichen „Neustart“ Luxemburgs. Folgende drei Prioritäten hat sich die Regierung dabei gesetzt: (1) Arbeitsplätze erhalten, (2) den Wirtschaftssektor unterstützen und (3) die wirtschaftliche Ausrichtung nachhaltiger gestalten. Durch die Kurzarbeit konnte die große Welle der Arbeitslosigkeit verhindert werden, so die Regierung. Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer in Kurzarbeit erhalten von der Arbeitsagentur 80 Prozent ihres regulären Lohns. Die CSV begrüßte die flächendeckende Regelung zur Kurzarbeit sowie die wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen zu Beginn der Krise. Dennoch befürchtet die CSV eine steigende Arbeitslosigkeit nach dem Ende der Kurzarbeit sowie eine größer werdende Kluft zwischen Arm und Reich. Die Sorge vor einer steigenden Jugendarbeitslosigkeit ist besonders groß. Die Opposition kritisiert außerdem, dass die finanziellen Förderungsmaßnahmen nicht überall angekommen sind, da die Mittel nicht zielorientiert vergeben wurden. Des Weiteren setzt sich die CSV stark für die Unterstützung und den Erhalt nationaler und vor allem regionaler und lokaler kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) ein. Die sehr breit aufgestellte mittelständische Wirtschaft spielt eine zentrale Rolle in Luxemburgs Volkswirtschaft. Ziel ist es außerdem, die Abhängigkeit dieser Unternehmen in Bereichen wie Versorgung, Forschung oder in der Pharmaindustrie zu verringern und die Eigenproduktion insgesamt zu erhöhen.

Der nationale Plan zur Wiederbelebung der Wirtschaft soll insbesondere im Zeichen der Nachhaltigkeit stehen. Klimaschonende Investitionen sollen dieses Jahr besonders gefördert werden, wie zum Beispiel der Ausbau des Schienennetzes. Der Übergang zu einer nachhaltigeren Wirtschaft und Gesellschaft soll sich auch im Kaufverhalten der Bürgerinnen und Bürger bemerkbar machen. Durch zahlreiche Prämien z. B. (zur energieschonenden Sanierung und Umrüstung der Heizung etc.) soll der private Konsum in eine nachhaltige Richtung angeregt und gelenkt werden. Die CSV spricht darüber hinaus auch von einem qualitativen Wachstum, das sich positiv auf die Lebensqualität der Luxemburgerinnen und Luxemburger auswirken soll. In den letzten zehn Jahren (2009–2019) ist das luxemburgische Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf um 37,7 Prozent gewachsen und war 2019 mit 102.200 Euro das höchste in Europa. Nach der Stabilisierung der Wirtschaft soll zukünftig ein qualitativere wirtschaftliches und demographisches Wachstum angestrebt werden.

Das Thema Souveränität/Resilienz spielt ähnlich wie in Deutschland eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Pandemie und der Wiederbelebung der Wirtschaft. Dies lässt sich unter anderem in den staatlichen Förderprogrammen und Beihilferegelungen zur Stabilisierung und Wiederbelebung der Wirtschaft erkennen.

Fit 4 Resilience lautet das strategische Innovationsprogramm, das den Kern der Post-Covid-Strategie zur wirtschaftlichen Erholung im Rahmen des „*Neistart Lëtzebuerg*“-Programms bildet. Resilienz wird dabei als „Fähigkeit, Krisen zu bewältigen und sie als Anlass für Entwicklungen zu nutzen“ definiert. Ziel des Programmes ist es, Unternehmen zu unterstützen und deren Widerstandsfähigkeit zu erhöhen, indem ihnen geholfen wird, (1) eine Analyse durchzuführen, um die Auswirkungen der Krise auf interne und externe Faktoren zu ermitteln und (2) Lehren aus der Krise zu ziehen, sowohl in Bezug auf ihre interne Funktionsweise (Einsatz digitaler Tools, Leadership, interne Kommunikation usw.) als auch unter dem Gesichtspunkt systemischer externer Veränderungen (Lieferketten, Regionalisierung, Kreislaufwirtschaft usw.). Als Zielgruppe wurden Midcap-Unternehmen, Verarbeitungsunternehmen, handwerkliche KMUs und große Händler oder Großunternehmen ausgewählt, denen eine maßgebliche Bedeutung (z. B. Umsatzvolumen oder Stellung in der lokalen und regionalen Versorgungskette) für Luxemburgs Wirtschaft zukommt. Die Beratungskosten müssen zu 50 Prozent von den Unternehmen getragen werden.

Im Rahmen des luxemburgischen Wiederaufbauprogrammes „*Neistart Lëtzebuerg*“ gewährt der Staat unter gewissen Bedingungen Beihilfen in Form von rückzahlbaren Vorschüssen, um sowohl Unternehmen als auch Selbstständige mit vorübergehenden finanziellen Schwierigkeiten zu unterstützen. Förderungsfähige Kosten für die Berechnung der Beihilfe sind **Personal-** und **Mietkosten**. Die Rückzahlung der Beihilfe muss frühestens zwölf Monate nach der ersten Zahlung des Vorschusses begonnen werden.

Zudem stehen weitere staatliche Beihilfen für Forschungs- und Entwicklungsprojekte, die zur Bekämpfung der COVID-19 Pandemie dienen, zur Verfügung. Unternehmen können darüber hinaus auch Investitionsbeihilfen beantragen, um in die Herstellung von für die Bekämpfung der Coronakrise relevanten Produkten (Impfstoffe, Medikamente und Behandlungen, medizinisches Material und Krankenhaus- und medizinische Ausrüstung) zu investieren.

Die Regierung initiierte darüber hinaus ein Förderprogramm zur Stimulierung nachhaltiger Unternehmensinvestitionen, um dem verschlechterten Investitionsklima im Zuge der Krise entgegenzuwirken. Die Investitionsbeihilfen sollen die Produktivität sowie die Wettbewerbsfähigkeit langfristig steigern. Diese Beihilfen sind insbesondere für Projekte im Bereich Digitalisierung, Energieeffizienzprojekte und Projekte zur Entwicklung der Kreislaufwirtschaft vorgesehen.

Ähnlich wie in Deutschland dienen die nationalen Pläne zur Erholung der Wirtschaft nicht ausschließlich zur Bewältigung der Krise, sondern gleichzeitig auch zur Neuausrichtung der Wirtschaft und Gesellschaft. Die luxemburgische Regierung verfolgt einen ähnlichen zukunftsorientierten und nachhaltigen Ansatz wie die Bundesregierung.

Portugal

Dr. Wilhelm Hofmeister

Wirtschaftliche Kennzahlen (Stand: Juni 2020)

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	-16,3 %; -9,8 % *
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	120 % *
Arbeitslosenquote	6,3 % **
Jugendarbeitslosenquote	20,6 % **

Quellen: *Eurostat/European Commission; **Instituto Nacional de Estatística (INE) – Statistics Portugal

Bisher gibt es in Portugal noch keinen konkreten Plan der Regierung für die Umsetzung des mehrjährigen Finanzrahmens 2021–2027 (MFR) und der EU-Mittel der nächsten Generation (NGEU, „Recovery Fund“). Die Regierung hat jedoch einen Berater beauftragt, einen langfristigen Sanierungsplan auszuarbeiten, der auf mehreren strategischen Punkten basiert: Hierzu zählen u. a. die Optimierung der Verkehrsinfrastruktur (insbesondere des Eisenbahnnetzes), umweltpolitische Ziele wie etwa das Verbot von wiederverwendbaren Kunststoffen, Gebäudesanierung oder grüne Mobilität, Verbesserung der Digitalisierungsinfrastruktur und des Bildungssystems, Förderung der sozialen Sicherheit, Industrialisierung und Modernisierung bestehender Industrien sowie Dekarbonisierung oder auch die Förderung der Wasserstofftechnologie.

Aus dieser vielfältigen Auflistung lässt sich bereits erkennen, dass in Portugal insbesondere der Infrastrukturaufbau, die Digitalisierung sowie die Nachhaltigkeit bei der zukünftigen Entwicklung und damit der Verwendung der EU-Mittel im Vordergrund stehen sollen.

Da sich die Planungen noch im Anfangsstadium befinden, gibt es noch keine von der Regierung festgelegten spezifischen Kriterien zur Mittelverwendung. Der oben erwähnte strategische Plan lässt aber bereits erkennen, dass es eine Präferenz für die Unterstützung von Exportfirmen geben wird. Der MFR 2014–2020 wurde über eine Plattform mit der Bezeichnung Portugal 2020 verwaltet, in der die genauen Kriterien für den Zugang zu den Mitteln über Ausschreibungen festgelegt wurden. Die Regierung wird wahrscheinlich ein ähnliches System auch für die aktuellen Mittel anwenden. Zunehmend werden die Kriterien mit quantifizierbaren Zielen und erwarteten Ergebnissen in Bezug auf Mehrwert und Produktivität verknüpft.

Nach ersten Verlautbarungen der Oppositions- und EVP-Mitgliedsparterie Partido Social Democrata (PSD) sei aus ihrer Sicht das Programm der Regierung zu sehr auf staatliche Interventionen ausgerichtet, insbesondere auf die Industrialisierung durch zen-

tral definierte Cluster. Auch gäbe es keinen Plan für fiskalische Vereinfachungen und Reformen, wie etwa die Beseitigung von Kapitalisierungshemmnissen oder Steuer-senkungen sowohl für Unternehmen als auch für Einzelpersonen. Alle Parteien der Opposition kritisieren, dass der Plan in seiner bisherigen Form zu breit angelegt sei und keine quantifizierbaren Ziele aufweise. Nach Meinung von PSD wie auch der Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS) hat die Regierung insgesamt nicht genug getan, als sich Portugal von der vorherigen Finanzkrise erholte. Die Verhandlungsposition des Landes in der gegenwärtigen Krise sei daher sehr schwach gewesen. Der Premierminister António Costa wurde auch dafür kritisiert, dass die Mittelzuweisung in den Verhandlungen über die NGEU nicht an die Rechtsstaatlichkeit gebunden wurde.

Mit Blick auf Europa und die Zukunftsfähigkeit Portugals wird die Souveränität im Allgemeinen nicht als durch die EU gefährdet wahrgenommen. Im Parlament und unter Akademikern gibt es lediglich eine gewisse Debatte darüber, inwieweit Steuern im nationalen Bereich verbleiben müssen bzw. sollen. Die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit wird als schwach empfunden. Laut Eurostat gehörte Portugal im Jahr 2018, als sich die Wirtschaft vollständig erholte, zum oberen Drittel der EU-Länder mit der höchsten Rate an materieller Deprivation). In der Praxis bedeutet dies, dass sich viele Haushalte bewusst sind, dass sie finanziell sehr eingeschränkt sind und weiterhin auf Verbraucher- und Privatschulden zurückgreifen (wenn auch weniger als in der Zeit vor der letzten Finanzkrise). Seit 2000 und bis zum ersten Quartal 2020 ist das BIP Portugals jährlich um durchschnittlich 0,6 % gestiegen, was bemerkenswert nah an einer Stagnation liegt. Die Folgen sind mangelnde Chancen für Neueinsteiger auf dem Arbeitsmarkt (insbesondere junge Menschen und solche mit geringerer formaler Bildung), hohe öffentliche und private Verschuldung sowie soziale Ungleichheit und Armut.

Trotz dieser mangelnden Widerstandsfähigkeit gibt es einen gewissen Widerstand gegen die Durchführung von Strukturreformen, insbesondere Arbeits- und Renten-reformen. Die Vorteile der von der ehemaligen konservativen PSD/CDS-Regierung während der Schuldenkrise durchgeführten Reformen wurden nie voll anerkannt und die aktuelle sozialistische Regierung verband die Erholung ab 2016 immer mit ihrer Politik der Erhöhung der Beamtengehälter und der Beschränkung der Leistungen für größere Familien. Die Ausnahme ist, dass die meisten politischen Parteien (einschließlich der Linken) die Notwendigkeit nachhaltiger öffentlicher Finanzen anerkennen. Die politisch-demokratische Widerstandsfähigkeit ist hingegen stark.

Die Regierung hat bereits mit Subventionen verschiedene Firmen und Sektoren unterstützt (z. B. die nationale Fluggesellschaft TAP oder auch Medienunternehmen). Der oben beschriebene Plan legt nahe, dass die Subventionen auf bestimmte Branchen ausgerichtet werden sollen, die die Regierung für die Zukunft als relevant erachtet. Der Ansatz ist von oben nach unten gerichtet. Es scheint keinen Plan für die Umsetzung eines *Bottom-up*-Ansatzes zu geben, d. h. eines Ansatzes, bei dem die Mittel nach den besten Plänen mit den höchsten Renditeerwartungen zugewiesen würden, unabhängig vom Sektor. Ein *Bottom-up*-Ansatz könnte bei der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit wirksamer sein, da er sich auf die Erfahrung der Unternehmer vor Ort stützen würde.

Irland

Tinko Weibezahl (i. V.)

Wirtschaftliche Kennzahlen (Stand: Juli 2020)

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	5,3 % *; -8,5 % **
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	58,5 % **
Arbeitslosenquote	5,8 % (saisonbereinigt 5,1 %) ***
Jugendarbeitslosenquote	17 % ***

Quellen: *Eurostat; Daten des Vorquartals; **Eurostat/European Commission; ***Central Statistics Office

Die COVID-19-Krise traf Irland inmitten einer intensiv geführten Debatte um die wirtschaftlichen und politischen Folgen des Brexit. Das hieß von Anfang März 2020 an, dass angesichts der mangelnden Fortschritte in den Freihandelsgesprächen auch der Druck auf Dublin wuchs. Irland musste sich auf einen doppelten ökonomischen Schock einstellen: auf eine Verschlechterung der Handelsbeziehungen zum Nachbarn Großbritannien und auf eine durch den Lockdown und die globale Krise ausgelöste Rezession im eigenen Land. Dominant in der ersten Jahreshälfte war freilich die Debatte um die Wahlen und die nicht einfache Regierungsbildung. Als stärkste Partei war aus der Parlamentswahl am 8. Februar 2020 überraschend die linksgerichtete und republikanische Partei Sinn Féin hervorgegangen. Damit wurden das Ende des Zwei-Parteien-Systems und ein politischer Umbruch in Irland eingeleitet. Zum ersten Mal seit ihrer Gründung im Jahr 1926 beziehungsweise 1933 gehen die bürgerlich-konservativen Parteien Fianna Fáil und Fine Gael nun offiziell ein Bündnis ein. Das Amt des Regierungschefs wird zwischen den beiden großen Koalitionspartnern rotieren. Nach Martin soll Fine-Gael-Chef Leo Varadkar Ende 2022 wieder Premier werden. Die Grünen galten in den Verhandlungen als das Zünglein an der Waage. Sie nahmen den Deal mit 76 Prozent an. Das Regierungsprogramm ist stark von umweltpolitischen Zielen geprägt.

Der in diesem Zusammenhang in der öffentlichen Debatte meistdiskutierte Punkt am Wiederaufbaufonds sind die dort vorgesehenen fünf Milliarden Euro für jene Staaten, die am härtesten vom Brexit getroffen werden, was natürlich in erster Linie Irland betreffen dürfte. Neben den unmittelbaren Folgen des Brexit sind als mögliche Felder für den Einsatz der Mittel der Agrarsektor, der Tourismus sowie die Stärkung ländlicher Grenzregionen im Gespräch. Bestimmt wird die Debatte jedoch von der Frage, wieviel Irland zum Gesamtbudget beitragen muss und wie daraus resultierend die Kosten-Nutzen-Rechnung für das Land aussehen wird. Wie in nahezu jedem Nettozahlerstaat trägt der Hinweis der Regierung auf die Bedeutung einer wirtschaftlich starken Europäischen Union als Grundvoraussetzung auch für nationales Wachstum

nur bedingt. Daher ist auch das explizit durch die irische Seite verhandelte Festhalten an nicht unerheblichen Mitteln für den Agrarsektor in der Wahrnehmung der Iren der größte Erfolg des Abkommens.

Auf der nationalen Ebene stellten irische Regierungsvertreter am 23. Juli 2020 ein Konjunkturprogramm vor. Ebenso wie in Deutschland überraschte die irische Regierung mit der Ankündigung, den Normalsatz der Mehrwertsteuer vorübergehend ab September für sechs Monate zu senken. Es handelt sich um die erste Anpassung des irischen MwSt.-Normalsatzes seit 2012; damals wurde der Satz von 21 Prozent auf 23 Prozent erhöht.

Zukunftsfähigkeit heißt im irischen Kontext in nahezu jedem Beitrag eine Lösung und damit einhergehende Souveränität vom Nachbarn Großbritannien. Mehr noch als die Folgen der Covid-19-Pandemie erscheint die Frage nach den Konsequenzen für die nationale Entwicklung (und die als EU-Mitgliedsland) angesichts der noch herrschenden Unklarheit hinsichtlich bilateraler Abkommen mit dem Vereinigten Königreich ungelöst. Staatliche Beihilfen bei der Stärkung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit sind seit langem Thema in Irland, spätestens seit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise vor einem Jahrzehnt. Irlands Finanzminister Paschal Donohoe, der neue Eurogruppenchef steht unter genauer Beobachtung, weil Irland sich seit längerem dem Vorwurf ausgesetzt sieht, als Steueroase in Europa Unternehmenssteuerdumping zu betreiben. Etliche Steuer-Dumping-Firmen haben ihren Sitz in Irland, weil die Bedingungen so sind, dass man im europäischen Binnenmarkt Geld verdienen kann, dann aber niedrig in Irland versteuert.

Im wirtschaftlichen Kontext positiv in Erinnerung ist, dass Irland mit bedeutender Hilfe aus Brüssel relativ stark aus der Finanzkrise hervorgegangen ist, was natürlich Erwartungen weckt in Hinsicht auf die kommenden Jahre und die bereits über Europa hereingebrochene Covid-19-Wirtschaftskrise. Härtester Punkt der Auseinandersetzung dürfte – wie in Deutschland, allerdings auf anderem Niveau – die Frage sein, inwieweit Irland von dem Wiederaufbauprogramm profitieren kann, trotz der Tatsache, dass das Land nunmehr zu den Nettozahlern gehört.

Lettland

Elisabeth Bauer

Wirtschaftliche Kennzahlen (Stand: Juni 2020)

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	–9,6 %; –7 % *
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	34 %
Arbeitslosenquote	8,4 % (Stand: Juni 2020)
Jugendarbeitslosenquote	12,6 % (Stand: Dez. 2019)

Quellen: *Eurostat/European Commission

In Lettland wird der EU-Recovery Fund begrüßt. Insgesamt ist das Volumen des Fonds höher, als zu Beginn der ersten Phase der Diskussion über ein solches Instrument erwartet wurde. In Lettland ist man stolz, dass der lettische Ministerpräsident den Verhandlungen letztendlich zum Durchbruch verholfen hat. Dies wurde in allen Medien berichtet.

Im Rahmen des EU-Recovery Fund werden Lettland für den Zeitraum 1. Februar 2020 bis zum 31. Dezember 2026 1,5 Milliarden Euro Donationen und der wechselnde Teil 0,3 Milliarden Euro sowie indikativ 2,3 Milliarden Euro Anleihen zur Verfügung stehen. Die Ziele müssen bis Juli 2026 erreicht werden. Der Plan wird gemäß den landesspezifischen Herausforderungen und Prioritäten erarbeitet, die im Rahmen des Europa-Semesters hervorgehoben worden sind, insbesondere im Kontext der grünen Politik, der Digitalisierung und im Einklang mit den nationalen Reformprogrammen und den nationalen Energie- und Klimaplänen. Die Koordination des lettischen EU Recovery Plan hat das Finanzministerium in Zusammenarbeit mit dem ressortübergreifenden Koordinationszentrum der Regierung. Das Finanzministerium hat für die Planung und Umsetzung des Planes das Leitungs- und Kontrollsystem der EU-Fonds anzuwenden.

Das Finanzministerium, das Ressortkoordinationszentrum und die Fachministerien haben die Arbeit zum Plan im August aufgenommen. Das Finanzministerium hat empfohlen, im Laufe des Septembers sich national über die zu unterstützenden Reformen, Politikziele und die erreichbaren Ergebnisse zu einigen. Die Investitionen werden im Einklang mit dem Nationalen Entwicklungsplan 2021–2027 sowie mit den mittelfristigen Planungsdokumenten der Fachministerien bestätigt.

Zeitlicher Ablauf:

- › Bis zum 11. September 2020 reichen die Ministerien ihre Projekte an das Finanzministerium ein.
- › Bis Mitte Oktober wird vom Finanzministerium der Entwurf des Plans vorbereitet.
- › Bis zum 31. Oktober wird das Projekt zur Bestätigung bei der Regierung eingereicht.

Momentan gibt es also noch keine Informationen über den Plan. Es ist anzunehmen, dass die Projekte die Empfehlungen des Europäischen Semesters berücksichtigen werden. Darunter waren solche wie:

- › die Steuern der Geringverdiener senken, die Einnahmen auf andere Quellen zu richten,
- › die soziale Gleichheit sichern, indem insbesondere die minimalen Einkommen und die Renten sowie die Invaliditätsunterstützungen verbessert werden,
- › die Wirtschaftspolitik auf Innovationen, Wohnangebot, Transport, Energieeffizienz, Zwischenverbindungen der Elektronetze, digitale Infrastruktur konzentrieren,
- › die Effektivität des öffentlichen Sektors verbessern,
- › die Pandemie und ihre Folgen begrenzen,
- › die Unterstützung für die von der Covid-Krise am meisten betroffenen Gruppen und das soziale Unterstützungsnetz stärken,
- › Unterstützung für Unternehmen, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen zur Verfügung stellen.

Estland

Elisabeth Bauer

Wirtschaftliche Kennzahlen

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	-0,8 % *; -7,7 % **
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	9,2 %
Arbeitslosenquote	7,9 % (Stand: Juni 2020)
Jugendarbeitslosenquote	12,2 % (Stand: Juni 2020)

Quellen: *Eurostat; Daten des Vorquartals; **European Commission

In Estland wird der EU-Recovery Fund begrüßt. Am 4. August 2020 wurde eine erste Äußerung hierzu gemacht: Das Europäische Geld wird dazu beitragen, die Ziele der geplanten nationalen Strategie Estland 2035 umzusetzen. Das bedeutet, in den kommenden Jahren z. B. zu einer intelligenteren Wirtschaft, Wissenschaft, Energiewende und -einsparungen, der Reduzierung der CO₂-Emissionen in Energie, Industrie, Verkehr und Landwirtschaft beizutragen. Es bedeutet auch den Beitrag zur Kapazität des Gesundheitsbereichs, der Bildung, der schnelleren Zug- und Internetverbindungen und zur Förderung des lokalen Lebens.

Die Regierung hat am 03. September mit den Gesprächen über den Staatshaushalt 2021 begonnen. Bei einer Pressekonferenz am 03. September gab es aber noch keine konkreten Entscheidungen.

Es sei aber höchstwahrscheinlich, dass man Unternehmen nicht mehr generell unterstützen wird (wie es z. B. im Frühling der Fall war). Es betrifft in erster Linie die mit Tourismus verbundenen Unternehmen. Diese sollten sich jetzt den neuen Bedingungen anpassen. Auf die Frage, wofür die aktuelle Kreditaufnahme ausgegeben werden sollte und wie hoch die zusätzliche Kreditaufnahme sein würde, hat Finanzminister Martin Helme nicht geantwortet. Er wies auf die Haushaltsverhandlungen mit den anderen Ministern hin. Nur einen Punkt erwähnte er, dass der Kredit unter anderem auch weiter für die laufenden staatlichen Ausgaben bereitgestellt werden wird. „Ich halte es für äußerst notwendig, dass wir auch im nächsten Jahr die Wirtschaft durch den Staatshaushalt kräftig stimulieren werden,“ sagte er. Wichtig sei zudem die Gewährleistung der Nachhaltigkeit des „Digistaates“ und die Unterstützung innovativer Unternehmen.

In einer komplizierten Lage befindet sich die Zentrumspartei, die vor den Wahlen einen hohen Rentenanstieg versprochen hatte. Dies sei aber nicht mehr möglich. Wenn überhaupt, dann nur vier bis fünf Euro.

Der Arbeitgeberverband und die Gewerkschaften haben vorgeschlagen, dass das Minimumgehalt im Jahr 2021 auf gegenwärtigen Niveau bleibt (584 Euro). Die Regierung muss spätestens bis Ende September den Staatshaushalt 2021 vereinbaren.

Litauen

Elisabeth Bauer

Wirtschaftliche Kennzahlen (Stand: Juni 2020)

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	-3,7 %; -7,1 % *
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	33,2 %
Arbeitslosenquote	12,1 % (Stand: Juni 2020)
Jugendarbeitslosenquote	9,1 % (Stand: Juni 2020)

Quellen: *Eurostat/European Commission

In Litauen wird der EU-Recovery Fund begrüßt. Am 30. Juli traf sich der Präsident der Republik Litauen, Gitanas Nausėda, mit dem Finanzminister, dem Landwirtschaftsminister, dem Minister für Wirtschaft und Innovationen, dem Verteidigungsminister, dem Außenminister, dem Energieminister und dem Minister für Bildung, Wissenschaft und Sport.

Im Ergebnis dieses Gesprächs wurde vereinbart, sich auf die Erarbeitung eines Nationalprogramms zur Wiederbelebung und Stärkung der Wirtschaft im Einklang mit dem **Nationalprogramm für die Zukunftswirtschaft, DNR** (Abkürzung für: Heute für die Zukunft vorplanen) zu konzentrieren.

„Es ist besonders wichtig, die EU-Mittel für die Verwirklichung der Reformen und die Schaffung von hohem Mehrwert in der Wirtschaft einzusetzen. Eine transparente und effektive Investierung der Mittel muss unter Berücksichtigung der Hauptrichtungen der EU-Finanzierung auch ungeachtet der Vorwahlzeit gewährleistet sein“, erklärte der litauische Staatspräsident Gitanas Nausėda.¹⁶

Der Präsident forderte, die für Litauen vorgesehenen Mittel für einen nachhaltigen Ausbau des Binnenmarktes, besonders in den Bereichen Transport und Energie, die Mehrwertschaffung durch einen stärkeren Einsatz der Wissenschaft und Innovationen dafür und für die Bekämpfung der Folgen des Klimawandels einzusetzen, um damit der Idee von Litauen als einem grünen, innovativen und digitalen Land gerecht zu werden.

Der Meinung des Präsidenten nach ist es bei den Investitionen wichtig, das Ziel der Verringerung der Regionalunterschiede im Auge zu behalten. „Eine besonders große Aufmerksamkeit muss in den Investitionsplänen der Regionalfrage gewidmet werden, denn die Verringerung des Gefälles zwischen den Regionen stellt eines der Hauptziele dar und ich werde mich persönlich dafür einsetzen und in diesem Bereich aktiv mitwirken“, sagte der Staatspräsident.

Asta Skaisgirytė, Beraterin des Staatspräsidenten erklärte hierzu, dass besonders große Aufmerksamkeit den Regionen und der Wirtschaft geschenkt werden soll: Entwicklung

von Produkten mit hohem Mehrwert, Investitionen in Innovationen und wissenschaftliche Forschung; besondere Aufmerksamkeit wird der Bildung geschenkt werden.

Finanzminister Vilius Šapoka sagte, es sei wichtig, dass die Mittel am effektivsten eingesetzt werden; sein Land dürfe die Chance, die Wirtschaft zu transformieren und aus der Krise gestärkt herauszukommen, nicht verpassen. Das Nationalprogramm für die Zukunftswirtschaft soll als Grundlage für Investitionen und die Transformation der Wirtschaft dienen; an weiteren detaillierten Dokumenten und Plänen wird gearbeitet.

Das Ziel des Nationalprogramms für die Zukunftswirtschaft, DNR, ist die Bemühung um schnelle und effektive Investitionen in die Wiederbelebung und das Wachstum der litauischen Wirtschaft, damit die Wirtschaft nachhaltig und innovativ wird und imstande ist, hohen Mehrwert zu schaffen¹⁷.

Zielrichtungen des DNR-Programms sind Investitionen in das Humankapital, die Digitalisierung der Wirtschaft, Innovationen, wissenschaftliche Forschung, die Zukunftsstruktur der Wirtschaft, die Energiewirtschaft und den Klimawandel.

Es ist vorgesehen, für diese Investitionen in der Zeit von 1. Juli 2020 bis 31. Dezember 2021, rund **6,3 Mrd. EUR** der litauischen Budgetmittel, der EU-Mittel und Mittel von sonstigen internationalen Fonds auszugeben. Der größte Teil der Investitionen, rund **4,1 Mrd. EUR**, ist schon verplant. Weitere **2,2 Mrd. EUR** stellen neue und zusätzliche Investitionen aus dem Staatsbudget und von EU-Mitteln der neuen Finanzierungsperiode dar.

16 President of the Republic of Lithuania, in: <https://bit.ly/2RAhmEM> [15.09.2020].

17 <https://finmin.lrv.lt/lt/naujienos/vyriausybe-patvirtintas-ateities-ekonomikos-dnr-planas> [15.09.2020].

Polen

Dr. Angelika Klein

Wirtschaftliche Kennzahlen (Stand: Juni 2020)

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	-7,9 %; -4,6 % *
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	47,9 % (1. Quartal 2020, Eurostat) ***
Arbeitslosenquote	6,1 % (2. Quartal 2020, GUS) **
Jugendarbeitslosenquote	9,5 % (15–24 Jahre, 2. Quartal 2020, Eurostat) ***

Quellen: *Eurostat/European Commission; **Główny Urząd Statystyczny; ***Eurostat

Den Gipfel und die Polen zugewiesenen Summen bewertete Polens Regierung als Erfolg. Mit – laut dem Ministerium für Fonds und Regionalpolitik – 57 Mrd. Euro, die aus dem Recovery Fund dem Land zukommen sollen, sind die Kürzungen ggü. dem ursprünglichen Vorschlag gering, obwohl Polens Wirtschaft im EU-Vergleich am wenigsten stark betroffen war. Die Mittel teilen sich auf in 23 Mrd. Euro nicht rückzahlbare Finanzhilfen und 34,2 Mrd. Euro Darlehen. Zusätzliche 3,5 Mrd. sollen im Rahmen des *Fonds für einen gerechten Übergang* zur Verfügung stehen. Ziel ist es, die EU-Volkswirtschaften – so auch die polnische – schnellstmöglich aus der Krise zu führen. Nach dem Gipfel hatte PM Morawiecki noch keine Festlegungen zu Projekten getroffen. Polens Position auf dem Gipfel war es, dass die Mittel wesentlich in Form von Zuschüssen (und nicht in Form von Darlehen) allen EU-Ländern bereitgestellt werden sollen. Viel diskutiert wurde, dass der Geldstrom hauptsächlich in das am stärksten von der Gesundheitskrise betroffene Südeuropa fließen solle. „Der Süden hat die Folgen der Eurokrise vor zehn Jahren geerbt, Mitteleuropa die wirtschaftliche Stagnation der Nachkriegszeit“, die „noch nicht überwunden“ sei (so Konrad Szymański, Minister für europäische Angelegenheiten; ähnlich äußerten sich auch andere Regierungen der Visegrád-Gruppe).

Aus den EU-Mitteln sollen nach Regierungsangaben Projekte zur Gesundheitsvorsorge, Digitalisierung, Entwicklung des Unternehmertums und zum Klimaschutz finanziert werden. Geschehen soll dies mittels großer Investitionsprojekte, mitfinanziert aus öffentlichen Mitteln, und über mit privatem Kapital gestützte Vorhaben. Die Maßnahmen sollen insgesamt auf Wirtschaftswachstum sowie Beschäftigungs- und Investitionswachstum abzielen.

Elemente des Nationalen Wiederaufbauplans (im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität) werden sein: die Definition der Herausforderungen und deren Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Bestim-

mung von Aktivitäten zur Abschwächung negativer Auswirkungen der Krise im Einklang mit den Zielen der „grünen“ und „digitalen“ Transformation (*Green Transition*: durch Investitionsprojekte in den Bereichen saubere Energie, Luft und Energieeffizienz, sowie Unterstützung der Entwicklung der Elektromobilität; *Digital Transition*: Netzinfrastruktur, digitale Dienste, digitale Kompetenz).

Die Absicht ist es, bereits im September Konsultationen mit der EU-Kommission zu führen und abschließend leichte Korrekturen vorzunehmen, bevor der Plan bis Ende des Jahres eingereicht werde. Der Bedarf an Mitteln für Investitionen ist enorm: Das zuständige Ministerium spricht von 2.000 nationalen Projektvorschlägen, die von den Ressorts eingereicht wurden. Erwartet würden ebenso viele Vorschläge von den 16 Woiwodschaften.

Zuallererst stellen die EU-Mittel, sei es in Form des geplanten Wiederaufbaufonds oder der Kohäsions- oder Strukturfonds, für Polen (trotz der allgegenwärtigen Pandemiefolgen und des prognostizierten ökonomischen Abschwungs) ein **Schwungrad für die Wirtschaft** dar. Experten des Polnischen Wirtschaftsinstituts (Polski Instytut Ekonomiczny) sehen mit den angekündigten Mittelzuweisungen Polens Investitionsniveau gewahrt und sagen voraus, dass die Wirtschaft bald wieder Wachstumsraten auf Vorkrisenniveau erreichen sollte. Dies sei insbesondere dem stabilisierenden Einfluss der öffentlichen Investitionen (anteilig aus EU-Mitteln stammend) zu verdanken. Bezüglich der Verwendung der Mittel ist angekündigt, vor allem Innovationen und neuen Technologien hohe Priorität beizumessen. Nicht zuletzt, weil Polen seit Jahren versucht, im Rahmen des *Plans für eine verantwortungsvolle Entwicklung* („Morawiecki-Plan“) seine auf billigen Arbeitskräften basierende Wirtschaft mit Blick auf nachhaltiges Wachstum und auf der Grundlage neuer Technologien umzustellen. Zwar dauern die Konsultationen zum Nationalen Wiederaufbauplan an, doch zeichnen sich in den Projektvorschlägen die Schwerpunkte Energie, Verkehr, Digitalisierung und Umweltschutz ab.

Von Bedeutung ist ferner Polens strikte **Ablehnung des sog. Rechtsstaatsmechanismus**, zumal die EU-Kommission im April 2020 erneut ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen aufgrund von Missachtung der EU-Grundwerte begonnen hat. Polen weist jedoch auf Schwierigkeiten der eindeutigen Interpretation gemeinsamer demokratischer Werte und der Durchsetzung dieser uneindeutigen Rechtsstaatlichkeitsstandards hin. Diese könnten – so das Argument – zu einer willkürlichen oder rein politisch motivierten Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates führen.

Im Ergebnis aber wird nun die Rechtsstaatlichkeit eines der Kriterien für die Gewährung von Mitteln sein. In den Punkten 22 und 23 der MFR-Vereinbarung legte der Rat allgemeine Leitlinien fest, wonach im Falle einer Verletzung der in Artikel 2 des EU-Vertrags genannten Werte Zahlungen zurückgehalten werden können. Darüber hinaus wird ein Konditionalitätssystem zum Schutz des Haushalts und des Wiederaufbaufonds (Next Generation EU) eingeführt. In der auf dem Juli-Rat erzielten Einigung unterstrich der Rat die Verknüpfung der finanziellen Interessen der Union und der Rechtsstaatlichkeit. Worin der Mechanismus tatsächlich bestehen und ob etwa Einstimmigkeit im Rat erforderlich sein wird, um ihn zu starten, wird sich allerdings noch zeigen; die entsprechenden Regeln müssen noch entwickelt werden. Der Kritik, die EU

habe die Chance verspielt, sich ein wirksames Instrument gegen Feinde des Rechtsstaats zuzulegen, begegneten von der Leyen wie Michel mit der Versicherung, mittels qualifizierter Mehrheit würden bei Verstößen zukünftig Maßnahmen ergriffen werden können.

Ein weiteres zentrales Thema für Polen ist die **Energiewende** bzw. die Kritik an dieser. Vorschläge, wie etwa EU-Mittel davon abhängig zu machen, dass im Jahr 2050 Klimaneutralität erreicht wird, sind für die polnische Regierung erklärtermaßen inakzeptabel. Bereits auf dem EU-Klimagipfel im Dezember 2019 war Polen das einzige Land, das dieses gemeinsame Klimaziel nicht unterstützt hat. Eine der wichtigsten Forderungen Polens war der Zugang zum *Fonds für einen gerechten Übergang* (JTF), von dem das Land mit veranschlagten 3,5 Mrd. Euro am stärksten profitieren würde. Warschau wertet es als Erfolg, dass die Hälfte der Mittel abrufbar sei, ohne sich jedoch dem 2050 EU-Neutralitätsziel (und nicht dem nationalen Neutralitätsziel) zu verpflichten.

Zu erwähnen wäre aber, dass Polen bereits Schritte zur Dekarbonisierung seiner Wirtschaft und zur Reduzierung der CO₂-Emissionen unternimmt. Veränderungen im Energiemix Polens sind hauptsächlich von folgenden Faktoren beeinflusst: regulatorischer Anpassungsdruck durch die EU-Kommission, Veränderungen der internationalen Wirtschaft, die sich aus der emissionsarmen Transformation ergebenden Chancen und technologische Entwicklung, die zu einem Preisverfall der Energie aus erneuerbaren Quellen führt.

Bereits jetzt hat Polen Deutschland als größten Verbraucher von Kohle bei der Energieerzeugung in der EU überholt. Die polnische Regierung hat jedoch die Notwendigkeit einer Änderung des polnischen Energiemixes erkannt (derzeit basiert die Stromerzeugung zu mehr als 73,6 % auf Kohle). Der am 8. September 2020 vorgestellte *Energieplan Polens 2040 – Strategie für die Entwicklung des Brennstoff- und Energiesektors* sieht eine grundlegende Transformation der Energieerzeugung (Reduzierung der Kohleverstromung auf 56 % bis 2030 und 28 % bis 2040; bzw. bei hohen CO₂-Emissionskosten auf 37 % und 11 %) vor. Die Reduzierung der Emissionen sind allerdings langfristiger angelegt, als es die Ziele der EU vorgeben.

Kriterien für die Investition von Mitteln aus dem RF zu benennen, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwierig. Bis Ende September soll der Nationale Wiederaufbauplan vorgestellt werden. Sicherlich wird das Kriterium der Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit gelten. Anzunehmen ist ferner, dass dem Staat (bzw. vom Staat abhängigen Firmen) die Rolle des wichtigsten und strategischen Ko-Investors zufallen wird. Polen ist nach wie vor ein Land, dem es an privatem Großkapital fehlt. Inländische Investitionen, wenn nicht unterstützt von ausländischen Finanzunternehmen oder Konzernen, können nur in begrenztem Maße von polnischen Firmen getragen werden. Deshalb erlässt die PiS-Regierung Maßnahmen zur Stärkung solcher Unternehmen, an denen der Staat Anteile hält (vgl. die Fusion von Orlen mit Lotos).

Im Zentrum der polnischen Debatte steht die Modernisierung des Landes auf wirtschaftlicher, sozialer und zivilisatorisch-kultureller Ebene. Es konkurrieren zahlreiche verschiedene, zuweilen völlig konträre Konzepte (für eine pluralistische Gemeinschaft nicht uncharakteristisch). In politischer Dimension lassen sich wesent-

lich zwei Positionen identifizieren, vertreten von den zwei politischen Hauptlagern: Recht und Gerechtigkeit (PiS) und Bürgerplattform (PO). Erstere gründen ihre Vision auf einem etatistischen Verständnis (Lenkung der Wirtschaft durch staatliche Intervention, Gründung nationaler Champions mit staatlichem Anteil, Umverteilung zur Behebung bestehender soz. Ungleichheiten), während letztere sich auf eine liberale Marktwirtschaft stützen und unternehmerische Freiheiten betonen. Evident ist das jeweilige Ziel beider Seiten, die Wirtschaft auf der Grundlage von Wachstum zu modernisieren. Die bisherige Politik der PiS hat sich überwiegend positiv ausgewirkt – die makroökonomischen Indikatoren sind relativ gut, Bürger erhalten Sozialleistungen, haben im Allgemeinen mehr verfügbares Einkommen. Viele Menschen bewerten das Regierungshandeln als positiv. Ein eigenes, konkurrierendes Narrativ durchzusetzen, stellt eine große Herausforderung für die liberale Opposition dar.

Beide Haltungen treffen sich in der Überzeugung, dass die bestehenden treibenden Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung und des Wachstums Polens – wie etwa niedrige Arbeitskosten, der Zufluss ausländischer Investitionen, die Erhöhung des Bildungsniveaus, die Transformation der Wirtschaft infolge der EU-Mitgliedschaft – zu ergänzen sind. Und zwar durch die Stärkung der Rolle des im Land produzierten Wissens und Technologien, die Förderung polnischer Unternehmen (insbesondere kleiner und mittlerer sowie der Unternehmen mit staatlichem Anteil) und die Erhöhung des Vertrauens der Bürger in den Staat und seine Institutionen. Wenngleich die beiden Lager diese Ziele auf unterschiedliche Art und Weise erreichen wollen.

Die heutige, national-konservative Regierung ist der Ansicht, dass die Wirtschaft auf neuen Entwicklungsfaktoren basieren soll. Ziel ist es, das Einkommen der Bürger zu erhöhen, was in den letzten Jahren bereits erreicht wurde (2015–2019 um 26 %; aber dies ist immer noch weniger als die Hälfte des EU-Durchschnitts). Ein weiteres Ziel ist es, die polnische Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen und ihre Expansion im Ausland voranzutreiben. Ein Hauptthema ist hierbei die Teilnahme Polens an der sog. „vierten industriellen Revolution“, die auf digitalen Lösungen und einer auf neuen Technologien basierenden Reindustrialisierung beruht. Der Aufbau dauerhafter Wettbewerbsvorteile der Wirtschaft soll in der Entwicklung bestimmter, ausgewählter Sektoren mit den größten Entwicklungschancen bestehen.

Tatsächlich wird die Frage der Souveränität sehr oft von der gegenwärtigen Regierung und der parlamentarischen Mehrheit aufgeworfen. Für die PiS besteht die Rolle des Staates darin, sich einen (nationalen) Vorteil gegenüber anderen Konkurrenten zu sichern. Daher hat die polnische Regierung nur begrenztes Vertrauen in die EU. Sie glaubt eher nicht an „win-win-Situationen“ bzw. die Aufrichtigkeit der Absichten derer, die sich ob einer tieferen Integration – und bei zugleich anteiliger Abgabe nationaler Souveränität – gegenseitige Vorteile versprechen. In diesem Narrativ führte die Öffnung des polnischen Marktes für westliches Kapital nach 1989 zum Zusammenbruch der polnischen Produktion, ersetzt durch westliche Fabriken, die das niedrige Lohnniveau ausnutzten. Die Öffnung des heimischen Marktes aber ermöglichte auch den Zugang zu einem Absatzmarkt mit 38 Mio. Konsumenten. Im heutigen Kontext wird die Debatte um Souveränität und Resilienz mit protektionistischen Argumenten geführt. Zuletzt nutzte PM Morawiecki (PiS) im Präsidentschaftswahlkampf das Argument, dass die vom Oppositionskandidaten regierte Haupt-

stadt Warschau kaum Aufträge an polnische Unternehmen vergebe. All dies hat den polnischen Machthabern zufolge zwar zu einem Wachstum in Polen geführt, aber zugleich Ländern wie Deutschland noch größere Vorteile gebracht. Heute, wo Polen den Ehrgeiz hat, in die erste europäische Liga aufzusteigen, würden dem Land Hürden gesetzt, die seine wirtschaftliche Unabhängigkeit gefährden sollten, etwa mittels Projekten wie *Nord Stream 2*.

Die pro-europäische Opposition hingegen weist darauf hin, dass es gerade die Gemeinschaftsmechanismen sind, die die Rolle der Stärksten schwächen und dafür sorgen können, dass die Interessen der schwächeren Mitglieder (d. h. derjenigen mit geringerem Potenzial) durchgesetzt werden können.

Dies ist auch in anderen Kontexten bedeutsam. So hat etwa die umstrittene Reform des polnischen Justizsystems zu unveränderter Kritik der EU-Kommission, Vertragsverletzungsverfahren gegen das Richterdisziplinarregime und zu Verfahren vor dem EuGH geführt. Der EuGH hat Polen bereits aufgefordert, einige der Reformen rückgängig zu machen, weitere Verfahren sind anhängig. Im Zuge dessen berufen sich Befürworter der Reform im Konflikt mit den europäischen Institutionen auf die Idee der Souveränität. Besonders deutlich wurde dies kürzlich erneut bei Diskussionen über den Vorrang innerstaatlichen Rechts, d. h. der polnischen Verfassung, gegenüber Gemeinschaftsrecht, ausgelöst durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bezüglich der Geldpolitik der EZB.

Es ist davon auszugehen, dass das Argument der Wahrung der Souveränität im Rahmen der kommenden Verhandlungen des Europäischen Parlaments mit dem Europäischen Rat über die Verbindung der Ausschüttung von EU-Finanzmitteln an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit abermals zur Sprache kommen wird.

Solange die PiS-geführte Koalition an der Macht ist, wird die Mitwirkung des Staates an der Finanzierung von Modernisierungsprojekten erheblich sein. Nicht allein der erforderliche Eigenanteil an seitens der EU finanzierten Projekten, sondern der allgemeine Trend zur Konsolidierung und Zentralisierung großer Investitionsprojekte, sei es unter Beteiligung staatlicher Unternehmen oder durch staatliche Finanzierung, ist dabei entscheidend. Wie bereits erwähnt, geht die PiS davon aus, dass aufgrund des Mangels an inländischem Privatkapital dessen Rolle als aktiver Investitionsanreger und Stabilisator vom Staat übernommen werden sollte. Dieser Ansatz unterscheidet das derzeitige Regierungslager erheblich von der liberalen Opposition, die in den Jahren 2007–2015 eher auf die Steigerung ausländischer Direktinvestitionen gesetzt hatte. Im Kontext der von der Pandemie bedingten Wirtschaftskrise wurde ein Gesetz verabschiedet, das strategische polnische Unternehmen vor feindlicher ausländischer Übernahme schützen soll.

Schnittmengen können in Prioritäten der deutschen Ratspräsidentschaft bestehen – wie Innovation, Digitalisierung – die zuweilen in Einklang stehen können mit Ministerpräsident Morawieckis Modernisierungsplänen für Polen. Letztere lassen sich in langfristiger Perspektive der Regierung wie folgt skizzieren: Wirtschaftswachstum basierend auf neuen Technologien, generiert durch staatliche Investitionen; Reindustrialisierung, bestehend in der Einführung neuer digitaler technischer, technologischer

und administrativer Lösungen; Innovation basierend auf kleinen und mittleren Unternehmen; Mobilisierung staatlichen Kapitals; wirtschaftliche Expansion und Exportwachstum; sozialer Zusammenhalt durch Sozialprogramme; die Beachtung demografischer Trends (der Altersabhängigkeitsquotient lag 2015 bei 22,8 %; er wird 2030 bei 35,4 % liegen) und die Bedeutung von Familien- und Migrationspolitik; eine territorial ausgewogene Entwicklung unter Beseitigung regionaler Entwicklungsunterschiede; Humankapital, d. h. Bildungsreform; der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (Bahn); Umwelt, Klima und Dekarbonisierung sowie nationale Sicherheit.

Hunderte von Milliarden Euro werden zur Finanzierung ehrgeiziger Entwicklungspläne benötigt, die die EU bereitstellen müssen. Entsprechend muss Polen – auch politisch – eng mit Deutschland zusammenarbeiten. Mögliche Kooperationsfelder gibt es viele: die Zukunft der EU, die EU-Ostpolitik (östliche Partnerschaft und die Beziehung zu Russland), Unterstützung Berlins beim Modernisierungsplan, Digitalisierung-, Energie- und Klimafragen (etwa Wissenstransfer bei der Umstellung der Wirtschaft auf erneuerbare Energien etc. und Reduzierung des Anteils von Kohle in der Energieproduktion) und vieles mehr.

Ungarn

Frank Spengler, Bence Bauer

Wirtschaftliche Kennzahlen (Stand: Juni 2020)

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	-13,5 %; -7 % *
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	66,8 % (1. Quartal 2020) **
Arbeitslosenquote	4,7 % (Mai 2020) **
Jugendarbeitslosenquote	13,5 % (Mai 2020) **

Quellen: *Eurostat/European Commission; **Statistisches Landesamt Ungarn http://www.ksh.hu/docs/hun/xstadat/xstadat_evkozi/e_qpt001.html

Im Vorfeld der Sitzung des Europäischen Rates nahm die Ungarische Nationalversammlung in einer außerordentlichen Sitzung vom 14. Juli 2020 einen Antrag der beiden Fraktionen der Regierungsparteien Fidesz/KDNP sowie des Parlamentspräsidenten über die „wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Europäischen Union bezüglich der wirtschaftlichen Folgen des Coronavirus“ an. In diesem Entschließungsantrag wird die Regierung mandatiert, entsprechend der im Beschluss festgelegten Prioritäten die Verhandlungen beim Europäischen Rat in Brüssel vom 17. bis 20. Juli 2020 zu führen.

Die Nationalversammlung stellte dabei fest, dass Ungarn, wie viele andere europäische Länder im letzten Jahrzehnt, die Staatsverschuldung abgebaut und neue Schulden vermieden habe. Die Entschließung beinhaltet aber, obwohl sich die Regierung zuvor lange dagegen ausgesprochen hatte, aus Solidarität mit den süd-europäischen Ländern die Akzeptanz der gemeinsamen Kreditaufnahme der EU. Die aufgenommenen Schulden müssten unter den Mitgliedsländern angemessen und ausgewogen verteilt werden und insbesondere dürfe die **Verwendung nicht nach politischen Gesichtspunkten** erfolgen. Die Mitgliedsländer sollten über die auf sie entfallenden Finanzmittel frei verfügen dürfen. Aufgenommene Verbindlichkeiten dürften **ausschließlich für Wirtschaftsförderung** und im Sinne des Wirtschaftswachstums verwendet werden. Betont wird auch, dass die Kreditaufnahme nur einmalig erfolgen solle.

Die vom Parlament aufgestellten Prinzipien bei der Beschlussfassung über den sog. Recovery Fund (Next Generation EU) sowie MFR sind **Gleichbehandlung** der Mitgliedsländer, **Deckelung der Unterstützung** der reicheren Mitgliedsländer in Höhe der Unterstützung der ärmeren, **Abschluss der Art. 7-Verfahren** noch vor Verabschiedung von MFR und Wiederaufbaufonds, keine Förderung aus EU-Mitteln für politische Parteien und sog. „**Schein-NROs**, die faktisch politische Aktivitäten betreiben“ sowie Ablehnung der Vergabe der Mittel nach politischen und ideo-

logischen Gesichtspunkten unter dem Titel „**Rechtsstaatlichkeit**“. Der Ministerpräsident erklärte dazu, dass ein EU-Mitgliedsland, das kein Rechtsstaat sei, nicht finanziell bestraft werden sollte, sondern die EU unverzüglich verlassen müsse.

Die ungarische Regierung ging vor der Corona-Krise davon aus, dass im Vergleich zu der bisherigen Fördersumme auf das Land bei den Verhandlungen für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) mögliche Einbußen von bis zu 25 % zukommen könnten. Die Entscheidungsträger haben sicherlich auch deswegen in den letzten Haushaltsperioden die öffentliche Verschuldung massiv zurückgefahren, um in den kommenden Jahren finanzielle Spielräume nutzen zu können. Das beachtliche Wirtschaftswachstum in der letzten Zeit hat dabei erheblich geholfen. Zu Beginn der Corona-Krise setzte die Regierung darauf, die Folgen der Pandemie aus einer geringen Erhöhung der Neuverschuldung, Budgetumverteilungen und Einsparungen/Steuererhöhungen bewältigen zu können. Sie wollte unbedingt eine Abhängigkeit von ausländischen Finanzgebern vermeiden. Die Opposition kritisiert diese Strategie und fordert eine höhere Staatsverschuldung zur Abfederung der sozialen Belastungen, Ausbau des Gesundheitswesens und umfangreichen Programmen zur Ankurbelung der Wirtschaft.

Die langfristigen finanziellen Perspektiven Ungarns sind nach den Ergebnissen des EU-Gipfels nun besser, da das Land jetzt keine Kürzung der EU-Mittel mehr befürchten muss, sondern nach Angaben der Regierung sogar mit einer Steigerung von rund 3 Mrd. Euro für den Zeitraum 2021–2027 rechnen kann. Die EU-Gelder sollen insbesondere für die bisher schon relevanten Bereiche Kohäsion und Landwirtschaft eingesetzt werden. Der zusätzliche Spielraum soll ersten Äußerungen zufolge auch der Digitalisierung und der Umwelt zu Gute kommen. Die Investitionskriterien sind noch nicht spezifiziert worden, es darf aber angenommen werden, dass hierbei auch Fragen der wirtschaftlichen Belebung eine wichtige Rolle zukommen wird. Die Kredite aus dem Wiederaufbaufonds (Next Generation EU) könnten zum Teil auch zur Kompensation der geplanten öffentlichen Verschuldung dienen, da die Vergabekonditionen im Vergleich wohl günstiger sein dürften.

Die Resultate des EU-Gipfels werden von der Regierung als sehr positiv dargestellt. Sie sieht sich auf der Gewinnerseite. Die Ergebnisse werden von der Opposition hingegen als eine Niederlage interpretiert. Von der Regierungsseite wird hervorgehoben, dass Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel gegenüber dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán zugesagt haben soll, das Art. 7-Verfahren noch vor Ablauf des Jahres 2020 abschließen zu wollen. Das gemeinsame Auftreten der Länder der Visegrád-Gruppe wurde gewürdigt, mit besonderer Betonung der effizienten ungarisch-polnischen Zusammenarbeit. Die Verhandlungen des Rates haben auch gezeigt, dass Ungarn auch außerhalb der Visegrád-Gruppe gemeinsame Interessen mit anderen Ländern durchsetzen kann.

Die Fragen von Souveränität und Resilienz waren und sind für Ungarn von besonderer politischer Relevanz. Das Land war im Verlauf seiner Geschichte immer wieder Opfer von Besatzungen und Spielball von Großmächten. Die heutigen Freiheiten und die Ausübung der nationalen Souveränität mussten gegen den Widerstand des sowjetischen Regimes erkämpft werden. Auch von Politikern, die heute an der Macht sind. Die Konsequenzen des Narrativs des „Ausgeliefertseins“ lassen sich ohne Berück-

sichtigung der Geschichte des Landes nur sehr schwer einordnen. Die Jahre nach der Wende von 1989 brachten zwar die Freiheit, erfüllten aber oft nicht die Erwartungen der Menschen an ein selbstbestimmtes Leben. Der Beitritt zur NATO und zur EU sollte in erster Linie die nationale Identität und Eigenständigkeit sichern. Auf eine einfache Formel gebracht: Wohlstand gemeinsam schaffen und gemeinsam sichern, weitgehend ohne Einmischung in nationale Angelegenheiten.

In den Jahren der sozialistischen Regierungen (2002 bis 2010) verschuldete sich das Land massiv und musste schon vor der internationalen Finanzkrise einen Notfallkredit des IWF aufnehmen, dessen Kontrollmechanismen von der neuen Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán als eine Einschränkung der nationalen Souveränität wahrgenommen wurden. Die vorzeitige Tilgung der Verbindlichkeiten wurde weitgehend als ein politischer Befreiungsschlag empfunden.

Ab 2010 stand dann der Abbau der Staatsverschuldung und die staatliche Förderung von neuen Arbeitsplätzen im Produktivsektor, insbesondere in Zusammenarbeit mit ausländischen Investoren, im Mittelpunkt des Regierungshandelns. Darüber hinaus sollte in ausgewählten strategischen Wirtschaftssektoren mit staatlicher Unterstützung mittelfristig über 50 % des Kapitals in ungarische Hand überführt sowie der Aufbau eines „loyalen“ ungarischen Unternehmertums gefördert werden.

Die Regierung unterstützte im Rahmen von strategischen Partnerschaftsabkommen eine große Anzahl vor allem ausländischer Investoren und lockte so, im Zusammenspiel mit einem sehr liberalen Arbeitsrecht, zunehmend wichtige FDI an. Darüber hinaus versuchte sie neue Märkte weltweit für die ungarische Industrie – vor allem für den Mittelstand – zu öffnen, die Energieabhängigkeit zu diversifizieren und damit die Abhängigkeit von Russland zu reduzieren, Konflikte mit den Nachbarländern einzudämmen und die EU-Erweiterung auf dem Westbalkan voranzutreiben. Dies waren alles Maßnahmen, um die wirtschaftliche Resilienz und nationale Souveränität zu stärken. Diese Strategie bezog und bezieht explizit die Auslandsungarn im Karpatenbecken mit ein.

Die ungarische Regierung ist weiterhin bereit, die entwicklungsfördernden Rahmenbedingungen – und damit die eigene wirtschaftliche Bewegungsfreiheit – auszubauen. Wichtig ist nun die Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen, um mit Hilfe der Einkommenssteigerungen die EU-Konvergenz zu schaffen. Ziel der Regierung ist es, so schnell wie möglich sich dem Lebensstandard von Österreich anzunähern. Dazu werden verstärkt erhebliche staatliche Mittel in den Aufbau von Betrieben mit Zukunftstechnologien sowie in Forschung und Entwicklung gelenkt und der Bildungssektor reformiert.

Die Erfahrungen aus der Corona-Krise bestätigen die bisherigen Erfolge der Regierungspolitik: das Land ist wirtschaftlich widerstandsfähiger und politisch stabiler. Der oben genannte erweiterte finanzielle Spielraum eröffnet auch neue Möglichkeit der Investitionsförderung für innovative Industrien. Deutschland kann dabei eine große Rolle spielen. Die Verzahnung beider Volkswirtschaften ist im europäischen Kontext außergewöhnlich hoch. Auch hinsichtlich der Rückverlagerung von Produktionsstätten deutscher Firmen nach Europa könnte Ungarn ein interessanter Partner werden.

Mit kaum einem anderen europäischen Land pflegt Deutschland eine so enge sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Ungarn hat enorme Beträge für den Ankauf deutscher Wehrtechnik bereitgestellt. Dies fördert nicht nur die Verteidigungskooperation beider Länder, sondern wird sicherlich auch zu Technologietransfer und mehr kompensatorischen Investitionen führen („offsetting“).

Die ungarische Regierung hat ferner sehr ambitionierte Klimaziele formuliert, die auch gute Chancen für deutsche Investitionen im Bereich Umwelt bieten.

Letztlich sei noch auf den notwendigen Ausbau des ungarischen Gesundheitsschutzes hingewiesen. Auch in diesem Bereich hat die Corona-Krise Defizite hinsichtlich des Personals und der Ausrüstung aufgezeigt, die nun abgebaut werden müssen.

Zum Abbau der demographischen Herausforderungen und Förderung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts hat die ungarische Regierung eine für europäische Verhältnisse sehr ambitionierte Familienpolitik umgesetzt. Kritisch werden weiterhin die Ergebnisse der Bildungspolitik gesehen, insbesondere der Facharbeitermangel und die unzureichende Verzahnung von Wissenschaft und Praxis.

Ungarn erwartet von den EU-Mitgliedsländern, dass das Land mit Respekt behandelt und mit ihm auf Augenhöhe verhandelt wird. In diesem Kontext sind auch die Aussagen der gemeinsamen Pressekonferenz im Anschluss an den Europäischen Rat des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán mit seinem polnischen Amtskollegen Mateusz Morawiecki zu sehen, die von einer „Verteidigung des Nationalstolzes“ sprachen. Deutschland kommt dabei als traditionell wichtigstem Partner eine Schlüsselrolle zu.

Bereits sehr früh in der Corona-Krise hat Ministerpräsident Viktor Orbán in der Ungarischen Nationalversammlung erklärt, dass alle arbeitslos Gewordenen, die keine Arbeit fänden, von der öffentlichen Hand ein Jobangebot bekämen. Die Regierung ist weiterhin bestrebt, insbesondere durch Nachlässe bei den Sozialversicherungsabgaben sowie Nullprozentkredite die Erhaltung von Arbeitsplätzen sicherzustellen. Die Wirtschaft in Ungarn hat sich vor allem durch die starke Exportorientierung und einem hohen Anteil der Produktion im Bereich der Automobilindustrie schlechter entwickelt als zunächst prognostiziert. Experten gehen jetzt von einer Schrumpfung der Wirtschaft von rund 7 % für das Jahr 2020 aus. Die Regierung hält dennoch an den grundsätzlichen Plänen der „Wiederbelebung“ der Wirtschaft fest. Dies bedeutet auch die Umsetzung bekannter Investitionspläne (z. B. auch für Sportstätten). Vieles deutet auf weitere staatliche geförderte Investitionsvorhaben und Kreditprogramme zur konjunkturellen Belebung der Wirtschaft hin. Nach Aussagen des Ministers für Außenwirtschaft und Auswärtige Angelegenheiten, Péter Szijjártó, vom 07. September 2020 dürfe die Volkswirtschaft auch bei einer zweiten Corona-Welle nicht stillstehen.

Die ungarische Regierung geht für das Jahr 2021 von folgenden Finanzmitteln aus: 20,5 Milliarden Euro aus dem Kohäsionsfonds, 6,2 Milliarden Euro Recovery Fund (Zuschuss) und 10 Milliarden Euro Recovery Fund (Kredit). Der stellv. Staatssekretär im Ministerium für Innovation und Technologie, Balázs Dobos erklärte, dass 30 % der MFR-Mittel i. H. v. 50 Mrd. Euro in Ungarn für Wirtschaftsförderung, Innovation und Steigerung der heimischen Wettbewerbsfähigkeit verwendet werden sollen mit

besonderer Berücksichtigung von künstlicher Intelligenz oder Industrie 4.0 sowie Technologien der Gesundheits-, Kreativ- oder Lebensmittelbranche. Diese Zielsetzung steht im Einklang mit den EU-Zielen. Die ungarische Regierung setzt auch zur Überwindung der Krise weiterhin weitgehend auf die Wirtschaftsstrategie vor der Corona-Zeit: Schaffung von qualifizierten Arbeitsplätzen mit Priorität in den Zukunftsindustrien. In diesem Kontext hat die Regierung Anfang September eine nationale Strategie für künstliche Intelligenz präsentiert: autonomes Fahren, Landwirtschaft und die digitale Verwaltung stehen dabei im Vordergrund.

Es bleibt abzuwarten, wie lange die wirtschaftlichen Überbrückungshilfen (z. B. Kurzarbeitergeld) angewandt werden. Die Regierung hält trotz Protesten von Teilen der Opposition an ihrer Zurückhaltung hinsichtlich weitreichender und kostenintensiver sozialer Nothilfemaßnahmen fest. Die Regierung begreift die Corona-Situation wohl auch als Chance, durch Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Wirtschaft stärker als andere Länder aus der Krise herauszukommen.

Die Diskussion über die Bindung der Fragen der Rechtsstaatlichkeit und an die Verwendung von EU-Mitteln sorgt weiter für Diskussionen im Land. Die Position der ungarischen Regierung hat sich diesbezüglich nicht verändert. Die unterschiedliche Interpretation der EU-Beschlüsse bleibt somit auch im Herbst weiter Teil der andauernden Debatten im Land und auf europäischer Ebene.

Tschechische Republik

Tomislav Delinić, Lenka Režová

Wirtschaftliche Kennzahlen (Stand: September 2020)

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	-10,7 %; -7,8 % *
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	30,85 % **
Arbeitslosenquote	3,7 % ***
Jugendarbeitslosenquote	8,6 % ****

Quellen: *Eurostat/European Commission; **<https://www.verejnydluh.cz/>; ***Ministerium für Arbeit und Soziales;
****Eurostat

Die Tschechische Republik hat die gesundheitliche Seite der ersten Corona-Welle gut gemeistert. Wirtschaftlich steht das Land vor Herausforderungen, trotz guter Ausgangsposition innerhalb der EU mit geringer Arbeitslosigkeit und guten Wirtschaftsdaten. Entsprechend positioniert Andrej Babis seine Regierung auf den Standpunkt, dass erfolgreiches Wirtschaften nicht im Zuge der Umverteilung von Geldern innerhalb der EU bestraft werden sollte.

Die tschechische Wirtschaft hat im zweiten Quartal 2020 in Folge der Corona-Krise und des Lockdowns den stärksten Einbruch in ihrer Geschichte verzeichnet mit einem geschätzten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im Jahresvergleich von 9,7 bis 18 Prozent. Im ersten Quartal 2020 ist das BIP im Jahresvergleich um zwei Prozent gesunken (Quelle: Tschechisches Statistikamt). Entsprechend sollen die Mittel aus dem EU-Recovery Fund zur Unterstützung der Automobilindustrie, für Investitionen in das Gesundheitssystem und für die Digitalisierung genutzt werden. Tschechien wird voraussichtlich von 2021 bis 2027 rund 35,7 Milliarden Euro aus dem EU-Recovery Fund erhalten, weitere 15,4 Milliarden Euro wären als Kredit denkbar.

Der zehnjährige Plan für die Belebung der tschechischen Wirtschaft wird im September vorgestellt. Projekte aus dem Erneuerungsfond werden sich an EU-Prioritäten im Bereich Umweltschutz orientieren, insbesondere im Bereich nachhaltigen Landwirtschaftens, im Bildungswesen und bei smarter Infrastruktur.

Die Tschechische Republik hat die Möglichkeit ausgehandelt, je nach Bedarf bis zu 25 Prozent der Beihilfe zwischen einzelnen Strukturfonds zu transferieren (im Vergleich zu den anderen EU-Staaten, die maximal 20 Prozent zwischen den einzelnen Fonds transferieren können). Hiermit sollen „harte“ Ziele wie der Ausbau der Straßeninfrastruktur fokussiert gefördert werden.

Die Tschechische Republik sieht sich im Rahmen der Corona-Krise in ihrem Kurs einer möglichst unabhängigen Position gestärkt. Hier liegen historische Erfahrungen zu Grunde wie auch aktuelle realpolitische Gegebenheiten im geostrategischen Herzen Europas.

Entsprechend wird am Atomkraftwerk sowjetischer Bauart in Temelin, der Krone als Währung sowie einer gewissen Unabhängigkeit der Nationalbank festgehalten und Fragen nationaler Integrität (Schutz der Grenzen etc.) werden verteidigt. Auf diese Weise, so die Sicht in Prag, hat Tschechien die ein oder andere Krise der vergangenen Jahre (Schulden/Euro, Migration, Corona) gut bewältigt. Viele Standpunkte, die dabei in Brüssel das ein oder andere Mal für Verstimmung sorgen, lassen sich aus dem Verständnis eines starken Nationalstaats ableiten bzw. voraussehen.

Staatliche Beihilfen gehören dabei natürlich auch zum Portfolio der Stärkung nationaler Wettbewerbsfähigkeit. Die vielen Regierungen der vergangenen drei Jahrzehnte seit dem Mauerfall, von Ultraliberal zu Links/von Kommunisten gestützt, haben dieses Werkzeug unterschiedlich gewichtet – dennoch gilt: Wirtschaftliches Wachstum ist absolute Priorität für alle Regierungen in Prag – das belegt auch der Erfolg tschechischer Marken im globalen Wettbewerb (darunter nicht nur Großkonzerne, sondern viele Nischenanbieter mit teils hochspezialisierten Produktangeboten).

War Deutschland dabei natürlich lange Zeit Antreiber und Hauptinvestor (exemplarisch Volkswagen-Skoda) so kommen nun Zeiten, in denen Innovationen aus Tschechien und der Region Beispiel für die Bundesrepublik sein sollten. Im Bereich der Digitalisierung war es kein Wunder, dass Tschechien so gut durch die Corona-Krise kommt: Das Land setzt seit langem auf eine moderne digitale Infrastruktur, forciert den Ausbau schnellen, mobilen Internets, hat schon lange kontaktloses, bargeldloses Bezahlen institutionalisiert. Die Verwaltung hat wesentliche Teile ihrer Prozesse komplett ins Internet verlegt – in Deutschland auch aufgrund der föderalen Struktur aktuell noch undenkbar. So könnten die Länder Mitteleuropas (auch beispielhaft: Estland) nun Deutschland helfen, Lehren aus der Corona-Pandemie in faktische Umgestaltung von Strukturen und Abläufen zu gießen. Beispiele gibt es zuhauf.

Slowakische Republik

Tomislav Delinić, Michal Petřík

Wirtschaftliche Kennzahlen (Stand: Juni 2020)

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	-12,1 %; -9 % *
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	63,1 % **
Arbeitslosenquote	6,6 % ***
Jugendarbeitslosenquote	18,1 % ***

Quellen: *Eurostat/European Commission; **OECD; ***Eurostat

Die neue Koalition, die Anfang März 2020 nach ca. 12 Jahren sozialdemokratischer Regierung an die Macht kam, hat sich ambitionierte Reformpläne gesetzt, um das Land wettbewerbsfähiger, grüner und digitaler zu machen. Gleichzeitig schlägt die Corona-Krise mit Mindereinnahmen für die Staatskasse in Höhe von 2–3 Mrd. Euro zu Buche. Vor diesem Hintergrund wird erwartet, dass die Koalition gewisse Reformen dank den EURF-Reformaufgaben politisch einfacher umsetzen kann. Es besteht somit die Hoffnung, dass der EURF wie ein Hebel funktioniert, der einerseits den Druck auf die Umsetzung von politisch anspruchsvolleren Reformen aufrechterhält und sogar erhöht und andererseits die damit verbundenen Finanzierungskosten abfedert.

Für die Slowakei ist es von zentraler Bedeutung, die Mittel einfacher und unbürokratischer, das heißt auf eine andere Art und Weise als die Strukturfonds abschöpfen zu können. Hier hinkt die Slowakei seit Jahren hinterher und belegt den vorletzten Platz im Vergleich aller EU-Mitgliedsstaaten. Auch vor diesem Hintergrund erstellt die Regierung aktuell einen Integralen Reformplan, der die Nutzung des EURF und der EU-Strukturfonds bis 2030 verzahnen soll. Eine bessere Nutzung wird maßgeblich davon abhängen, ob die oft selbst verordnete Bürokratie, z. B. im slowakischen Beschaffungswesen beim gleichzeitigen Kampf gegen die Korruption wirkungsvoll abgebaut wird.

Eine einheitliche Linie der Regierung, wofür die Mittel konkret eingesetzt werden sollen, gibt es derzeit noch nicht. Anfang September hat die Regierung acht Reformthemen veröffentlicht, die im Zusammenhang mit den EURF-Mitteln umgesetzt werden sollen: Fiskalreform, stärkerer Fokus auf Umweltprojekte, Sozialreform, Bildungs- und Forschungsreform, Reform im Gesundheitswesen und in der staatlichen Verwaltung und schließlich eine Digitalreform. Voraussichtlich Mitte September wird ein Koalitionsausschuss konkrete Schritte in diesen Reformbereichen aushandeln und anschließend veröffentlichen.

Zukunftsfähigkeit ist ein sehr wichtiges Stichwort in der aktuellen slowakischen Debatte um EU-Gelder. Das beste Beispiel hier ist die sehr starke Automobilindustrie. Die Slowakei produziert weltweit die meisten Autos pro Einwohner. Doch die Branche unterliegt einem kräftigen technologischen Wandel. Klar ist: In ihrer jetzigen Form wird die Autobranche in 10–15 Jahren nicht das wirtschaftliche Zugpferd des Landes sein können. Die Slowakei muss von einer „Montagehalle“ zum „Designhaus“ oder zu einem „IT-Zentrum“ werden. Die Voraussetzungen für den Übergang sind Reformen, hier allen voran die des Bildungswesens inkl. angewandter Forschung. Insofern sind die EURF-Mittel hilfreich. Neben der sinnvollen Verteilung der EURF-Mittel wird das Land diese Debatte brauchen, um die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen.

Die Souveränität eines Landes hängt in der globalisierten Welt mit seinem wirtschaftlichen Potenzial bzw. mit dem Potenzial seiner Verbündeten eng zusammen. Das zeigt sich u. a. an der aktuellen Position der EU im globalen Kontext, in der sie dank ihrer Wirtschaftskraft ein Partner auf der Augenhöhe mit den Global Playern bleibt – noch. Dieser Logik folgend sieht die Slowakei in der Sicherstellung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit den Weg zu einer starken Souveränität des Landes.

Es zeichnet sich ab, dass die Zukunft grüner und digitaler sein wird. In der Slowakei wurde bereits durch die Debatte zur Verteilung der EURF-Mittel erreicht, dass der Fokus nun auf umweltfreundlichere Projekte gelenkt wird. Beispielsweise auf grüne Mobilität durch Wasserstoff mit entsprechender Infrastruktur, zügiger Ausbau bei umweltfreundlicherer Müllverbrennung und bei Recyclingzentren. Diese Themen wären ohne die Debatte und den Beschluss um den EURF nicht auf die Tagesordnung gekommen. Insofern betrachten viele den EURF als eine einmalige Chance, das Land neu auszurichten.

In der Tat ist der Umfang an verfügbaren EU-Mitteln einmalig, die die Slowakei in den nächsten 10 Jahren nutzen kann. Rechnet man die Mittel des EURF und die der verfügbaren Strukturfonds zusammen, kommt man auf eine Summe von über 40 Mrd. Euro. Dies entspricht etwas mehr als der Summe eines jährlichen staatlichen Gesamthaushaltes der Slowakei. Zum Vergleich: Der staatliche Gesamthaushalt Deutschlands betrug 2019 1.497 Mrd. Euro. Die Slowakei steht also vor einer historischen Herausforderung, diese Mittel tatsächlich auch zu nutzen und sinnvoll einzusetzen – und zwar in ihre Zukunftsfähigkeit.

Hier können Schnittmengen zu Deutschland und den anderen EU-Mitgliedsländern identifiziert werden: Keiner hat Interesse, dass der Slowakei zugewiesene Mittel nicht genutzt werden, oft aufgrund eigener, interner Ineffektivität. Zu lernen, wie Mittel stringent beantragt und abgeschöpft werden können, ist aktuell eine der wichtigsten Hausaufgaben für die slowakische Regierung. Welche Schritte beim Bürokratieabbau, bei der Beseitigung von Hemmnissen, bei der Bekämpfung von Korruption und Veruntreuung etc. zu unternehmen sind – dabei kann die Bundesrepublik helfen, dabei können Erfahrungswerte aus anderen neuen EU-Mitgliedsstaaten der Region nützlich sein, damit die Slowakei den vorletzten Platz bei der Nutzung von EU-Hilfsmitteln als bald verlässt.

Slowenien

Holger Haibach

Wirtschaftliche Kennzahlen (Stand: September 2020)

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	-3,4 % *; -7 % **
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	66,1 % **
Arbeitslosenquote	5,2 % (2. Quartal 2020, LFS) / 9,2 % (registrierte Arbeitslose) ***
Jugendarbeitslosenquote	19,5 % ****

Quellen: *Eurostat; Daten des Vorquartals; **Eurostat/European Commission; ***LFS: Statistisches Amt der Republik Slowenien, <https://www.stat.si/StatWeb/Field/Index/3>; ****Arbeitsamt der Republik Slowenien

Die Übereinkunft zu ERF und MFR bringt Slowenien umfangreiche zusätzliche Mittel ein, die für die Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen der COVID-Krise sorgen und für Investitionen in den Bereichen Green Economy und Digitalisierung verwendet werden sollen. Nach Ansicht der slowenischen Regierung ist es damit in den Verhandlungen zum ERF gelungen, eine für das Land günstige Einigung zu erzielen, die eine ausreichend große Menge an Mitteln für eine wirksame Reaktion auf die COVID-Krise und die Bewältigung der Herausforderungen der Digitalisierung und des Klimawandels ermöglicht.

Slowenien soll in den nächsten sieben Jahren 2,9 Mrd. Euro im Bereich der Kohäsionspolitik und 1,6 Mrd. Euro im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik erhalten. Darüber hinaus wird Slowenien zusätzliche Zuschüsse in Höhe von 2,1 Mrd. Euro und im Rahmen des neuen Sanierungsinstruments Darlehen in Höhe von 3,6 Mrd. Euro erhalten. Am Ende der Verhandlungen gelang es Slowenien, zusätzliche 350 Mio. Euro für die Kohäsionsregion Zahodna Slovenija (Westslowenische Region) zu bekommen, die aufgrund ihrer positiven Entwicklung einen erheblichen Rückgang an Kohäsionsmitteln zu verzeichnen hatte. Somit liegen die Zuwendungen alleine aus dem neuen MFR auf dem Niveau des bisherigen Finanzrahmens. Die Kohäsionsregion Ostslowenien hat nun Anspruch auf 13 Prozent mehr Mittel als in der bestehenden Finanzperiode. Im Bereich der gemeinsamen Agrarpolitik gelang es Slowenien, das Volumen der Direktzahlungen nominal auf dem vergleichbaren Niveau wie im bestehenden Zeitraum zu halten und eine Sonderzuweisung von 50 Mio. Euro zu erhalten.

Slowenien wird im Zeitraum 2021–2027 weiterhin ein Nettoempfänger von EU-Haushaltsmitteln sein, sowohl im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens als auch im Rahmen des neuen Wiederaufbaufonds.

Die slowenische Regierung hat festgelegt, dass die Gesundheitsversorgung und Pflege für ältere Menschen derzeit die Bereiche mit der höchsten Priorität sind. Dies beinhaltet den Bau neuer Altenheime und die Modernisierung bestehender Häuser sowie mehr Personal. Weiterhin sollen die EU-Mittel für dafür verwendet werden, kurzfristig die jetzt anstehenden konjunkturellen Schwankungen und den zu erwartenden Rückgang des BIP sowie die damit einhergehenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt (höhere Arbeitslosigkeit) zu kompensieren.

Die slowenische Regierung bildete eine spezielle Projektgruppe, deren Arbeit hauptsächlich auf operativer Ebene stattfinden wird und die vom Regierungsbüro für Entwicklung und europäische Kohäsionspolitik geleitet wird. Die Projektgruppe wurde mit dem Ziel gegründet, sich speziell mit der Frage der Umsetzung von Projekten aus EU-Mitteln zu beschäftigen. Dazu wurde auf höchster Regierungsebene eine Art Koordinierungsgruppe eingerichtet, die unter Führung des Ministerpräsidenten sicherstellen soll, dass die Mittel aus dem ERF und dem MFR ordnungsgemäß verwendet werden und geregelt abfließen.

Die Regierung hat angekündigt, auch Vertreter der regionalen Ebene wie Bürgermeister und regionale Entwicklungsagenturen in die Ausarbeitung eines Sanierungs- und Resilienzplans für Slowenien einzubeziehen. Dieser Plan soll bis Ende August veröffentlicht werden. Danach ist auch mit einer entsprechenden Befassung des Parlaments zu rechnen.

Vor einigen Wochen hat die slowenische Regierung auch ihre Prioritäten von Projekten festgelegt, die die Bewältigung der Auswirkungen der Coronakrise beschleunigen sollen. Die Liste umfasst derzeit 187 Projekte in den Bereichen Gesundheitswesen, Energie und Verkehr mit einem Gesamtwert von ca. 7,7 Milliarden Euro.

Weiterhin nahm die Regierung auch Projekte in den Bereichen Umwelt, Energie und Nachhaltigkeit in ihre Prioritätenliste auf. Dazu gehören unter anderem Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Aufbereitung von Abwasser sowie energetische Sanierung von Gebäuden. Als wichtigstes Projekt im Bereich Verkehrsinfrastruktur gilt der Ausbau der Verkehrsanbindungen von Nord- nach Südostslowenien.

Für das Jahr 2020 finden die vorgenannten Maßnahmen in einem Nachtragshaushalt Niederschlag, dessen Entwurf am 1. September vorgestellt werden soll. Slowenien hat im Gegensatz zu anderen EU-Nachbarstaaten die Mittel aus den Kohäsionsfonds schon sehr früh genutzt, um konsequent den Aufbau der staatlichen Infrastruktur, besonders im Bereich Verkehr voranzutreiben. Daher stehen die Mittel aus dem MFR und ERF nun größtenteils für die oben genannten Prioritäten zur Verfügung. Abgesehen davon war das Land in der Vergangenheit sehr erfolgreich darin, ausländische Investitionen zu akquirieren, speziell im Bereich der Automobilindustrie. Dies hat in Slowenien auf der einen Seite einen beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwung beschert, macht es aber den Zeiten der aktuellen Krise anfälliger für die Einbrüche im Exportsektor. Daher ist das Land mit seinen ca. 2 Millionen Einwohnern stärker als andere Länder auf europäischer Ebene darauf angewiesen, die ihm nun zugewiesenen Mittel zu nutzen, um die zu erwartenden wirtschaftlichen Auswirkungen der gegenwärtigen Krise zumindest in Teilen kompensieren und für die Zukunft eine nachhaltige Entwicklung garantieren zu können.

Kroatien

Holger Haibach

Wirtschaftliche Kennzahlen (Stand: Juli 2020)

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	-13,3 %; -10,8% *
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	Im Mai 2020 betrug sie 41,6 Milliarden Euro. Die Zentralbank prognostiziert ein negatives Wachstum von 9,7 % und somit würde die Staatsverschuldung 87 % des BIP bis Ende 2020 erreichen.**
Arbeitslosenquote	9,0 % (Juli 2020) ***
Jugendarbeitslosenquote	41.539 Bürger (Juli 2020) ****

Quellen: *Eurostat/European Commission; **Kroatische Zentralbank; ***Staatliche Anstalt für Statistik;
****Kroatische Anstalt für Arbeit

Das Ergebnis des Rats wurde in Kroatien weithin als Erfolg gefeiert. Mit insgesamt 22 Milliarden Euro an Zuweisungen aus dem EU-Recovery Fund (ERF) und dem Mittelfristigen Finanzrahmen (MFR) bis 2027 stehen dem Land erhebliche Mittel zur Bewältigung der Krise zur Verfügung. Die Summe entspricht etwa 40 Prozent des BIP des Landes im Jahr 2019. Dabei ist die Unterscheidung zwischen den Mitteln des MFR und des ERF in der kroatischen Öffentlichkeit nicht erkennbar. Für Kroatien spielen die Mittel aus dem MFR eine entscheidende Rolle, da sie bisher zu großen Teilen in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur, digitale Infrastruktur, Abfallentsorgung, Wasserversorgung und Demografie eingesetzt wurden. Da die Zuwendungen zukünftig auf Kosten der Kohäsionsfonds umstrukturiert werden und zudem die Eigenanteilskomponente bzw. Kofinanzierung steigen wird, würde vermutlich ein großer Teil der Mittel des ERF dazu genutzt, Maßnahmen zu finanzieren, die bis dato durch den MFR gedeckt waren. Dies ist aber bisher in der Schwebe.

Erschwert wird die Situation dadurch, dass die kroatische Hauptstadt Zagreb am 22. März 2020 vom stärksten Erdbeben seit 140 Jahren getroffen wurde. Dabei wurde insbesondere die historische Bausubstanz in der Altstadt massiv beschädigt. Hinzu kamen am 24. Juli sintflutartige Überschwemmungen, die die ohnehin schon schwierige Situation noch verkompliziert hat. Da nach Angaben des kroatischen Finanzministers Maric gleichzeitig aufgrund der Coronakrise die Wirtschaftsleistung des Landes für dieses Jahr um 9,4 Prozent einbrechen wird, die Regierung vor der Parlamentswahl am 5. Juli aber angekündigt hat, den Wiederaufbau Zagrebs durch staat-

liche Mittel zu unterstützen, werden vermutlich auch Teile der Mittel des ERF in diese Maßnahme fließen. Parlamentarische Entscheidungen sind erst nach der Sommerpause im September zu erwarten.

Kurzfristig soll etwa 1 Milliarde Euro in die Erhaltung von Arbeitsplätzen in Unternehmen investiert werden, die durch die aktuelle Krise in Liquiditätsprobleme geraten sind. Gleiches gilt für Verbesserungen im ohnehin schon notleidenden Gesundheitswesen.

Kroatien ist, wirtschaftlich gesehen, auch sieben Jahre nach dem Beitritt zur EU, ein Transitionsland. Eine Hypothek für die Zukunftsfähigkeit des Landes sind die relativ geringen ausländischen Direktinvestitionen. Nach einer durch die AHK im Jahr 2019 durchgeführten Umfrage unter deutschen Unternehmen würden nur noch 54 Prozent der Unternehmen, die Niederlassungen in Kroatien gegründet haben, diesen Schritt noch einmal tun. Vor einigen Jahren lag die Quote noch bei über 80 Prozent. Dies hat seine Ursache in einer recht hohen Steuerlast, einer überbordenden Bürokratie und zum Teil auch in Fällen von Korruption und Rechtsunsicherheit. Die größten Wirtschaftszweige (Tourismus, Landwirtschaft/Lebensmittelproduktion, Schiffbau) haben entweder noch nicht den notwendigen Innovationsschub erfahren oder sind aufgrund der gegenwärtigen Coronakrise notleidend. Die bei der jüngsten Parlamentswahl bestätigte Regierung von Premier Plenkovic hat dies erkannt und deshalb eine sehr ehrgeizige Reformagenda vorgelegt, die Reformen in den Bereichen kommunale Verwaltungen, Steuern und Innovation vorsieht. Zugleich wurde, um ein Zeichen für die Öffentlichkeit zu setzen, die Zahl der Ministerien nach den Neuwahlen von 20 auf 16 reduziert. Was allerdings nach wie vor nicht vollständig gelungen ist, ist die Reform des Justizwesens. Es bleibt abzuwarten, wie intensiv dieses Thema in den kommenden Jahren angegangen wird. Als ein Kernthema seiner Regierungsarbeit in den kommenden Jahren hat Plenkovic benannt: Moderne Souveränität im Kontext europäischer Einheit.

Hinsichtlich der erwähnten großen Wirtschaftszweige haben kroatische Regierungen in der Vergangenheit (auch die jetzige) jede Anstrengung unternommen, um diese durch staatliche Subventionen zu stützen, wenn sie sich in einer Krisensituation befanden. Dies wird vermutlich in der aktuellen Situation so nicht mehr fortzusetzen sein. Insofern gibt es, wie in Deutschland zu den Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2008 und auch in Teilen heute, bereits eine Diskussion darüber, wo der Staat eingreifen sollte und wo nicht. Vergleichbar ist dies am ehesten mit der Situation in den neuen Bundesländern in den frühen Jahren nach der deutschen Einheit. Allerdings ist hier der Ruf nach einem starken Staat, der regelt, reguliert und finanziert, entschieden lauter.

Bulgarien

Thorsten Geissler

Wirtschaftliche Kennzahlen (Stand: Juni 2020)

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	0,8 %; –7,1 % *
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	22,3 %
Arbeitslosenquote	4,1 %
Jugendarbeitslosenquote	10,1 %

Quelle: *Eurostat/European Commission

In Bulgarien finden seit Wochen täglich Demonstrationen gegen die Regierung statt, die das gesamte politische Leben überschatten. Es gibt weder eine offizielle Positionierung der Regierung noch der politischen Parteien zum EU-Recovery Fund und in den Medien spielt das Thema nur eine untergeordnete Rolle. Allerdings wird gegenüber der Regierung von vielen Demonstranten der Vorwurf erhoben, Teile der dem Land zufließenden EU-Mittel zu veruntreuen. Dementsprechend besteht auch die Befürchtung, dass Mittel aus dem Recovery Fund ihren Zweck nicht erreichen.

Ministerpräsident Borissow hat sich lediglich zu den Beschlüssen über den neuen EU-Haushalt für die kommenden sieben Jahre geäußert:

„Bulgarien werde aus dem Haushalt bis 2027 rund 29 Milliarden Euro an EU-Mitteln erhalten, informierte der bulgarische Ministerpräsident Bojko Borissow auf seiner Facebook-Seite. „Bulgarien bekommt mehr als eine Milliarde Euro mehr, als in dieser Haushaltsperiode. Wir gehören zu den wenigen Ländern, die im neuen Haushalt mehr bekommen, und dass angesichts der Tatsache, dass der neue jährliche Finanzrahmen um 62 Milliarden Euro kleiner ist. Zum ersten Mal wird Bulgarien über 200 Millionen Lewa (ca. 102 Mill. Euro) für die armen Regionen verfügen“, listete Borissow auf. Diese Gelder werden zur Erhöhung des Wettbewerbs, des Wachstums und der Einrichtung neuer Arbeitsplätze dienen.

Die europäische Finanzierung für die Kohäsions- und Agrarpolitik Bulgariens wird beibehalten. 9 Milliarden Euro sind für die Kohäsionspolitik vorgesehen – 800 Millionen Euro mehr als im vorherigen mehrjährigen Finanzrahmen.

Im Rahmen des EU-Pakets der nächsten Generation kann Bulgarien mit Zuschüssen in Höhe von insgesamt 7,7 Milliarden Euro rechnen, im Rahmen des ‚Just Transition Fund‘ 500 Millionen Euro und zum Schutz der EU-Außengrenze über 200 Millionen Euro.“¹⁸

Die KAS Bulgarien hat das hiesige Gallup-Institut frühzeitig mit der Durchführung einer Meinungsumfrage¹⁹ zu EU-Hilfen beauftragt, diese wurde im Zeitraum 27.5.–2.6.20 durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass ein großer Teil der Bevölkerung hierüber nicht ausreichend informiert war, dennoch fanden die Maßnahmen überwiegend Zustimmung und die EU wurde gerade auch in Krisenzeiten für wichtig gehalten.

Fragen zu einer Verwendung von EU-Mitteln in Bulgarien aber konnten nicht gestellt werden, weil es hierzu keine Positionierung der Regierung bzw. der politischen Parteien gab bzw. gibt.

Auch die bulgarische Wirtschaft wurde von der Coronakrise hart getroffen, Bulgarien hat aber die Maßnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft und der betroffenen Arbeitnehmer aus der Nationalen Finanzreserve bestritten, diese standen daher auch im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Die Regierung hat die Europäische Union nicht öffentlich um finanzielle Unterstützung zur Bewältigung der Krise gebeten, das Thema „Souveränität/Resilienz“ spielte aus diesem Grund auch in der Öffentlichkeit keine Rolle.

Die bulgarische Regierung verfolgt die von der Bundesregierung zur Milderung der Folgen der Krise getroffenen Maßnahmen genau, und z. B. Lohnersatzleistungen sind an das deutsche Vorbild angelehnt.

¹⁸ Radio Bulgarien [21.07.20].

¹⁹ <https://www.kas.de/documents/286758/286807/Gallup+Englisch.pdf/6d3df979-8f3a-d35a-a5a5-74bfc64a7993?version=1.0&t=1592561590685> [15.09.2020].

Rumänien

Dr. Dr. Martin Sieg

Wirtschaftliche Kennzahlen (Stand: September 2020)

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	-10,5 %; -6 % *
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	35,2 % (Angabe für 2019) *
Arbeitslosenquote	5,2 % (Stand: Mai 2020) **
Jugendarbeitslosenquote	17,6 % (Stand: 1. Quartal 2020) **

Quellen: *Eurostat/European Commission; **Eurostat

Präsident Klaus Iohannis und die von der PNL (Nationalliberale Partei) gebildete Regierung unter Ministerpräsident (und Parteivorsitzendem) Ludovic Orban haben die deutsch-französische Initiative sowie die Vorschläge der Kommission zum Recovery Fund konstruktiv unterstützt. Im öffentlichen Diskurs wird der Recovery Fund – wie EU-Fördergelder insgesamt – vor allem als Chance zur Überwindung sozioökonomischer Rückstände in Bereichen wie Verkehr, Gesundheit, Bildung oder Landwirtschaft wahrgenommen. Insofern hoben Präsident Iohannis wie Ministerpräsident Orban nach dem EU-Gipfel vor allem die Ziele hervor, die Infrastruktur und den öffentlichen Sektor mithilfe der insgesamt 80 Milliarden Euro zu modernisieren, die Rumänien bis 2027 bekommen soll (davon 46,3 Milliarden Euro aus dem Mehrjährigen Finanzrahmen und 33,5 Milliarden aus dem Recovery Fund, von denen wiederum 16,8 Milliarden in Form von Zuschüssen und 16,7 Milliarden in Form von Krediten erhalten werden sollen). Vor dem Hintergrund der vom Coronavirus verursachten Wirtschaftskrise betonte Präsident Iohannis in einer Presseerklärung am 22. Juli, dass die Mittel aus dem EU-Recovery Fund vorrangig für Maßnahmen zur Abfederung der Krise und zur Konsolidierung der Wirtschaft verwendet werden sollen, wobei das entsprechende nationale Konzept bis Oktober erstellt und der Europäischen Kommission vorgelegt werden soll.

Die Prioritäten ergeben sich vor allem aus dem Kontext des am 1. Juli öffentlich präsentierten Nationalen Planes der Regierung für Investitionen und die Wiederbelebung der Wirtschaft²⁰, der neben kurz- und mittelfristigen Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen und Angestellten auch ein breit angelegtes staatliches Investitionsprogramm in den Bereichen Verkehr, Energie, Gesundheit, Bildung, kommunale Infrastruktur, Landwirtschaft, Umwelt und Sport vorsieht. Bereits bei der Erstellung des Planes waren Schätzwerte zu dem Rumänien aus europäischen Mitteln voraussichtlich zufließenden Summen berücksichtigt worden. Investitionsvorhaben zielen dabei insbesondere auch auf latente Strukturprobleme, die eine stärkere wirtschaftliche Entwicklung des Landes bislang behindert haben. Noch fehlt in Rumänien beispielsweise ein ausgebautetes Netz an Autobahnen, auch die Eisenbahnen sind veraltet, wenig

leistungsfähig und ganz überwiegend seit langen nicht mehr modernisiert worden. Das Gesundheitswesen befand sich bereits vor der Corona-Krise in einem schwierigen, u. a. durch chronische Unterfinanzierung geprägten Zustand, den die Krisenmaßnahmen der erst seit November 2019 amtierenden Regierung Orban nur kurzfristig, aber noch nicht grundlegend bessern konnten. Auch das Bildungssystem ist antiquiert und unterfinanziert. Inhaltlich hat das starre Erlernen von Inhalten weiterhin Vorrang vor der Entwicklung von Kompetenzen. Es fehlt aber vor allem im ländlichen Räumen an adäquater Infrastruktur. Auch in größeren Städten stellt ein Zwei-Schicht-Betrieb an Schulen eher die Regel als die Ausnahme dar.

Die Regierung hat – ebenso wie Präsident Iohannis – die Entscheidungen zum EU-Recovery Fund und zum Mehrjährigen Finanzrahmen als bedeutenden diplomatischen Erfolg für Rumänien dargestellt. Dabei zielte Rumäniens Verhandlungsposition aber auch mehr auf einen Erfolg des Gipfels an sich, weniger auf einzelne nationale Vorbehalte oder Forderungen. Einziger Kritikpunkt der Sozialdemokratischen Partei (PSD) als der führenden Oppositionspartei blieb daher, dass Rumänien auf dem Gipfel keine höheren Mittel für sich aushandelte als bereits zuvor in den Planungen der Kommission vorgesehen waren. Nach früheren Erfahrungen mit EU-Fördermitteln bestehen offene Fragen in der Absorptionsfähigkeit des Landes. Am 23. Juli gab Verkehrsminister Lucian Bode zu, dass die administrative Kapazität zur Verwaltung von europäisch geförderten Projekten schwach sei – worin ein mögliches Hindernis für die Umsetzung des ambitionierten Planes der Regierung verortet werden könnte. In der Tat ist die rumänische Verwaltung seit langem kaum modernisiert worden und war ohnehin ein zentrales Reformziel der jetzigen Regierung. Maßnahmen zur Corona-Krise haben zwar Schübe bei der Digitalisierung und Flexibilisierung des Verwaltungshandelns bewirkt, strukturelle und personelle Mängel im nach wie vor überbürokratisierten öffentlichen Sektor aber bisher auch nicht grundsätzlich überwinden können. Ein zentrales Anliegen Rumäniens war es, dass die vorgesehenen Mittel für die Kohäsions- und die Agrarpolitik unangetastet bleiben, was auch erreicht worden ist.

Mittlerweile hat die rumänische Regierung am 31. August 2020 eine Notverordnung zur Vorbereitung des Nationalen Planes für Wiederaufbau (National Plan for Recovery and Resilience) verabschiedet, die elf Bereiche festlegt, für welche die Mittel des EU-Recovery Fund verwendet werden sollen. Dabei sollen Projekte u. a. für Infrastruktur zur Anpassung an den Klimawandel, städtische Mobilität und Sanierung, Gesundheit und Digitalisierung im Vordergrund stehen. Für die Abrufung der Kohäsionsfonds für den Zeitraum 2021–2027 wurden – entsprechend dem Nationalen Plan für Investitionen und die Wiederbelebung der Wirtschaft – die Bereiche Verkehr, Sanierung städtischer Infrastruktur, Gesundheit und Vorbereitung auf den Klimawandel (Umwelt, Landwirtschaft) für prioritär erklärt.

Die europäische Integration des Landes beruht auf einem – seit 1995 verankerten – parteiübergreifenden Konsens, der auch von breiten Teilen der Gesellschaft mitgetragen wird. Darüber hinaus leben ca. 3 Mio. Rumänen im Ausland, die überwiegende Mehrheit davon in westlichen EU-Mitgliedstaaten. Zwar hat es in den vergangenen Jahren im Kontext der öffentlichen Debatte über die Rechtsstaatlichkeit und die Korruptionsbekämpfung durchaus Stimmen aus den Reihen der – nunmehr oppositionellen – PSD und ihrer politischen Verbündeten gegeben, die im Bereich Justiz eine Einmischung aus Brüssel zurückweisen wollten und dabei auch stärker auf sou-

veränistische und xenophobe Narrative zurückgriffen. Die europäische Integration Rumäniens wurde dabei aber nicht in Frage gestellt; auch die führenden Politiker der PSD haben sich von EU-kritischen Diskursen in anderen mittelosteuropäischen Staaten vielmehr distanziert. Mit Präsident Iohannis und Ministerpräsident Orban verfügt das Land derzeit über eine politische Führung, die sich uneingeschränkt pro-europäisch positioniert, einen engeren Anschluss an Westeuropa sucht und besonders auch die Partnerschaft mit Deutschland ausbauen will. Dabei hätte Rumänien auf dem Gipfel vermutlich jeden erreichbaren Kompromiss mitgetragen. Eine Koppelung europäischer Fördergelder an rechtstaatliche Kriterien haben Iohannis und Orban allerdings auch schon vor dem jüngsten Gipfel unterstützt. Da die Regierung Orban im eigenen Land die Notwendigkeit weitgehender Strukturreformen hervorhebt, bestand zugleich auch kein Vorbehalt gegen die von den Niederlanden geforderte „Notbremse“.

Die öffentliche Diskussion in Rumänien wird – auch 13 Jahre nach dem EU-Beitritt – stark von dem Motiv einer Reduzierung der Disparitäten zwischen West- und Ostmitteleuropa bestimmt. Allerdings hat die Regierung Orban, auch in dem Nationalen Plan für Investitionen und die Wiederbelebung der Wirtschaft, einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik vorgegeben. Das bisherige, faktisch wesentlich vom Konsum getragene (und von hohen Steigerungen der Sozialausgaben und Defiziten insbesondere in der Handelsbilanz begleitete) Modell der sozialen Entwicklung soll stärker ersetzt werden durch die Förderung von Kapitalentwicklung und Wettbewerbsfähigkeit rumänischer Unternehmen, Investitionen in Schlüsselbereichen der öffentlichen Infrastruktur, Digitalisierung und Nachhaltigkeit sowie eine weitgehende Modernisierung und Verschlankung der Verwaltung. Dabei sollen besonders unternehmerische Initiativen gefördert werden, die sich durch hohe Wertschöpfung und Exportpotential auszeichnen, eine enge Verbindung zu Innovation und Forschung aufweisen und in den Bereichen Energie, Lebensmittelversorgung und Gesundheit durch lokale Produktion die Versorgungssicherheit erhöhen. Flankiert werden sollen diese Maßnahmen durch die aktive Förderung der Digitalisierung bzw. der Vertiefung digitaler Kompetenzen von Unternehmen – parallel zur noch zu verwirklichenden Digitalisierung im öffentlichen Sektor. Für die meisten im Nationalen Plan vorgesehenen Maßnahmen – sowohl zur kurzfristigen Überwindung der Folgen der Corona-Krise als auch zur langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung – wurde bereits damit gerechnet, dass europäische Fördermittel notwendig sein würden, um diese in vollem Umfang umzusetzen. Nationale Haushaltsmittel allein würden bei weitem nicht ausreichen, um den Plan zu verwirklichen.

20 Siehe Nationaler Investitions- und wirtschaftlicher Wiederherstellungsplan der rumänischen Regierung, abrufbar via <http://economie.gov.ro/planul-national-de-investitii-si-relansare-economica> [15.09.2020].

Malta

Francesca Traldi, Leonie Arzberger, Dr. Nino Galetti

Wirtschaftliche Kennzahlen (Stand: Juni 2020)

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	0,7 % *; -6 % **
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	43,1 % **
Arbeitslosenquote	4,1 % ***
Jugendarbeitslosenquote	11,4 % Männer / 8,1 % Frauen (2019) / 9,1 % **

Quellen: *Eurostat; Daten des Vorquartals; **Eurostat/European Commission; ***Country Economy Malta

Die maltesische Regierung hoffte im Vorfeld der letzten Verhandlungsrunde auf einen Wiederaufbaufonds, der als Katalysator für weiteres Wachstum fungieren könne.²¹ Dies ist nicht verwunderlich: Malta hatte in den vergangenen Jahren eine sehr positive Wirtschaftsentwicklung mit einer signifikanten Abnahme der Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen. Die neueste Wirtschaftsprognose der maltesischen Zentralbank zeichnet nun jedoch ein deutlich düsteres Bild. So ist davon auszugehen, dass das Bruttoinlandsprodukt Maltas im Jahr 2020 um 6,6 Prozent schrumpfen wird. In den folgenden zwei Jahren dürfte es – so die Zahlen der Zentralbank – zwar wieder um rund 6,1 Prozent und 4,2 Prozent wachsen. Dennoch wird erwartet – obwohl diese Prognose deutlich besser ist als die für andere Länder des Euro-Währungsgebiets –, dass Maltas Wirtschaftstätigkeit im Jahr 2022 um rund 7 Prozent niedriger sein wird als vor dem Ausbruch der Corona-Krise.

Zusätzlich zu den Herausforderungen durch die Corona-Krise bereitete der maltesischen Regierung in den vergangenen Monaten der „Brexit“ große Sorgen. Historisch eng verbunden mit dem Vereinigten Königreich, beobachtete Malta den Rückzug des bisher zweitgrößten Nettobeitragszahlers genau.

Der im Mai verabschiedete EU-Haushalt für den Zeitraum 2021–2027 sieht für Malta mit 2,25 Milliarden Euro die bisher größte finanzielle Zuteilung in seiner noch jungen Geschichte als EU-Mitglied vor²². Davon kommen 327 Millionen Euro aus dem Recovery Fund²³. So überrascht es nicht, dass Premierminister Robert Abela das in Brüssel geschnürte Paket als „außergewöhnliches Ergebnis“ bezeichnete.

Wie Malta aber die Gelder aus dem Recovery Fund konkret ausgeben wird, ist bislang unklar. Anfang Juni hatte die Regierung ein Paket zur Unterstützung der maltesischen Wirtschaft „Post Covid-19“ angekündigt, das sich im Wesentlichen auf drei Säulen stützen soll: Die Reduzierung von Unternehmenskosten, das Ankurbeln des Konsums und die direkte Unterstützung von Unternehmen im Land.²⁴ Konkrete Pläne hat die Regierung in Valetta bislang nicht veröffentlicht.

-
- 21 <https://www.gov.mt/en/Government/DOI/Press%20Releases/Pages/2020/July/16/pr201355en.aspx> [15.09.2020].
 - 22 Nutzung es allgemeinen EU-Haushalts: https://www.maltatoday.com.mt/news/national/103706/no_new_taxes_under_new_eu_budget_and_covid_recovery_funds__pm#.X0zqjNGP7IU [15.09.2020].
 - 23 Zuteilung der Mittel aus dem Recovery Fund: <https://www.bruegel.org/2020/07/having-the-cake-how-eu-recovery-fund/> [15.09.2020].
 - 24 <https://home.kpmg/mt/en/home/insights/2020/06/covid-19-malta-economic-recovery-plan.html>. [11.09.2020].

Zypern

Henri Bohnet

Wirtschaftliche Kennzahlen (Stand: Juli 2020)

Wachstum real. BIP Q2 2020 (ggü. Q2 2019); prog. Wachstum real. BIP 2020 (ggü. Vorjahr)	-11,9 %; -7,7 % *
Staatsverschuldung (in % zum BIP)	97,7 % **
Arbeitslosenquote	6,9 % (saisonbereinigt 7,9 %) *
Jugendarbeitslosenquote	19,8 % *

Quellen: *Eurostat/European Commission; **Eurostat

Ähnlich wie in Griechenland, an dem sich jede zyprische Regierung in fast allen außen- und auch innenpolitischen Feldern orientiert, hat Nikosia auf einen sich mehrheitlich aus Zuschüssen zusammensetzenden Fond gehofft – und auch bekommen: Zusammengerechnet kann die weniger als eine Million Einwohner zählende Republik Zypern mit den Mitteln aus dem kommenden EU-Haushalt insgesamt über vier Milliarden Euro verfügen, davon 2,7 Milliarden als Zuschüsse. Staatspräsident und Regierungschef Nikos Anastasiadis äußerte sich „vollauf zufrieden“ über das erreichte Ergebnis und bekräftigte in einem offiziellen Tweet vom 21. Juli, dass sein Land „seine Ziele mit Blick auf den EU-Haushalt erreicht hat“. Für das am äußersten Rand Europas liegende Zypern ist aktuell neben der griechischen die europäische Unterstützung – und hier gerade auch die finanzielle – von überragender Bedeutung: Nicht nur wegen seiner Erfahrungen aus der Finanzkrise, in der der Inselstaat von 2013–16 unter dem europäischen Rettungsschirm stand, sondern vor allem auch wegen seiner außen- und sicherheitspolitischen Exponiertheit. Zypern bleibt eine geteilte und im Norden von der Türkei okkupierte Insel, die seit den Erdgasfunden in seinen Hoheitsgewässern vor einigen Jahren zunehmend von Ankara unter Druck gesetzt wird.

Unmittelbar nach dem Ergebnis des EU-Gipfels und inmitten der Sommerpause hat bisher noch kein führendes Regierungsmitglied konkrete Äußerungen zur Ausgestaltung des nationalen Wiederaufbaus gemacht. Einen umfassenden nationalen Plan dafür hat Wirtschaftsminister Petrides für das Jahresende angekündigt. Der Fokus soll aber, das hat er bereits bestätigt, auf Nachhaltigkeit und Digitalisierung liegen. Die von der EVP-Mitgliedspartei DISY (Dimokratikos Synagermos) geführte Regierung in Zypern hat darüber hinaus noch keine Einzelheiten genannt.

Zypern lebt vom internationalen Handel im östlichen Mittelmeer – und vom europäischen Tourismus. Auch wenn Nikosia frühzeitig auf die gesundheitspolitischen Auswirkungen der Coronakrise reagiert hat und den Absturz seiner Wirtschaft umsichtig zu verhindern sucht, ist klar: Ohne massive Hilfen seitens Europas wird es nicht gehen. Zudem sind die erwähnten Erdgasvorkommen noch nicht erschlossen. Mit

dem weltweiten Preissturz der Energieträger im Zuge der gegenwärtigen Krise ist außerdem noch gar nicht absehbar, ob und wann hier neue Einkommensquellen sprudeln werden.

Klar ist auch, dass ein nachhaltiger Wiederaufstieg für Nikosia voller Unwägbarkeiten bleibt, solange die Zypernfrage ungelöst und das Verhältnis zu Ankara so angespannt ist. Daran ist natürlich der Konfrontationskurs Präsident Erdogans zu wichtigen Teilen schuld; aber auch Nikosia muss sich vorwerfen lassen, in den letzten Jahren internationale Bemühungen zur Wiederbelebung des Wiedervereinigungsprozesses nicht gefördert zu haben.

Im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit des Landes sind – wie oben bereits genannt – auch auf Zypern „Digitalisierung und Nachhaltigkeit“ die relevanten Schlagwörter; bei Ersterem liegt Zypern im europäischen Vergleich in der breiten Mitte und muss also noch mehr leisten. Auf Letzteres sind die zyprische Gesellschaft und die Wirtschaft – ähnlich wie in Griechenland – bisher kaum ausgerichtet. Hier gibt es nicht nur mit Blick auf den zentralen Wirtschaftszweig des Tourismus großes Potential. Dass bisher aber, und im Gegensatz zu Griechenland, wenig dazu vorgeschlagen oder gar diskutiert wird, zeigt die großen Erfahrungs- und Wissensdefizite des kleinen Staates auf.

Die Stichworte „Souveränität und Resilienz“ spielen in der derzeitigen Debatte nur im Kontext und in Abgrenzung zum türkischen Einfluss aufgrund der Zypernfrage eine Rolle. Wirtschaftspolitisch werden diese Aspekte angesichts der Coronakrise jedoch kaum diskutiert. Aber die Hinwendung nach Europa wird womöglich durch die Coronakrise und durch den gleichzeitig erfolgenden Brexit noch zunehmen: Großbritannien hat als ehemalige Kolonialmacht überdurchschnittlich hohen Einfluss im militär- und sicherheitspolitischen Kontext.

Ähnlich wie in Griechenland hat Zypern wenig finanziellen Spielraum für nennenswerte staatliche Wiederaufbauhilfen, sodass diese für die Stärkung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit im Moment keine zentrale Rolle spielen. So gegensätzlich die Ausgangslage und die Debatten im Vergleich zu Deutschland in Zypern sein mögen, so ist – insbesondere durch den Brexit – dennoch eine stärkere Hinwendung der Regierung Zyperns nach Berlin abzusehen. Dabei kann das Thema Nachhaltigkeit, so ist zu hoffen, an Einfluss in der nationalen Diskussion gewinnen. Daneben werden aber im Fall Zypern sicherheitspolitische Themen solange überwiegen, wie die Zypernfrage ungeklärt ist.

Liste der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Herausgeber:

Dr. Lars Hänsel, Leiter Europa und Nordamerika, Hauptabteilung
Europäische und Internationale Zusammenarbeit (EIZ)

Autorinnen und Autoren:

- › Leonie Arzberger, Referentin für West- und Südeuropa, Hauptabteilung EIZ
- › Bence Bauer, LL.M, Projektkoordinator im Auslandsbüro Ungarn
- › Elisabeth Bauer, Leiterin des Auslandsbüros für die Baltischen Staaten
- › Gabriele Baumann, Leiterin des Projekts Nordische Länder
- › Christina Bellmann, Referentin für Europapolitik/ Multilateralen Dialog, Hauptabteilung EIZ
- › Henri Bohnet, Leiter des Auslandsbüros Griechenland
- › Claudia Crawford, Leiterin des Auslandsbüros Multilateraler Dialog Wien
- › Tomislav Delinić, Leiter des Auslandsbüros Tschechien und Slowakei
- › Zarife Gagica, Referentin für Ostmitteleuropa (EU), Hauptabteilung EIZ
- › Dr. Nino Galetti, Leiter des Auslandsbüros Italien
- › Thorsten Geissler, Leiter des Auslandsbüros Bulgarien

- › **Holger Haibach**, Leiter des Auslandsbüros Kroatien
- › **Armin Hartlieb**, Referent für Steuern und Finanzen, Hauptabteilung Analyse und Beratung (AuB)
- › **Dr. Wilhelm Hofmeister**, Leiter des Auslandsbüros Spanien und Portugal
- › **Caroline Kanter**, Leiterin des Auslandsbüros Frankreich
- › **Dr. Angelika Klein**, Leiterin der Stabsstelle Evaluierung, vormals Leiterin des Auslandsbüros Polen
- › **Thomas Köster**, Referent Arbeitsmarkt und Soziales, Hauptabteilung AuB
- › **Oliver Morwinsky**, Referent Wettbewerbsfähigkeit Europas, Hauptabteilung AuB
- › **Dr. Hardy Ostry**, Leiter des Europabüros Brüssel
- › **Michal Petrík**, Projektmanager im Verbindungsbüro Slowakei
- › **Lenka Režová**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Auslandsbüro Tschechien
- › **Silke Schmitt**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Auslandsbüro Italien
- › **Dr. Dr. Martin Sieg**, Leiter der Auslandsbüros Rumänien und Moldau
- › **Frank Spengler**, Leiter des Auslandsbüros Ungarn
- › **Dr. Francesca Traldi**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Auslandsbüro Italien
- › **Tinko Weibezahl**, Referent für Nordatlantik, Hauptabteilung EIZ
- › **Dr. Olaf Wientzek**, Leiter des Multilateralen Dialogs in Genf

